

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 9 vom 27. Februar 1981

15. Jahrgang

1 DM

Brokdorf-Demonstration verboten

Atomkraftwerk Brokdorf darf nicht gebaut werden!

BONN. — Die Wirtschaftsdebatte im Bundestag am vergangenen Freitag stand ganz im Zeichen der gemeinsamen Hetze von Regierung und „Opposition“ gegen die Gegner des Atomkraftwerkes Brokdorf. Zwei Tage später wurde die für kommenden Samstag angekündigte Großdemonstration am Bauplatz, zu der auch die norddeutschen Landesverbände unserer Partei aufgerufen haben, verboten.

Der Landrat des Kreises Steinburg stellte faktisch die ganze Wilster Marsch unter Ausnahmezustand, indem er für diese Region ein mehrtägiges Demonstrationsverbot verkündete. Die AKW-Gegner jedoch werden sich dadurch das Recht auf ihren Protest nicht nehmen lassen. Ob ein Einspruch gegen das Verbot Erfolg hatte, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Starredner der Bonner Debatte war der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg. Er bekräftigte die Absicht seiner Regierung, das Atomkraftwerk in Brokdorf gegen alle Widerstände zu bauen. Stoltenberg nutzte die Gelegenheit natürlich auch zu Angriffen gegen die norddeutsche SPD. Wie im RM mehrmals berichtet, haben sich die Landesverbände der SPD in Schleswig-Holstein, Bremen und vor einigen Wochen auch in Hamburg eindeutig gegen das AKW Brokdorf ausgesprochen.

Das war ein Ergebnis der immer stärker werdenden Proteste gegen das Bonner Atomprogramm. Tatsächlich wurde von Jahr zu Jahr deutlicher, daß dieses Programm ausschließlich den Interessen der Elektro- und

Energiemonopole und den Atomrüstungsplänen des westdeutschen Revanchismus dient. Für die werktätigen Massen dagegen bedeutet der massive Einstieg in die Atomenergie unkalkulierbare Risiken, weil weder die Entsorgungsfrage gelöst, noch die Sicherheit der Reaktoren gewährleistet ist. Zudem ist die Entscheidung für die Atomenergie zugleich auch eine Entscheidung gegen die Kohle und damit unter anderem die Voraussetzung für die weitere Arbeitsplatzvernichtung im Kohlebergbau.

Trotz des stetig wachsenden Widerstands in der SPD und auch in der FDP hält die Bundesregierung am Atomprogramm fest und gibt dem Brokdorf-Projekt massive Schützenhilfe. Das brachte in der Bundestagsdebatte Wirtschaftsminister Lambsdorff zum Ausdruck, als er Stoltenberg versicherte, die Bundesregierung würde die Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung für Brokdorf „politisch mittragen“. Bonn will sich zudem bei einem Ausstieg Hamburgs aus dem Brokdorf-Projekt über die bundeseigene VEBA direkt am AKW Brokdorf beteiligen.

Einig waren sich im Bundestag auch alle Parteien in der Hetze gegen die AKW-Gegner. Stoltenberg nannte die Teilnehmer an der angekündigten Demonstration die „organisierte Gewalt“, die Schleswig-Holsteins Bürger „in Angst und Schrecken versetzen“ würden. Tatsächlich aber haben die Bürger dieses Landes allen Grund, sich vor ihrem Regierungschef zu fürchten. Denn daß dieser Herr äußerst gewalttätig ist und über ein gehöriges Maß an krimineller Energie verfügt, hat er oft unter Beweis gestellt. Nicht vergessen sind die brutalen Gasgranatenangriffe gegen unbewaffnete Demonstranten, die Stoltenberg vor fünf Jahren in Brokdorf angeordnet hat.

Dennoch wurde Stoltenbergs Hetze im Bundestag von allen Parteien beklatscht. Und Lambsdorff ging sogar noch weiter, indem er den Demonstranten vorwarf, sie wollten die „Grundlagen der demokratischen Ordnung“ zerstören. Damit gibt die Bundesregierung Stoltenberg schon im voraus Schützenhilfe dafür, mit den AKW-Gegnern nach bewährtem Muster zu verfahren.

Reagan sucht Unterstützung der EG

BONN. — Reagans Sonderbotschafter Eagleburger reiste in der vergangenen Woche nach Westeuropa, um die Regierungen der EG auf eine Unterstützung für die amerikanische Aggression gegen das Volk von El Salvador einzuschwören.

Einen ersten Erfolg konnte er dabei in Brüssel erzielen. Wie gemeldet wurde, haben die EG-Außenminister beschlossen, die Hilfsleistungen an in El Salvador tätige humanitäre Organisationen vorerst aufzuschieben. Die medizinische Organisation „Medico International“ brandmarkte die amerikanische Forderung nach Einstellung der Hilfsleistungen als „Politik der Unmenschlichkeit und im Widerspruch zu internationalem Recht stehend.“ Sie warf der US-Regierung vor, daß sie die Bevölkerung von El Salvador „verhungern oder mangels medizinischer Versorgung leiden und auch sterben lassen“ wolle.

Besondere Bedeutung bei der Unterstützung ihrer aggressiven Politik in El Salvador mißt die Reagan-Regierung offenbar Bonn zu. Eagleburger kam während seiner Europareise zweimal in die Bundeshauptstadt. Und dabei wurde deutlich, daß sich zumindest Außenminister Genscher der amerikanischen Haltung schon angeschlossen hat. Sein Ministerium bescheinigte der faschistischen Junta in El Salvador „Reformbereitschaft“ und verbreitete die Behauptung, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in dem mittelamerikanischen Land stünde hinter der Junta.

MÜNCHEN. — Bei der Internationalen Wehrkundebegegnung, einer Konferenz führender Politiker und Militärs des westlichen Kriegspaktes, wurde deutlicher als je zuvor eine Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches der NATO gefordert.

Vor Wochen schon hatte der neue amerikanische Außenminister Haig erklärt, die ganze Welt müsse künftig Sache der NATO sein. Der stellvertretende US-Kriegsminister Carlucci machte jetzt in München deutlich, was das konkret bedeutet. Die europäischen „Bündnispartner“ müßten militärisch und finanziell die Versuche Washingtons unterstützen, den Nahen und Mittleren Osten zu stabilisieren.

Dabei forderte Carlucci auch nachdrücklich die Entsendung von Soldaten in diese Region. „Die Stationierung von Truppen und Unterstützungseinrichtungen durch europäische Bündnispartner in Süd-



„Rettet die Maxhütte!“ 15000 Menschen aus der Oberpfalz demonstrierten am 21.2. durch Salzbach-Rosenberg gegen den Plan des Klöckner-Konzerns, die Maxhütte zu schließen. 6300 Arbeitsplätze sind bedroht, in einer Region, die heute bereits eine Arbeitslosenquote von 15,7 Prozent aufweist. Die Arbeiter der Hütte legten die Arbeit nieder — nur Notbesetzungen blieben im Werk — und reihten sich in den Demonstrationzug ein. Geschäftsleute schlossen ihre Läden, Schulen machten dicht. Eine ganze Region kämpft gegen den Vernichtungsfeldzug der Konzernherren!

Metalltarifrunde

Unternehmer beharren auf 2,5-Prozent-„Angebot“

STUTTGART. — Die Serie der Warnstreiks in den Metallbetrieben gegen die provokative Haltung der Kapitalisten reißt nicht ab. In den Stuttgarter Mahle-Werken legten die Arbeiter in der letzten Woche zweimal die Arbeit nieder — am Freitag wurde der Streik auf eine halbe Schicht ausgedehnt. Mit verstärkten Aktionen in den Betrieben ist zu rechnen, wenn am Sonnabend die sogenannte Friedenspflicht abläuft.

Der Kapitalistenverband Gesamtmetall beharrt weiter auf seinem provokativen Angebot von 2,5 Prozent Lohnerhöhung. Das bedeutet faktisch Reallohnabbau. Und Verbandsführer Kirchner hat letzte Woche deutlich gemacht, daß Gesamtmetall diesen Kurs mit aller Brutalität durchsetzen will. Kirchner sagte zudem, die in dieser Tarifrunde angestrebte Senkung des Reallohns „darf auch kein einmaliger Kraftakt bleiben, sondern muß in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.“

Diesem Kurs kann nur mit dem Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Kraft begegnet werden. Für die Kampfkraft der Arbeiter be-

zeichnend ist eine Resolution, die während eines Warnstreiks bei Bosch in Waiblingen verabschiedet wurde: „Wir, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der Robert Bosch GmbH Werk Waiblingen, befinden uns im Augenblick im Warnstreik, um damit unsere Bereitschaft zur vollen Durchsetzung der 107 DM bzw. 8 Prozent zu demonstrieren. Angesichts der unverschämten Preistreibeerei durch Unternehmer und Regierung und der steigenden Arbeitslosenzahlen wollen wir weder 2,5 noch 5 Prozent, sondern wir verlangen die volle Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung. Die Jahre der Sozialpartnerschaft sind vorbei.“

Diese Woche

Atomraketen

Der „Stern“ veröffentlichte in der letzten Woche eine Karte mit allen Atomwaffenlagern in der Bundesrepublik. Außerdem wurden Angaben über die Stationierungsorte der Mittelstreckenraketen gemacht. Jetzt wird wegen Geheimnisverrats ermittelt. Seite 2

Gewerkschaftsführer gegen VOLKSFRONT

Wie jetzt bekannt wurde, haben die DGB-Bosse schon im vergangenen November die reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch auf die VOLKSFRONT ausgedehnt. Seite 4

Betrieb besetzt

Die Bosse des Stuttgarter Moped-Werks Kreidler haben die Produktion eingestellt und die ganze Belegschaft auf die Straße gesetzt. Im Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze haben die Kreidler-Arbeiter einen Teil des Werks besetzt. Seite 5

Polizeiaktion gegen Zeitung

Bei der Hannoverschen Neuen Presse sind Polizisten in die Redaktionsräume eingedrungen, um Pressefotos von Demonstrationen zu beschlagnahmen. Seite 6

NATO soll im Nahen Osten aktiv werden

MÜNCHEN. — Bei der Internationalen Wehrkundebegegnung, einer Konferenz führender Politiker und Militärs des westlichen Kriegspaktes, wurde deutlicher als je zuvor eine Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches der NATO gefordert.

Vor Wochen schon hatte der neue amerikanische Außenminister Haig erklärt, die ganze Welt müsse künftig Sache der NATO sein. Der stellvertretende US-Kriegsminister Carlucci machte jetzt in München deutlich, was das konkret bedeutet. Die europäischen „Bündnispartner“ müßten militärisch und finanziell die Versuche Washingtons unterstützen, den Nahen und Mittleren Osten zu stabilisieren.

Dabei forderte Carlucci auch nachdrücklich die Entsendung von Soldaten in diese Region. „Die Stationierung von Truppen und Unterstützungseinrichtungen durch europäische Bündnispartner in Süd-

westasien sollte verstärkt und mit amerikanischen Aktionen koordiniert werden.“

Darüber hinaus sollen die europäischen NATO-Länder ihre Rüstung noch weiter hochschrauben. Die bislang von der amerikanischen Supermacht geforderte Steigerung der Rüstungsausgaben um jährlich real 3 Prozent kann — so Carlucci — nur als „Ausgangspunkt“ betrachtet werden. Von Widersprüchen der Bundesregierung gegen die Forderung des amerikanischen Ministers ist nichts bekannt. Schmidt sagte vielmehr in einem am Montag veröffentlichten Interview, die Bundesregierung könne den USA unter der Führung von Reagan „voll vertrauen.“



US-Soldaten im Nahen Osten.

Kommentar der Woche

Das provokatorische Festhalten der Metallunternehmer an ihrem 2,5-Prozent-Hohnangebot, jetzt bereits in der dritten Verhandlungsrunde läßt keinen Zweifel daran, daß ein brutaler Abbau der Reallohne das Ziel der Kapitalisten in dieser Lohnrunde ist. Und nicht nur in dieser.

Woher der Wind weht, sprach der Präsident des Verbandes der nordrhein-westfälischen Metallindustrie, Pleiger, in der vergangenen Woche ein weiteres Mal ziemlich offen aus:

„Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß bei einem schrumpfenden realen Brutto sozialprodukt das Volkseinkommen und damit auch die Löhne real nicht wachsen können, das gilt wahrscheinlich überhaupt für die 80er Jahre.“

Metall-Kapitalisten wollen Reallohnsenkung

Wenn Pleiger von einem „nicht wachsen“ der Löhne spricht, so heißt das im Klartext: Reallohnsenkung. Reallohnsenkung nicht nur im Jahr 1981, sondern als Strategie des Kapitals für das ganze „Krisenjahrzehnt“, als das die 80er Jahre inzwischen allenthalben bezeichnet werden.

Die Herren von Industrie und Banken wissen, daß die Arbeiterklasse nicht kampfflos zuschauen wird, wie man ihr das Fell über die Ohren zieht. Die Warnstreiks der vergangenen Wochen in der Metallindustrie bezeugen die Bereitschaft zum Widerstand. Längst haben die Unternehmerverbände damit begonnen, sich für ein heißes Frühjahr zu rüsten.

Sie können ihre Lohnraubzüge nicht durchziehen, ohne die Kampfbereitschaft der Arbeiter und kleinen Angestellten zu brechen. Ihr Ziel ist es, die Gewerkschaftsbewegung zu demoralisieren. Mit dem Einsatz ihrer geballten Macht und ohne Rücksicht auf Verluste wollen sie durch Ausspernungsterror, Maßregelungen Streikender, weitere Demontage des Streikrechts, Kriminalisierung gewerkschaftlicher Aktivitäten usw. die Arbeiterklasse disziplinieren.

Auf mindestens 600 Millionen Mark haben die Unternehmerverbände ihre Kriegskasse für die beginnenden Tarifkämpfe aufgestockt. Diese enorme Summe dient gleichzeitig dazu, das eigene Lager einer eisernen Disziplin zu unterwerfen: Die Mitgliedsfirmen sollen bei Arbeitskämpfen nur dann aus diesem Kampffond unterstützt werden, wenn sie nicht aus der Verbandsdisziplin ausscheren, das heißt, wenn sie sich an die Anweisungen ihrer Feldherren halten, die auf rücksichtsloses Vorgehen gegen jede streikende Belegschaft, gegen jeden gewerkschaftlichen Widerstand abzielen.

In einem Rundschreiben der Metallunternehmerverbände heißt es beispielsweise: „Die betrieblichen Führungskräfte sind anzuweisen, die Dauer der Aktionen (gemeint sind Warnstreiks — Red.) und die Teilnehmer daran namentlich festzuhalten.“ In einem Mustertext für unternehmerische Drohflugblätter heißt es unter anderem in bezug auf Warnstreiks: „Wer sich beteiligt, handelt gegen Recht und Gesetz, hat keinen Lohnanspruch, kann fristlos entlassen werden, kann wegen des dem Unternehmen entstehenden Schadens haftbar gemacht werden.“

Warnstreiks werden zu kriminellen Handlungen erklärt. Jedem einzelnen Arbeiter werden Maßregelung und strafrechtliche Konsequenzen angedroht. Mit Schadensersatzforderungen wird die finanzielle Existenzvernichtung Streikender angedroht. Gleichzeitig kündigen die Unternehmerverbände öffentlich „spontane Abwehrausspernungen“ als Vergeltungsschläge für Warnstreiks an.

Diese Sprache zynischer Drohungen, diese Aufrüstung zum geballten rücksichtslosen Zuschlagen ist eine Kriegserklärung an die Arbeiterschaft, eine Herausforderung, die von den Gewerkschaften angenommen werden muß. Als Alternative bliebe nur noch die Kapitulation gegenüber der Lohnraubstrategie!

Da kann es keine andere Antwort geben, als die konzentrierte gewerkschaftliche Macht und Kampfkraft mobil zu machen und in den Kampf zu werfen. Für die IG Metall bedeutet das konkret: die Urabstimmung einleiten, mit dem Ziel, durch einen geschlossenen unbefristeten Streik für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen der Unternehmeroffensive wirkungsvoll Paroli zu bieten!

H. Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bundesanwaltschaft ermittelt gegen „Stern“

BRD — größtes Atomwaffenlager der Welt

Nicht der „Stern“-Artikel — die Atomwaffen bedrohen unsere Sicherheit!

Erheblichen Wirbel hat ein Artikel im „Stern“ Nr. 9/81 ausgelöst, in dem dem „Nachrüstungs“-Geschrei der NATO-Politiker und -Militärs die Tatsache entgegengehalten wird, daß die Bundesrepublik bereits heute das Gebiet mit der größten Atomwaffenfläche in der ganzen Welt ist. Außerdem wagt es das Magazin, den Lügen von der „Friedenssicherung“ durch die zusätzliche Stationierung von amerikanischen Atomraketen zu widersprechen und stellt fest, daß sich mit dieser Maßnahme die Kriegsgefahr erheblich erhöht und das internationale Wettrüsten notwendigerweise noch schneller zunimmt. Und — besonders ärgerlich für die Geheimpolitiker in Bonn — der „Stern“ nennt einige für die Stationierung von „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ vorgesehene Standorte in der Bundesrepublik.

Die Bundesanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren wegen „Geheimnisverrat“ eingeleitet.

Auf der von uns abgedruckten Übersichtskarte sind heutige Standorte von Atomwaffen zu sehen. Allein die „Pershing-1A“-Raketen verfügen über eine Nuklearsprengkraft von 36 000 Kilotonnen. (Die Hiroshima-Bombe hatte weniger als 20 Kilotonnen Sprengkraft). Ihre Ziele in der DDR und anderen Staaten Osteuropas sind schon fertig einprogrammiert. Sie sind sofort startbereit.

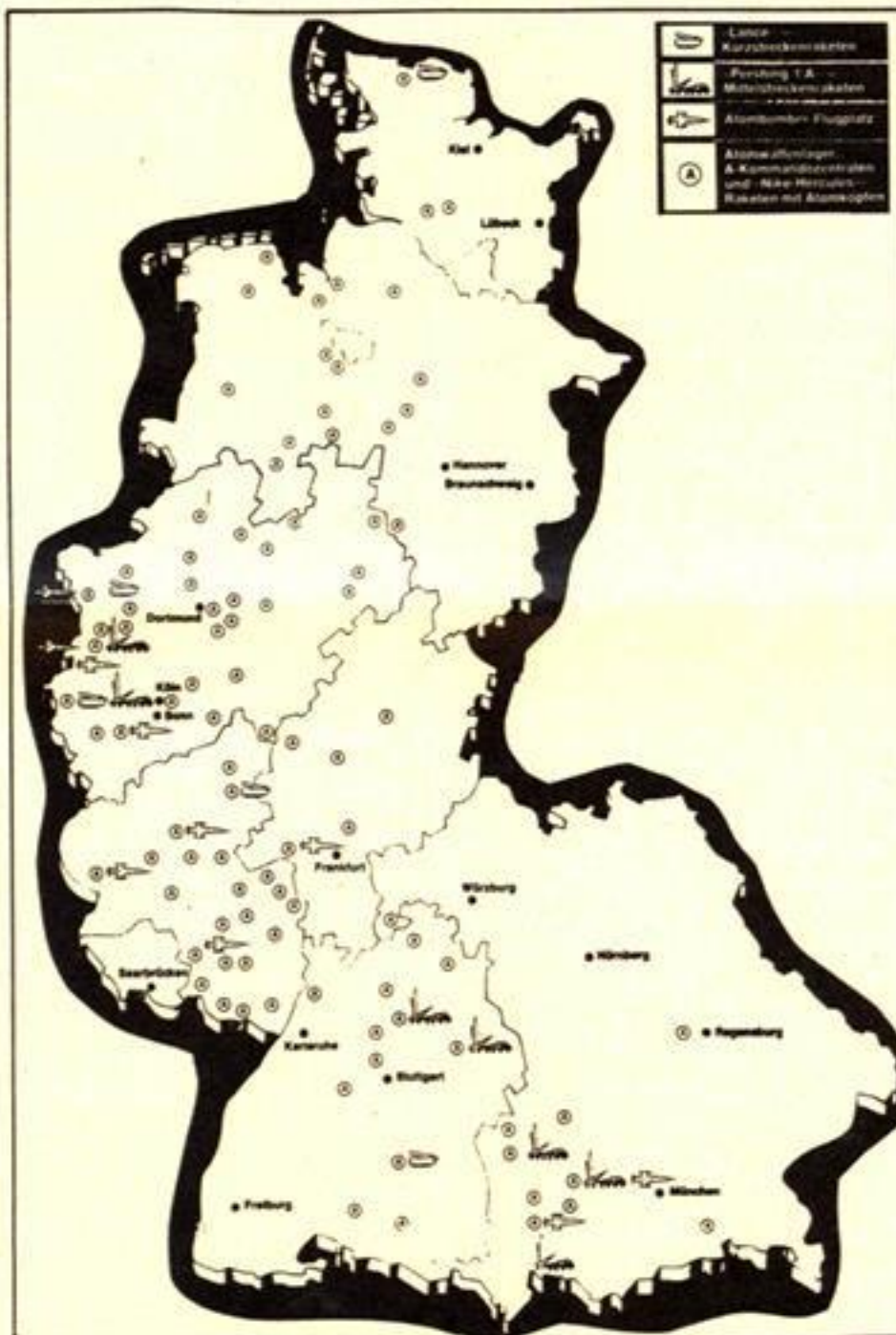
„Stern“ zitiert Kasinosprüche von US-Offizieren: „Wenn die Krauts (die Deutschen) ihre Atomwaffen nicht einsetzen, haben wir genug, um deren Anteil mit zu übernehmen.“ Und maßgeblichen Einfluß auf die deutschen Lager haben sie eben auch.

Diese Tatsachen unterstreichen mit allem Nachdruck die Aktualität einer alten Forderung: „Ami go home!“ Die

schlag“ sinkt die vielzitierte „Hemmschwelle“ noch weiter.

Es muß an dieser Stelle deutlich gesagt werden, daß es nicht angehen kann, die wahnwitzige Aufrüstungspolitik der Sowjetunion einfach aus der amerikanischen Bedrohung zu erklären und sie ansonsten als friedliebend hinzustellen, wie es die DKP tut. Was sich hier abspielt, ist der Rüstungswettkampf zweier imperialistischer Blöcke, die Vorbereitung eines Krieges, der die Frage nach der Vorherrschaft in der Welt, nach dem Besitz der Rohstoffquellen und Absatzmärkte entscheiden soll. Und auch die Bundesrepublik spielt aus demselben Interesse mit, sie will sich ihren Teil sichern. Die Forderung „Russen raus aus der DDR“, der Kampf für den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt sind dringende Aufgaben, für deren Verwirklichung unsere Partei unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität im Osten unserer Heimat kämpft.

Die Lehre aus dem ganzen ist, daß das Volk, die demokratischen, antimilitaristischen Menschen, alle Gegner eines



Insgesamt ergibt sich aus der Zusammenstellung der Fakten im „Stern“, die für sich genommen gar nicht einmal neu sind, deutlich das Bild der totalen Vernichtung unserer Heimat im Falle eines Krieges zwischen den imperialistischen Blöcken. Daß eine Zeitschrift wie der „Stern“ diese Veröffentlichung in der Zeit massiver Kriegshetze herausbringt, ist sehr begrüßenswert. Denn hier wird die Notwendigkeit des sofortigen massiven Widerstands gegen die Kriegspläne deutlich.

Eben diesen Widerstand fürchten die Verantwortlichen. Deshalb die Verfolgung des „Sterns“ durch die Staatsanwaltschaft.

Den Oberbefehl und den Code zum Scharfmachen der Raketen haben amerikanische Besatzungssoldaten. Ohne sie läuft nicht viel. Im Falle eines gemeinsamen im Rahmen der NATO geführten Krieges aber wäre die BRD die drittstärkste Atommacht der Welt.

Zusätzlich zu den bekannten Lagern haben die US-Imperialisten geheime, nur ihnen bekannte Lagerstätten in Westdeutschland errichtet. Der

Amis und alle fremden Truppen müssen zum Abzug aus Westdeutschland gezwungen werden, denn ihre Anwesenheit ist eine ständige lebensgefährliche Bedrohung für die Menschen in unserem Lande!

Und das heißt auch: Die Bundesrepublik muß raus aus dem NATO-Kriegspakt. Das bedeutet auch kompromißlosen Kampf gegen die jetzige Bundesregierung, die sich immer offener zum Sprecher der NATO-Strategie macht.

Die „Stern“-Studie belegt auch eindringlich, was unsere Partei in der Erläuterung ihres „Friedensplans“ dargelegt hat: Raketen werden zu Magneten. Nämlich für die Raketen des Warschauer Kriegspaktes. Die US-Militärs preisen ihre neuen Atomraketen, weil sie so zielsicher seien, daß sie genau die Atombasen des Warschauer Paktes treffen und vernichten könnten. Damit sei ein atomarer Erstschock, den sie „Entwaffnungsschlag“ nennen, möglich. Es ist klar, daß die Sowjetunion sich nicht „entwaffnen“ lassen will; ihre Waffensysteme werden der gleichen Logik folgen. Mit dem Poker um den „Erst-

neuen Krieges die Sache des Friedens in ihre Hände nehmen müssen. Kein Vertrauen den Regierungspolitikern! Sie haben uns immer und immer belogen, sie belügen uns weiter, und — sie drohen uns, wenn wir ihnen nicht mehr willig folgen. Auch Friedenskampf ist Klassenkampf. Die Werktätigen, die die augenblickliche Hochrüstung mit den brutalsten Streichungen an ihrem Lebensstandard bezahlen und schließlich wieder einmal auf dem Schlachtfeld für die Profitinteressen der Großkapitalisten verbluten sollen, müssen den Kriegstreibern in den Arm fallen. Heute, nicht irgendwann — sonst kann es zu spät sein.

Die Herrschenden haben davor eine Heidenangst. Man wird erleben, was für Maßnahmen gegen den „Stern“ getroffen werden. Diese Verfolgungen, ein Ausdruck dieser Angst, sind für uns ein Ansporn zum Kampf. Dabei ist eine aktuelle Losung: Die Stationierung von „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ verhindern! Massenaktionen an den vorgesehenen Standorten.

Pershing II

Soll den drei Bataillonen der 56. Feld-Artillerie-Brigade in Neckarsulm, Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm übergeben werden. Bis zum Sommer 1985 sollen sie deren alte Raketen ablösen.

Cruise Missiles

Sollen in fünf bis sieben US-Camps in Westdeutschland und auf nichtbundeswehreigenen Flugplätzen stationiert werden. Drei Standorte stehen fest: die US-Flugplätze Ramstein, Hahn und Spangdahlem. Für die restlichen Standorte sind außer dem US-Camp bei Bremen die beiden britischen Flugplätze Brüggen und Laarbruch in Nordrhein-Westfalen geeignet.

Neuer Preisschub

Benzinpreis bald über 1,50 DM

Die von den Ölmultis seit langem angepeilte Traumgrenze für den Benzinpreis von 1,50 DM dürfte in absehbarer Zeit durchbrochen werden. Nach den jüngsten Ankündigungen der Multis und den Steuerbeschlüssen des Bundestags muß noch in diesem Frühjahr mit einem Preis von 1,51 DM für ein Liter Superbenzin gerechnet werden.

Am vergangenen Donnerstag beschloß der Bundestag mit allen Stimmen der beiden Koalitionsparteien eine Erhöhung der Mineralölsteuer, die am 1. April



in Kraft treten soll. Sie macht bei Benzin sieben Pfennig und bei Diesel drei Pfennig pro Liter aus. Der Tankstellenpreis wird sich dadurch um acht, beziehungsweise vier Pfennig erhöhen.

Am gleichen Tag schlugen auch die Ölkonzerne wieder zu. Diesmal war es Aral-Boß Marquardt, der den Vorreiter machte. Er kündigte eine Preiserhöhung um acht Pfennig für die

nächste Zeit an. Besonders empörend an diesem neuen Raubzug ist die Tatsache, daß die Aral sozusagen ein staatliches Unternehmen ist. Sie gehört zu 56 Prozent der Veba, bei der der Bund Mehrheitsaktionär ist.

Der neue Preisauftrieb wird von den Multis jetzt mit dem „teuren Dollar“ begründet. Tatsächlich ist jedoch der Dollar-Kurs in den letzten Tagen wieder gesunken. Und die Multis haben zudem ja jahrelang von dem günstigen Kursverhältnis zwischen Mark und Dollar profitiert — natürlich ohne davon auch nur eine Pfennig an die Verbraucher weiterzugeben. Sie haben Jahr für Jahr Milliarden-Gewinne geschneidelt und den Benzinpreis in immer neue Höhen hochgetrieben.

Und der Bonner Staat hat dabei kräftig mitkassiert, er will uns jetzt über die Erhöhung der Mineralölsteuer noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Dagegen fordern wir:

Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Ölmultis!

Senkung des Steueranteils an den Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen!



Demonstration in Brokdorf am 6. Februar.

„Große Atomkoalition“ für AKW Brokdorf

Weg mit dem Bonner Atomprogramm!

Unmittelbar vor der großen Demonstration am Brokdorfer Bauplatz geht der Streit um das Atomkraftwerk an der Unterelbe in den Bonner Parteien mit aller Heftigkeit weiter. Dabei hat es — wie zu erwarten war — die Kieler Landesregierung abgelehnt, auf die Hamburger Forderungen nach einem dreijährigen Aufschub der Bauarbeiten einzugehen.

Für den Hamburger Senat bedeutet diese Ablehnung jetzt, gemäß seinem vor zwei Wochen gefaßten Beschluß, den Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt. Dabei kann es allerdings durchaus noch Probleme geben. Denn der Vorstand der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW), die bis jetzt mit 50 Prozent an dem Projekt beteiligt sind, hat sich auch noch nach dem Senatsbeschluß für eine Weiterbeteiligung ausgesprochen. Im Aufsichtsrat des Unternehmens (dessen Aktienmehrheit das Land Hamburg hält) sitzen zudem ausschließlich Brokdorf-Freunde, darunter die Bosse von Siemens und AEG, Vertreter der CDU-Regierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein und einige „Arbeitnehmervertreter“, die selbst die Bosse noch in Sachen Atomfanatismus übertreffen.

Hamburgs Bürgermeister Klose wird also noch eine weitere Hürde bei dem von ihm betriebenen Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt überwinden und die HEW unter massiven Druck setzen müssen. Aber auch wenn die HEW ihre Beteiligung zurückzieht, bedeutet das keinen Stopp der Brokdorfer Bauarbeiten. Denn die Preußenelektra, eine Tochter des bundeseigenen VEBA-Konzerns, steht schon bereit, die Hamburger Anteile an dem Atomkraftwerk zu übernehmen. Die Bundesregierung ist nicht nur wild entschlossen, den Bau von Brokdorf in jedem Fall und gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Bundeskanzler Schmidt hat in der letzten Woche auch zum ersten Mal in aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß für ihn der Energie-Beschluß des SPD-Parteitag von 1979 nicht mehr gilt. Dieser Beschluß hatte sich zwar grundsätzlich für die Atomenergie ausgesprochen, er enthielt jedoch auch eine Forderung, die „Option des Ausstiegs aus der Kernenergie“ offenzuhalten. Hier hat Schmidt jetzt also Klarheit geschaffen. Einen Ausstieg aus der Atomenergie wird es für ihn und seine Regierung weder mittelfristig noch langfristig oder sonstwie geben. Damit hat sich der Kanzler auch in dieser Frage endgültig und eindeutig auf die Position der Strauß-Partei gestellt — gegen den erklärten Willen einer großen Mehrheit in der SPD.

So hat sich in Bonn — wie der wegen Schmidts Brokdorf-Politik zurückgetretene SPD-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein, Matthiesen, sagte — eine „große Atomkoalition“ gebildet, die noch verstärkt wird durch die Kapitalistenverbände und die Spitzen des DGB. Diese Koalition hat jetzt Brokdorf zum „Kernpunkt der Energie-Diskussion“ (Lambsdorff) gemacht, zum Prüfstein für die Durchsetzung des Atomprogramms gegen alle Widerstände. „Kriegern wir Brokdorf nicht durch, kann die Kernkraftindustrie einpacken“, tönt die Brokdorf-Betreiber NWK. Wenn Brokdorf nicht gebaut wird, entstehen „irreparable Schäden für die gesamte deutsche Volkswirtschaft“, behauptet BDI-Boß Rodenstock.

Man sieht, die Herren sind nervös geworden. Aber müssen sich etwa die Werktätigen auch darum sorgen, daß Brokdorf gebaut wird? Ist wirklich die „deutsche Volkswirtschaft“ im Eimer, wenn nicht an der Unterelbe noch ein weiteres Atomkraftwerk steht? Nun, die Argumente, mit denen uns die Atomkoalition schon seit Jahren bombardiert, sind inzwischen recht verfallen. Das Glanzstück in der AKW-Propaganda war immer die Drohung, daß ohne Atomenergie über kurz oder lang die Lichter ausgehen würden. Diese Drohung wurde untermauert durch Vorausberechnungen des jährlichen Strom-Mehrverbrauchs, bei denen sich dann stets eine gewaltige Energielücke für die kommenden Jahre voraussagen ließ. Aber einmal abgesehen von der Tatsache, daß eine solche Lücke ja auch durch den Einsatz anderer Energieträger geschlossen werden könnte, waren die Berechnungen völlig falsch. So wurde vor acht Jahren beispielsweise ein jährlicher Strom-Mehrverbrauch von sieben Prozent „errechnet“; tatsächlich aber ist der Verbrauch im vergangenen Jahr um ganze 1,3 Prozent gestiegen.

Kein Wunder also, daß die Energielücke ihre Rolle als Schreckgespenst schon fast ausgespielt hat. An ihre Stelle ist jetzt ein anderes Phantom getreten. „Verheerende Folgen“ für die Arbeitsplätze in Norddeutschland hätte es, wenn das AKW Brokdorf nicht gebaut würde. Das sagte Hamburgs DGB-Chef Saalfeld. Dreister

geht es nun wirklich nicht mehr. Betrachten wir doch diese angeblich verheerenden Folgen einmal im Hinblick auf das Alternativ-Programm, das Klose für die Hamburger Energie-Versorgung entwickelt hat.

Er will vier Kohlekraftwerke neu bauen (bzw. schon bestehende umrüsten) und sie an ein Fernwärmenetz für mehr als 330 000 Haushalte anschließen. Dabei werden einmal durch den Kraftwerksbau selbst mehr Arbeitsplätze geschaffen als das mit der Errichtung des AKWs Brokdorf der Fall wäre. Eine weitere, noch wesentlich größere Zahl von Arbeitsplätzen wird durch das Verlegen der Rohre für das Fernwärmenetz geschaffen. Und vor allem trägt jeder Bau eines Kohlekraftwerks dazu bei, Arbeitsplätze im Kohlebergbau zu sichern. Während der von der „Atomkoalition“ betriebene Kurs letztlich auf die Ruinierung des deutschen Kohlebergbaus hinausläuft.

Die angebliche Sorge der Gewerkschaftsböden für die Sicherung der Arbeitsplätze ist also in Wirklichkeit die Unterstützung für eine Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil. Wofür die Böden tatsächlich Sorge tragen, das sind die Profite der am Atomgeschäft beteiligten Monopole. Und diese Profite fallen so happig aus wie sonst nur noch im Geschäft mit der Rüstung. In einem Zeitraum von nur neun Jahren sind die Baukosten für ein AKW um 244 Prozent gestiegen. Ein solcher Preisgalopp ist nur dadurch möglich, daß sich die Monopole freizügig in der Staatskasse bedienen können. Jahr für Jahr kassieren sie runde vier Milliarden aus Steuergeldern.

Wir sind es also, die für das Atomprogramm zahlen müssen. Nicht nur mit unseren Steuern. Wir sollen auch mit unserer Gesundheit zahlen; wir sollen die tödlichen Risiken tragen, die mit dem Bau der Atomkraftwerke verbunden sind. Und schließlich sollen wir hinnehmen, daß der Kohlebergbau, die Grundlage für eine unabhängige Energieversorgung, vernichtet wird.

Dagegen ist massenhafter Widerstand notwendig. Unsere Partei fordert: **Stillegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke! Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Aus-schluß der Energiemultis!**

Zur Aktion: „1 Million Unterschriften gegen Atomraketen“

Verhindern wir die Stationierung von „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ in der Bundesrepublik!

Wir haben im „Roten Morgen“ mehrfach Stellung genommen zur „Krefelder Erklärung“, die besonders für die DKP die Grundlage für ihre Unterschriftensammlung gegen die Stationierung von „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ in der Bundesrepublik darstellt. Diese Erklärung kann man jedoch nicht unterstützen, weil sie die aggressive imperialistische Macht UdSSR als friedliebend hinstellt, darüberhinaus Illusionen über die Rolle der Bundesregierung und der Bundeswehr schürt und auch noch den Verbleib der Bundesrepublik in der NATO festschreibt, wo diese eine „positive Rolle“ spielen soll. Alles Punkte, die einem erfolgreichen Friedenskampf im Wege stehen, die ihn in die Niederlage führen. Punkte, deren Anerkennung man nicht zur Grundlage für die Unterschrift unter die Forderung an die Bundesregierung, ihre Zustimmung zur Stationierung der Atomraketen zurückzuziehen, machen darf.

November auf einem von Gert Bastian, Karl Bechert, Martin Niemöller, Petra Kelly, Prof. Dr. Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber initiierten Gespräch in Krefeld angeregt worden ist, eine umfassende Unterschriftenkampagne durchzuführen.

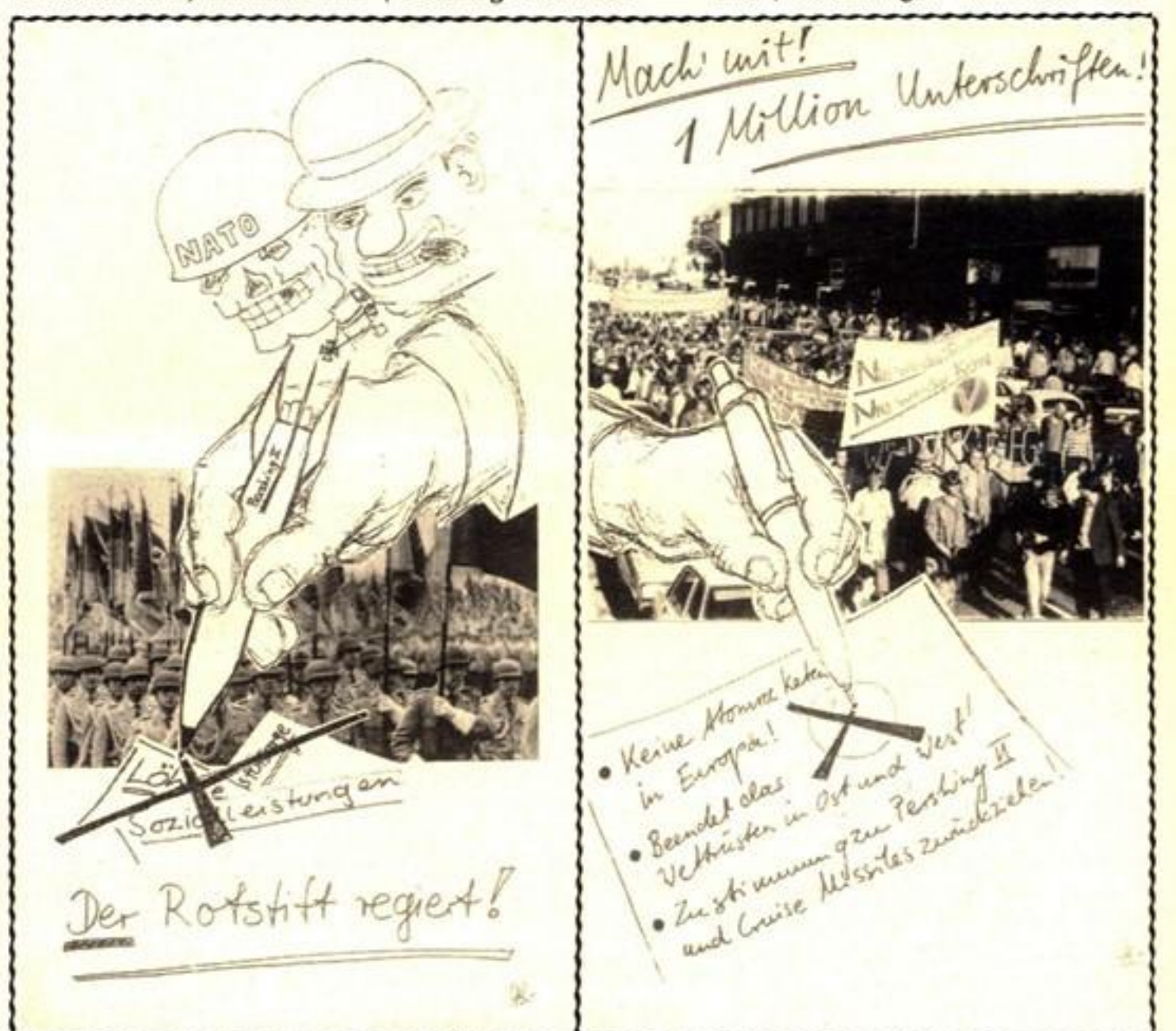
Wir stimmen zu und schlagen allen Bürgern, Organisationen und Initiativen vor, 1981 zum Jahr der Verhinderung der Stationierung neuer US-Atomraketen zu machen. Wir rufen auf, **gemeinsam und parallel** über eine Million Unterschriften gegen die Stationierung der Atomraketen zu sammeln. Dafür ist der folgende Text vorgeschlagen:

„Der Atomtod bedroht uns alle — Keine neuen Atomraketen in Europa — Beendet das Wettrüsten in Ost und West.“

Wir appellieren an die Bundesregierung — die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und

nannten Variationen gibt es noch einige andere Unterschriftenlisten gegen die Atomraketen. Mit ihnen wird man in allen Städten Westdeutschlands konfrontiert sein, wenn es um die Entwicklung örtlicher Friedensinitiativen geht. Solche Initiativen entstehen zur Zeit überall, und das ist eine sehr gute Sache, die von uns tatkräftig unterstützt wird.

Solche Friedensinitiativen sehen natürlich unterschiedlich aus, und es geht darin — und auch das ist gut — oftmals schon um die umfassende Organisation einer breiten Friedensbewegung. Dabei tritt unsere Partei für die Überzeugung der Friedenskräfte von der Richtigkeit und Notwendigkeit unseres Friedensplanes ein, vornehmlich für die Forderungen des NATO-Austritts, des Abzugs aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden und der Neutralisierung der BRD. Ohne die Verwirklichung dieser Forderungen kann von Fried-



Die DKP aber tut das. Die von ihr verbreiteten Unterschriftenlisten tragen den Text: „Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen!“

Dabei wissen natürlich die Unterzeichner zum allergrößten Teil gar nicht, was der Krefelder Appell alles beinhaltet. Und durchaus nicht alle Unterschriften, die bisher auf diesen Listen gesammelt wurden, sind als Unterstützung des gesamten Appells zu werten.

Daß es so nicht geht, daß man die Einheit aller Kriegsgegner, zu der man sich in Krefeld ja auch bekannt hatte, so nicht erreichen kann, haben aber verschiedene Mitwirkende am Krefelder Treffen auch schon erkannt. Das Kölner „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, das personell mit den Initiatoren des Krefelder Treffens zum Teil identisch ist, schrieb im Dezember 1980 in einem Kommuniqué:

„Die erweiterte Tagung des Büros begrüßt, daß am 15./16.

Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.“ (Hervorhebungen von uns — Red.)

Inzwischen gibt es Listen, die nur diesen Text tragen. Wir begrüßen dies, weil wir darin das Bemühen sehen, die Schranken zu einer gemeinsamen Aktion aller, die gegen die Stationierung der Atomraketen sind, aus dem Weg zu räumen, wobei die unterschiedlichen Auffassungen über die Perspektive des Friedenskampfes allgemein erstmal außen vor gelassen werden. Die Auseinandersetzung darum muß und wird natürlich innerhalb der Friedensbewegung geführt werden.

Diesen Gedanken bekräftigten die Initiatoren auch auf einer Aktionskonferenz des „Komitees“ am 7. und 8. Februar. Neben anderen ging Professor Walter Kreck auf verschiedene Herangehensweisen an die Forderung nach einer Rücknahme der Zustimmung zur Raketenstationierung ein und betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der verschiedenen politischen gewerkschaftlichen und konfessionellen Kräfte.

Neben den beiden hier ge-

densicherung keine Rede sein.

Wo es um den konkreten Kampf zur Verhinderung der Stationierung der Atomraketen geht, unterstützen wir auch die Unterschriftensammlung und alle Aktionen, die sich gegen die Stationierung richten.

Dieser Kampf wird richtig ins Rollen kommen, wenn die geplanten Stationierungsorte bekanntgegeben werden. Die sofortige Bekanntgabe fordern alle friedliebenden Kräfte von der Bundesregierung! In den vorgesehenen Stationierungsräumen werden die stärksten Aktionen stattfinden. Zu solchen Aktionen ruft auch das „Komitee“ für Ostern und Frühsommer 1981 auf.

Die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg hat in der neuesten Ausgabe des „Volksechos“ die Initiative des Komitees begrüßt und ruft dazu auf, die Unterschriftensammlung zu unterstützen. In diesem Sinne hat sich der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT an die Initiatoren des Appells gewandt. Das Komitee übersandte der VOLKSFRONT Unterschriftenlisten.

IG Druck und Papier

Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die Hintertüre

Protest im Ortsverein Stuttgart gegen „Verfahrensrichtlinien“

STUTTGART. — In der IG Druck und Papier versucht der Hauptvorstand die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen klassenkämpferische und kommunistische Gewerkschafter durch die Hintertüre einzuschmuggeln. Dies wurde jetzt im Zusammenhang mit den Protesten des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier gegen den Gewerkschaftsausschluß von Harald Schöpfer aufgedeckt.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde der Stuttgarter Gewerkschafter Harald Schöpfer durch den Hauptvorstand der IG Druck und Papier aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Der Anlaß: Harald Schöpfer hatte bei der letzten Bundestagswahl für den KBW kandidiert. Der Hauptvorstand faßte seinen Beschluß einstimmig (vgl. RM 1/81 S. 5).

Zum Zeitpunkt seines Ausschlusses war Harald Schöpfer Mitglied des Stuttgarter Ortsvereinsvorstandes der IG Druck, Vorsitzender der Berufsgruppe graphischer Hilfskräfte und Delegierter im Ortsverein sowie im Bezirk Stuttgart. Der Ausschluß war auf massive Proteste des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier gestoßen.

Trotzdem hat der Hauptausschuß als letzte Instanz den Ausschluß inzwischen bestätigt. Darüber ist die Empörung im Ortsverein groß. Aus Protest haben bisher zwei Ortsvorstands-Mitglieder ihren Rücktritt bekanntgegeben. Andere haben den gleichen Schritt angekündigt.

Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen ist inzwischen ein geheimer Beschluß des Hauptvorstands vom Februar vergangenen Jahres bekanntgeworden, durch den praktisch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen klassenkämpferische und kommunistische Gewerkschafter durch die Hintertüre in die IG Druck und Papier eingeschleust werden sollen.

Und zwar hatte der Haupt-

vorstand im Februar 1980 sogenannte **Verfahrensrichtlinien** für Gewerkschaftsausschlüsse gemäß § 11 Ziffer c) und d) der Satzung der IG Druck und Papier beschlossen. Der Hauptvorstand ist offenbar daran interessiert, daß diese Verfahrensrichtlinien an der Basis nicht bekannt werden, denn er leitete sie lediglich den Landesbezirksvor-

schaftstag der IG Druck und Papier im Jahre 1977 hatte der Hauptvorstand vergeblich versucht, durch einen Antrag die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der IG-Druck-Satzung zu verankern. Stattdessen war als Kompromiß ein Initiativantrag verabschiedet worden, durch den die Ziffern 1 c) und d) in die Satzung aufgenommen wurden.



Auf der Maidemonstration des DGB 1980 in Dortmund.

sitzenden und den Mitgliedern des Hauptausschusses zu.

Diese Verfahrensrichtlinien haben darauf ab, die Ziffern c) und d) des § 11 der Satzung derart auszulegen, daß sie praktisch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wie sie in den Satzungen der anderen DGB-Gewerkschaften verankert sind, ersetzen.

Auf dem vorletzten Gewerk-

Demgemäß ist in § 11 festgelegt, daß der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen kann, wenn dieses... „c) Handlungen begeht oder begangen hat, die die Interessen oder das Ansehen der Gewerkschaft schädigen oder ihren Grundsätzen zuwiderlaufen“ und wenn ein Mitglied „d) die Verfolgung faschistischer Ziele oder die Bekämpfung und Diffamierung der Gewerkschaft

ten in oder für Organisationen und Gruppierungen unterstützt“.

Was nun die Ziffer 1 c) betrifft, so werden entsprechende „Handlungen“ in den internen Verfahrensrichtlinien so definiert, daß sie zwar noch nicht durch bloßen Beitritt oder bloße Mitgliedschaft zu einer bestimmten Organisation oder Gruppierung gegeben seien, wohl aber durch „Kandidatur; Verteilung von Flugblättern; Reden; Diskussionsbeiträge; aktive Mitwirkung in Wort, Schrift und Tat“.

Als Beispiel für die Schädigung des Ansehens der Gewerkschaft wird angeführt: „Bezeichnung von Gewerkschaftsfunktionären als Arbeitverräter, Bonzen etc.; Korruptionsvorwürfe; Herabwürdigung führender Gewerkschaftsfunktionäre“.

Grundsätze der Gewerkschaft sind nach diesen Richtlinien beispielsweise auch „Beschlüsse von Tarifkommissionen, des Hauptvorstands etc.“. Und damit die Stoßrichtung dieser Verfahrensrichtlinien auch unmißverständlich klar wird, heißt es dann auch noch:

„Den Grundsätzen zuwider

läuft die Programmatik von „pseudolinken“ Splittergruppen, die sich selbst als innergewerkschaftliche Opposition verstehen, wie z.B. der KPD, des KBW, KB der ABG u.ä., soweit sie sich gegen die oben (1) genannten Grundsätze wenden.“

Beispiele: Begeht jemand eine Handlung, verteilt er z.B. ein Flugblatt oder hält eine Rede oder verhält er sich in der gewerkschaftlichen Tagesarbeit so, daß seine Handlungen auf die Oppositions- oder Fraktionsbildung innerhalb der Gewerkschaft zielen oder den Beschlüssen von Tarifkommissionen und des Gewerkschaftstages, dem Zusammenschluß aller Organisierten zu gemeinsamen Handeln widerstreiten, sich gegen Demokratisierung und Mitbestimmung richten, was in der praktischen Umsetzung der Programmatik dieser Gruppierungen geschieht, so laufen seine Handlungen den Grundsätzen der Gewerkschaft zuwider.“

Die Vertrauensleute-Leitung des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck hat Kopien dieser „internen Anwendungsrichtlinien“ an andere Ortsvereine geschickt und ein Begleitschreiben hinzugefügt. Darin heißt es, die Stutt-

garter Kollegen seien über diesen „geheimen Beschluß des Hauptvorstands“ äußerst beunruhigt.

Und weiter heißt es in dem Schreiben, diese Anwendungsrichtlinien stellten „nach Meinung vieler Kollegen eine klare Verstoß gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftstages und gegen die Satzung dar. Sie sind ein Versuch, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die Hintertüre wieder einzuführen, obwohl der Gewerkschaftstag 1977 sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat. (...) Wir bitten Euch, dieses Papier und den Ausschluß des Kollegen Schöpfer in euren Ortsvereinen usw. zu diskutieren und möglichst rasch zu reagieren.“

In der Tat ist es notwendig, eine breite Protestbewegung in der IG Druck und Papier gegen den Ausschluß von Harald Schöpfer und diesen verschleierte Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu entfalten. Diese Richtlinien müssen zurückgenommen werden! Sie bedeuten Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Sie sind gegen die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und gegen die Verwirklichung einer echten Gewerkschaftseinheit gerichtet.

Skandalöser Beschluß des DGB-Bundesvorstands

Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf „VOLKSFRONT“ ausgedehnt

Ausschlußverfahren in ÖTV gegen Vertrauenskörper-Vorsitzende

DÜSSELDORF. — Es ist ein gewerkschaftspolitischer Skandal! Wie jetzt bekannt geworden ist, faßte der DGB-Bundesvorstand am 4. November 1980 den Beschluß, daß auch die „VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Frieden“ unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen soll. In der ÖTV läuft bereits mindestens ein entsprechendes Ausschlußverfahren.

In einem Rundschreiben einer ÖTV-Bezirksleitung wird über den erwähnten Beschluß des DGB-Bundesvorstands Mitteilung gemacht. Ferner heißt es in diesem Rundschreiben: „Der Hauptvorstand hat in seiner Sitzung am 28./29. Januar 1981 den Beschluß des DGB-Bundesvorstands zustimmend zur

Kenntnis genommen und den geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV beauftragt, entsprechend zu verfahren.“

Mindestens ein Ausschlußverfahren gegen ein „VOLKSFRONT“-Mitglied läuft in der ÖTV bereits: Der Kreisvorstand der ÖTV in Duisburg hat gegen die Krankenschwester Ursula Tuschen schon vor längerem ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil die Kollegin Tuschen bei der Bundestagswahl für die „VOLKSFRONT“ kandidiert hatte.

Ursula Tuschen ist eine sehr aktive und bei ihren Kolleginnen und Kollegen sehr beliebte Gewerkschafterin. Sie ist Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung der ÖTV ist einem Krankenhaus in Duisburg. Auf einer Mitglieder- und Vertrauensleuteversammlung verabschiedeten die Kolleginnen und Kollegen eine Protestresolution, in der sie die Rücknahme des Ausschlußverfahrens forderten.

In den letzten Jahren ist bekanntlich die Kritik innerhalb der DGB-Gewerkschaften an den reaktionären, spalterischen und antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen massiv angewachsen. Wenn jetzt der DGB-Bundesvorstand und die ÖTV-Führung diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch noch auf eine antifaschistische, überparteiliche Organisation erweitern, so muß dies als eine offene Provokation an die Adresse aller fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften verstanden werden!

Gerade die Tatsache, daß sich in den Reihen der „VOLKSFRONT“ viele aktive, von ihren Kollegen geschätzte und anerkannte Gewerkschafter befinden und daß die „VOLKSFRONT“ sich auch direkt für wichtige gewerkschaftliche Zie-

le (z.B. das Verbot der Ausspernung oder die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) einsetzt, zeigt, wie gewerkschaftsschädigend und spalterisch das Vorgehen der DGB-Bonzen ist und wie sehr die Unvereinbarkeitsbeschlüsse dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft ins Gesicht schlagen.

Indessen scheint der Beschluß des DGB-Bundesvorstands auch in führenden DGB-Kreisen umstritten zu sein. So hatte auch die Essener Ortsverwaltung der IG Metall ein Ausschlußverfahren gegen einen Bundestagskandidaten der „VOLKSFRONT“ eingeleitet und zwar gegen den Vertrauensmann Heinrich Hellwig. Der Hauptvorstand der IG Metall lehnte jedoch ein Verfahren auf Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen den Kollegen Hellwig ab und gab den Fall zurück nach Essen.

Die Essener Verwaltungsstelle teilte inzwischen mit, daß ein Ausschluß auf Grund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht in Frage käme und daß ein Verfahren nach § 11 der Satzung (gewerkschaftsschädigendes Verhalten) nicht für sinnvoll gehalten wird. Heinrich Hellwig wurde in alle seine Rechte und auch als IG-Metall-Vertrauensmann wieder eingesetzt.

Auf Anfrage teilte uns der Zentrale Vorstand der „VOLKSFRONT“ mit, daß er sich brieflich sowohl an den Bundesvorstand des DGB als auch an den Hauptvorstand der ÖTV wenden wird, um eine Korrektur der entsprechenden Beschlüsse zu erwirken. Falls dies aber nichts nutzen sollte, sehe man sich seitens der „VOLKSFRONT“ gezwungen, die Sache in der Öffentlichkeit auszutragen und sich möglicherweise auch an die Gerichte zu wenden.

Auf jeden Fall ist es notwendig, in der Gewerkschaft jetzt den Protest gegen diese Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu entfalten. Denn dies ist eine gefährliche Verschärfung spalterischer Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung, die auf keinen Fall hingenommen werden kann!

Betriebsratswahl bei Hoesch

RGO kandidiert wieder auf Union

IGM-Bonzen verhinderten Persönlichkeitswahl

DORTMUND. — Im Werk Union der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund sammelt die RGO zur Zeit Unterschriften für ihre Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl. Der Vorschlag der RGO-Betriebsgruppe, diesmal Persönlichkeitswahl statt Listenwahl durchzuführen, war wohl bei den Hoesch-Arbeitern, nicht aber bei den verantwortlichen Funktionären der IG Metall auf Gegenliebe gestoßen.

Auf der Vorschlagsliste der RGO kandidieren wieder die beiden bisherigen RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer. Allerdings müssen erst einmal die notwendigen 100 gültigen Unterschriften gesammelt sein. Bei den letzten Betriebsratswahlen im Jahre 1978 hatten die Bonzen und ihre Handlanger mit Einschüchterung, der Androhung des Gewerkschaftsausschlusses und mit allerlei Lügen und Tricks versucht, das Zustandekommen dieser 100 gültigen Unterschriften für die RGO-Liste zu verhindern. Auch jetzt werden sie dies wieder versuchen.

Während bisher die IG-Metall-Liste für die Betriebsratswahl im Werk Union immer undemokratisch von oben her zusammengestellt wurde, sah sich die Ortsverwaltung in diesem Jahr gezwungen, die Liste durch

eine Vorwahl von der Belegschaft bestimmen zu lassen. Damit wurde es der Belegschaft immerhin zum ersten Mal möglich, die Reihenfolge der Kandidaten auf der IGM-Liste durch ein Wahlverfahren zu bestimmen.

Es ist natürlich zur der RGO und ihrem Kampf zu verdanken, daß die Bonzen sich auf Union zu diesem Schritt durchgerungen haben. Sie hoffen damit, der RGO den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Tatsächlich ist durch die Vorwahlen nun der eine oder andere Kollege auf einen aussichtsreichen Listenplatz gekommen, der nicht den Bonzen bedingungslos Gefolgschaft leisten, sondern für eine konsequente Betriebsratsarbeit im Sinne der Arbeiterinteressen eintreten will. Dazu hat die RGO-Betriebsgruppe selbst beigetragen.

Sie hat nicht etwa dazu aufgerufen, die Vorwahlen für die IGM-Liste zu boykottieren, sondern einigen wenigen Kandidaten der insgesamt 34 Bewerber, von denen Positives zu erwarten ist, die Stimme zu geben und zwar nur diesen.

Zwar hat die RGO auf ihrer Liste nur die beiden bisherigen RGO-Betriebsräte aufgestellt. Trotzdem hofft sie, daß sich im Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahl das Kräfteverhältnis innerhalb des Betriebsrats zu ihren Gunsten positiv verändert. Zieht nämlich der eine oder andere kämpferische Kollege über die IGM-Liste in den Betriebsrat ein, dann stehen Hartmut Siemon und Norbert Bömer nicht mehr — wie bisher — weitgehend allein da.

Sofern es den Bonzen nicht gelingt, die RGO-Liste über die Unterschriften stolpern zu lassen — was ziemlich unwahrscheinlich ist — zweifelt niemand an der Wiederwahl der beiden RGO-Betriebsräte. Durch ihr mutiges und konsequentes Eintreten für die Interessen der Belegschaft haben sie sich bei einem großen Teil der Belegschaft Ansehen erworben.

Daß es bei Hoesch nicht — wie die Mehrheit der Beleg-

schaft dies wünschte — zu einer Persönlichkeitswahl gekommen ist, haben einzig die Bonzen, speziell der IG-Metall-Bevollmächtigte Dieterich zu verantworten. Bereits im Oktober vergangenen Jahres wandten sich die beiden RGO-Betriebsräte mit einem Brief an die IGM-Ortsverwaltung und machten das Angebot, zugunsten von Persönlichkeitswahl auf die Aufstellung einer eigenen Liste zu verzichten.

Dieterich und die Vertrauenskörperleitung jedoch hielten es nicht einmal für nötig, darauf zu antworten! Stattdessen drohte Dieterich auf einer Vertrauensleutenkonferenz im Werk Union im November, er werde den gesamten Vertrauensleutenkörper auflösen, falls dieser eine gemeinsame Persönlichkeitswahl mit Siemon und Bömer beschließen.

Ein Vertrauensmann meinte zu dieser unerhörten Drohung: „Die haben Angst, daß Hartmut Siemon bei Persönlichkeitswahl vielleicht mehr Stimmen bekommt als Heinz Menne“. Dies wäre allerdings ein böses Desaster für Dieterich und Konsorten. Heinz Menne ist der gegenwärtige Betriebsratsvorsitzende bei Union.

Kreidler-Werke in Stuttgart pleite

Belegschaft über Nacht auf die Straße gesetzt!

Empörung über Unternehmerwillkür / Arbeiter besetzen Werk 3

STUTTGART. — Ein besonders brutaler Fall von Unternehmerwillkür schlug am vergangenen Freitag wie eine Bombe bei den Stuttgarter Kreidler-Werken ein. Völlig überraschend wurde der Belegschaft von den Bossen mitgeteilt, sie sei ab Montag beurlaubt. Direkt bevor diese Mitteilung an die Belegschaft erging, hatte die Kreidler GmbH beim Amtsgericht Vergleichsantrag gestellt.

Bei den Kreidler-Werken in (bzw. bei) Stuttgart sind insgesamt 1 500 Menschen beschäftigt. Zwei Werke stehen in Stuttgart-Zuffenhausen; ein Werk steht in Kornwestheim bei Stuttgart; außerdem gibt es noch ein Kreidler-Werk im westfälischen Werl.

Bereits vor drei Wochen hatte der Betriebsrat einem Sozialplan zugestimmt, der die Entlassung von 300 Beschäftigten beinhaltet. Den nicht betroffenen Kollegen wurde vorgegaukelt, ihre Arbeitsplätze seien nicht gefährdet.

Jetzt müssen die Kollegen die bittere Erfahrung machen, daß die einzige Garantie vor der Willkür der Unternehmer in einem konsequenten Widerstand gegen jede Form von Arbeitsplatzvernichtung liegt.

Die Kreidler-Werke befinden sich im Besitz der Familie Kreidler. Diese Unternehmerfamilie besitzt außerdem Beteiligungen an der Uhrenfabrik Kienzle in Schwennigen und an Unternehmen im Ausland. Ferner besitzt die Familie einige kleinere Metallbetriebe im Raum Stuttgart. Die Kreidler-Werke selbst umfassen zwei Produktionszweige: neben den bekannten Kreidler-Mopeds werden auch Nicht-Eisen-Metalle (Halbzeug) produziert.

Daß die Kreidler-Familie an diesen Werken kein geschäftliches Interesse mehr hat, zeichnete sich bereits seit mehreren Jahren ab: Es wurde nichts mehr investiert; die Anlagen sind inzwischen überaltert.

Daraus hätten die Verantwortlichen im IG-Metall-Apparat und im Betriebsrat längst entsprechende Schlußfolgerungen ziehen und Maßnahmen zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze ergreifen müssen. Aber sie taten es nicht.

Die Empörung in der Belegschaft ist natürlich groß. Über Nacht soll eine ganze Belegschaft einfach auf die Straße gesetzt und die Produktion eingestellt werden! Noch am Freitag begann bereits der Versuch von Gläubigern, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen: Rohmaterial und Halbfabrikate sollten aus dem Werk geholt werden.

Aber diese „Überfälle“ wurden von der Belegschaft entschlossen gestoppt. Gabelstapler und andere Kraftfahrzeuge wurden quergestellt und als Barrikaden zur Blockierung der Abtransporte eingesetzt. Und die Kreidler-Belegschaft erhielt auch sofort tatkräftige Beweise der Solidarität aus dem benachbarten Stammwerk von Standard-Elektronik-Lorenz (SEL): IGM-Vertrauensleute eilten aus

diesem Werk zu Hilfe, um bei der Blockierung der Abtransporte zu helfen. Auch aus anderen Stuttgarter Metallbetrieben eilten im Laufe des Tages Arbeiter herbei, um die Kreidler-Kollegen zu unterstützen.

Kein Zweifel: Wenn die Kreidler-Belegschaft mit entschlossenen Kampfaktionen ihre Arbeitsplätze verteidigt, kann sie einer starken Solidarität seitens anderer Belegschaften und der werktätigen Bevölkerung in Stuttgart sicher sein.

Am Montag sollen in allen drei Kreidler-Werken aufeinanderfolgend außerordentliche Betriebsversammlungen abgehalten werden (dies ist bereits nach Redaktionsschluß des RM). Aus Furcht, daß sich daraus eine Betriebsbesetzung auf allen drei Werken ergibt, hat die Werksleitung die Abhaltung der Betriebsversammlungen auf Werksgelände untersagt.

Das Werk 3 jedoch, zu dem die Produkt-Auslieferung gehört, wurde bereits am Freitag von den Arbeitern besetzt. Die Besetzung wird schichtweise rund um die Uhr durchgeführt.

Die Ortsgruppe Stuttgart der KPD wird alles in ihrer Kraft stehende tun, um den Kampf der Kreidler-Kollegen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu unterstützen.



Im Frühjahr 1978 streikten die Metaller in Stuttgart wochenlang für ihre Lohnforderung. Auch damals lautete die Forderung der IG Metall 8 Prozent. Daß die IGM-Bonzen sich dann trotz der hervorragenden Kampfbereitschaft der schwäbischen Metaller auf einen Abschluß von nur 5 Prozent einließen, löste dann massive Proteste aus.

DGB-Führer steuern auf Lohnverzicht zu

Das kleine Einmaleins verlernt?

Glaubt man den Worten der diversen Gewerkschaftsbosse der DGB-Gewerkschaften, so sind sie allesamt fest entschlossen, Lohnabschlüsse durchzusetzen, die zumindest die Verteuerung der Lebenshaltungskosten ausgleichen. Sieht man sich allerdings die Taten dieser Herren an, so könnte man meinen, sie hätten das kleine Einmaleins verlernt.

Bekanntlich liegt die amtliche (das heißt den wirklichen Sachverhalt verharmlosende) Teuerungsrate gegenwärtig bei 5,8 Prozent. Selbst wenn man diese Zahl als richtig unterstellt, müßten wegen der progressiv steigenden Abzüge vom Bruttolohn zumindest 7 Prozent mehr Lohn durchgesetzt werden, will man netto nicht sogar noch hinter dieser offiziellen Teuerungsrate zurückbleiben.

Nicht umsonst haben sich Tausende von Metall- und Stahlarbeitern mit Resolutionen und Unterschriftensammlungen an die IGM-Führung gewandt und die volle Durchsetzung der IG-Metall-Forderung verlangt.

Zu Recht sagen die Kollegen, diese Forderungen seien angesichts der Teuerungsrate bereits „an der untersten Grenze des Vertretbaren“ angesiedelt.

Indessen haben die IGM-Bonzen in Nordrhein-Westfalen Ende Januar bereits den ersten Lohnabschluß der Tarifrunde '81 perfekt gemacht: 80 000 Beschäftigte des Kfz-Handwerks wurden mit jämmerlichen 5,2 Prozent abgespeist. Gefordert waren auch in diesem Bereich 8 Prozent! (Vgl. RM 6/81, S. 3.)

Inzwischen hat auch die IG Bau, Steine, Erden ihren ersten Tarifaabschluß hinter sich gebracht. Die rund 150 000 Beschäftigten des Gebäudereiniger-Handwerks (eine bekanntlich besonders miserabel bezahlte Arbeit) in NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen erhalten ab 1. April 5,4 Prozent mehr Lohn.

Die Forderung der IG Bau hatte bei 6,9 Prozent gelegen. Die Kolleginnen und Kollegen wissen also jetzt, daß sie den ohnedies schon ziemlich engen Gürtel noch enger schnallen müssen!

Auch im Baugewerbe von Nordrhein-Westfalen steht jetzt endlich die Forderung der IG Bau fest, nachdem die Tarifverhandlungen dort bereits seit Wochen angelaufen sind. Sie lautet: 7,7 Prozent. Auch hier liegt die von den Bonzen angestrebte Marke offenbar noch unter 6 Prozent.

Die ÖTV-Basis hat in diesem Jahr breiter und massiver denn je ihren Willen nach einer Festgeld- oder zumindest einer Mischforderung bekundet und

zwar in einer Höhe, die tatsächlich wenigstens die Teuerung ausgleichen kann: Die meisten Forderungen von Betriebsgruppen, Vertrauensleuteversammlungen und Funktionärskonferenzen bewegen sich — entgegen der „Forderungsempfehlung“ des Hauptvorstandes — bei ca. 200 Mark. Einige Forderungen liegen sogar noch um einiges höher.

Dennoch erklärte jetzt ÖTV-Boss Kluncker unverfroren, die Forderung der ÖTV, die wahrscheinlich Ende Februar festgelegt werden solle, werde bei rund 7 Prozent liegen. Ganz offen wird wieder einmal der Mitgliederwille mit Füßen getreten!

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat inzwischen ebenfalls ihre erste Lohnforderung aufgestellt. Für die 315 000 Beschäftigten des Bankgewerbes werden 7,2 Prozent mehr Gehalt linear auf die Endgehälter gefordert. Das bedeutet, daß zum Beispiel bei einem Berufsanfänger die 7,2 Prozent nicht von seiner tariflichen Anfangsgehaltsstufe, sondern von der Endstufe her berechnet werden soll. Ferner soll die unterste Gehaltsgruppe (Gehaltsgruppe 1) ersatzlos gestrichen werden. Die Gehaltsgruppen 2 und 3 sollen ebenfalls überproportional angehoben werden: um 7,7 Prozent bis 8,2 Prozent, mindestens jedoch um 160 Mark.

Diese Forderungen mit ihren relativ starken sozialen Komponenten heben sich von den Forderungen der IG Metall, IG Bau und den angekündigten 7 Prozent von Kluncker und Co. positiv ab. Aber auch sie sind nicht konsequent an einer Absicherung der Realeinkommen orientiert. Sie müßten ohne Abstriche durchgesetzt werden, um einen Reallohnabbau wenigstens im großen und ganzen auszuschließen.

IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler vor Gericht

Ein Schandurteil bleibt ein Schandurteil!

Gewerkschaftssekretär Schering inzwischen freigesprochen

STUTTGART. — Am Freitag dieser Woche findet vor dem Stuttgarter Amtsgericht ein Prozeß gegen den nordwürttembergischen IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler statt. Steinkühler hatte Einspruch gegen einen Strafbefehl über 5250 DM eingelegt, der ihm aufgebremst worden war, weil er völlig zu Recht ein Schandurteil des Arbeitsgerichtes Karlsruhe als solches bezeichnet hatte.

Steinkühlers spektakuläre Äußerung über das besagte Urteil des Karlsruher Arbeitsgerichtes war eigentlich nur ein Akt gewerkschaftlicher Solidarität mit einem anderen IGM-Funktionär: Der Bruchsaler IGM-Sekretär Schering war am 17. Januar 1980 vom Amtsgericht Bruchsal zu 750 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er angeblich einen Bruchsaler Arbeitsrichter beleidigt hatte. Schering hatte ein Urteil dieses Richters als „Schandurteil“ bezeichnet und zwar völlig zu Recht.

Um welches Urteil ging es dabei? Im Juli 1975 hatte sich der Elektroschweißer Wilhelm Reizig, der bei der Tank- und Apparatebau-Firma Barth KG in Bruchsal beschäftigt war, mehrfach vergeblich bei seinem zuständigen Betriebsingenieur beschwert, weil er Bleche verschweißen mußte, an denen Kunststofffolien hafteten und die deshalb giftige Dämpfe abgaben. Wilhelm Reizig wurde dadurch von starkem Brechreiz und Schlaflosigkeit befallen.

Reizig wandte sich schließlich an das Gesundheitsamt, das feststellte, daß die Dämpfe gesundheitsschädlich seien. Da-

raufhin wandte Reizig sich an den Gewerkschaftssekretär Günter Schering und dieser wurde wiederum beim Gewerbeaufsichtsamt vorstellig.

Das Gewerbeaufsichtsamt wandte sich an die Firma Barth und verbot ihr fürderhin, die kunststoffbeschichteten Bleche verarbeiten zu lassen. Daraufhin erhielt Wilhelm Reizig die fristlose Kündigung von seiner Firma! Zugleich wurde ihm von sofort an der Zutritt zum Betrieb von der Geschäftsleitung verboten.

Mit skandalösen Begründungen erklärte das Arbeitsgericht Karlsruhe unter Vorsitz des Richters Wolfgang Leser, die Entlassung für rechtmäßig. Sie sei „sozial gerechtfertigt“ und die „angemessene Reaktion“ auf das Verhalten des Klägers gewesen. Durch sein Verhalten habe der Kläger Reizig gegen die „Treuepflicht“ seinem Unternehmer gegenüber verstoßen usw. usf. Gegen dieses Urteil legte Reizig Beschwerde ein. Aber das Landesarbeitsgericht bestätigte das Schandurteil des Herrn Leser.

Ein Jahr nach diesem Urteil berichtete die Illustrierte „Stern“ über den Fall und zitierte

te dabei den Gewerkschaftssekretär Schering. Schering wies gegenüber dem „Stern“ daraufhin, daß nach dem besagten Arbeitsgerichtsurteil die kunststoffbeschichteten Bleche bei Barth weiter verarbeitet würden und er sagte weiter: „Jetzt hat sich natürlich keiner mehr getraut, das Gewerbeaufsichtsamt zu verständigen, nach diesem Schandurteil“.



IGM-Bezirksleiter Steinkühler

Wegen dieser vom „Stern“ zitierten Äußerung wurde Schering zu 750 Mark Geldstrafe verurteilt! In den Stuttgarter „Metall-Nachrichten“ ließ daraufhin Franz Steinkühler als presserechtlich Verantwortlicher einen Artikel erscheinen, in dem es hieß: „Gebt dem Richter schriftlich, was ihr dazu meint

— das Urteil ist eine Schande“. Der Metaller-Zeitung lag außerdem ein Brief an den Deutschen Richterbund bei, in dem Steinkühler zu der Äußerung von Günter Schering erklärte: „Er hat völlig recht gehabt mit seiner Bewertung. Etwas anderes kann man guten Gewissens über die Urteile gegen Wilhelm Reizig nicht sagen“. Deswegen steht Steinkühler jetzt ebenfalls vor Gericht.

Der massive Protest aus der IG Metall gegen diesen Modellfall kapitalistischer Klassenjustiz hat inzwischen bereits einen ersten Erfolg gebracht: Seinen Berufungsprozeß vor dem Landgericht Karlsruhe hat Günter Schering in der vergangenen Woche gewonnen. Er wurde freigesprochen. Es ist zu hoffen, daß am Freitag auch Franz Steinkühler freigesprochen wird. Ein Skandal bleibt die gesamte Affäre jedoch so oder so!

„Times“-Prozeß verschoben

DARMSTADT. — Der sogenannte „Times“-Prozeß, bei dem drei Funktionäre der IG Druck und Papier wegen einer Solidaritätsaktion für britische Druckereiarbeiter der Nötigung und des Hausfriedensbruchs angeklagt sind, wurde verschoben. Der neue Termin ist uns bis jetzt noch nicht bekannt. Ursprünglich hätte der Prozeß am 19. Februar vor dem Landgericht Darmstadt beginnen sollen (siehe RM 7/81, S. 4).

Empörung bei den Arbeitern von Mahle Zweimal in einer Woche gestreikt

STUTTGART. — In der vergangenen Woche kam es in der Metallfabrik Mahle in Stuttgart zweimal zu Streikaktionen gegen das Verhalten der Unternehmer in der Lohnrunde.

Der erste Warnstreik, der sich gegen das provozierende Verhalten der Metallunternehmer bei den Lohnverhandlungen und gegen das Hohnangebot von 2,5 Prozent richtete, fand am Mittwoch statt und dauerte ca. eine Stunde. Über 1000 Kollegen beteiligten sich an der Aktion.

Am Freitag um die Mittagszeit legten 800 Kollegen erneut die Arbeit nieder. Den Anstoß dazu gab das Bekanntwerden einer freiwillig zugestandenen

Gehaltserhöhung für die außertariflichen Angestellten (also für die leitenden und höheren Angestellten) um 5 Prozent. Bei diesen hohen Gehaltsgruppen bringen 5 Prozent mehr immerhin Gehaltserhöhungen zwischen 300 und 400 Mark monatlich.

Die streikenden Arbeiter forderten: „Wenn die das bekommen, dann wollen wir genausoviel mehr Lohn“. Schließlich werden die weniger gut bezahlten Beschäftigten ja auch besonders hart von der Teuerung betroffen. Der Streik ging später in eine außerordentliche Betriebsversammlung über und dauerte bis Schichtende an.

NS-Prozeß in Dortmund

650 Menschen bei lebendigem Leibe verbrennen lassen

Der Richter schont den Faschisten — die Antifaschisten werden aktiv

Seit dem 19. Februar steht der ehemalige Polizeihauptwachtmeister Karl Wilhelm Kampmann vor dem Dortmunder Schwurgericht. Die Anklage: Mord und Beihilfe zum Mord in mindestens 650 Fällen — Kriegsverbrechen, begangen in der Sowjet-Ukraine im Jahre 1943. Wir veröffentlichen hier Auszüge aus einem Flugblatt der VOLKSFRONT zu dem Prozeß.

„Holocaust“ in Srebnoje

„Im Februar 1943 erlebte das ukrainische Dorf Srebnoje seinen Holocaust. 680 Personen — Männer, Frauen, Kinder, die als Kommunisten des Widerstands gegen die faschistischen Besatzer verdächtig sind, werden verhaftet. Leiter der Aktion ist Karl Kampmann, Revier-Oberwachtmeister beim Gendarmerieposten Srebnoje.

Die Verhafteten werden in der Schule des Ortes eingesperrt. 20 Personen werden herausgeholt, dann noch einmal 20. Kurze Zeit später hört man Schüsse — die Gefangenen werden im nahegelegenen Wald in einer Grube, die sie selbst ausheben mußten, ermordet. In

der Schule kommt es zu Unruhe. Daraufhin schießen die Nazis, unter ihnen Kampmann, Brennmaterial um das Gebäude auf und setzen es in Brand. Die meisten Gefangenen verbrennen bei lebendigem Leibe, auf Fliehende und in die Schule hinein feuern die Mörder Maschinengewehrsalven ab. Mindestens 650 Menschen sterben eines qualvollen Todes.

„Von nichts gewußt?“

Vor Gericht streitet Kampmann jede Verantwortung oder Beteiligung ab. Sein Gedächtnis, hervorragend, wenn es um Ein-

zelheiten der Bewaffnung oder nebensächliche Vorfälle geht, wird lückenhaft oder versagt ganz, sobald die Sprache auf Faschisten kommt, die in seiner unmittelbaren Nähe tätig gewesen sind. Man kennt das aus allen anderen NS-Prozessen.

„Ich habe von nichts gewußt!“ Kampmann geht noch weiter. „Ich möchte mein Verhältnis zur Bevölkerung als außergewöhnlich gut bezeichnen!“ So weit geht sein Zynismus. Er berichtet von einer Weihnachtsfeier, die die Dorfbevölkerung angeblich freiwillig für die Deutschen veranstaltet hat. Wenig später finden 650 dieser Menschen ihr Ende in den Flammen...

Kampmanns Verhältnis zur faschistischen Truppe ist ungebrochen. Zwar leugnet er jeden Kontakt mit führenden Nazis oder der SS, aber für den Geist der faschistischen Polizei und Armee findet der Kriegsfreiwillige und NSDAP-Mitglied (Mitgliedsnummer 7305511, Auf-



Am Sonnabend, den 21. Februar, führten einige Mitglieder der VOLKSFRONT in der Innenstadt eine Kundgebung und eine kleine Demonstration durch. Dabei teilten sie das Flugblatt, aus dem wir hier zitiert haben, aus. Die Aktion fand ein großes Echo in der Bevölkerung.

nahmeantrag gestellt am 17.11.1939) nur lobende Worte, für seine Kumpane ebenfalls. „Da herrschte Zucht und Ordnung!“

In dem Flugblatt wird betont, daß Verbrechen wie die Kampmanns nicht ungesühnt bleiben dürfen. Wer die Nazi-Verbrecher schont, ermutigt die heutigen Neonazis in ihrem verbrecherischen Treiben.

Um viele Dortmunder Antifaschisten in den Kampf für die gerechte Verurteilung Kampmanns einzubeziehen, und die Öffentlichkeit über die Hintergründe und die Aktualität des

Verfahrens zu informieren, ruft die VOLKSFRONT dazu auf, einen Arbeitskreis zum Prozeß zu bilden:

„Wir rufen auf zur Gründung eines ‚Arbeitskreises Kampmann-Prozeß‘, in dem alle Dortmunder Antifaschisten — unabhängig von eventuellen Organisationszugehörigkeiten — zusammenarbeiten sollten, die ein Interesse an der Verbreitung der Wahrheit über die NS-Verbrechen und damit an antifaschistischer Aufklärung haben!“

Alle, die verhindern wollen, daß der Kampmann-Prozeß im Geheimen abläuft.

Alle, für die der Kampf gegen den Faschismus keine geschichtlich überholte Sache ist, sondern brennende Aktualität besitzt. (...)

Die Notwendigkeit, den Einfluß der demokratischen Öffentlichkeit auf den Prozeßverlauf zu verstärken, wurde bereits am ersten Tage deutlich. Während der Vorsitzende Richter Müller den Angeklagten überst zuvorkommend behandelte, schnauzte er die Zuschauer bei der kleinsten Unruhe an

und drohte sogar, den Saal räumen zu lassen. Solche Unruhe kam zum Beispiel auf, als herauskam, daß Kampmann nach dem Kriege bereits 1952 wieder als Polizist Dienst tat — als Hauptwachtmeister. So, als hätte es den Krieg und die Kriegsverbrechen nie gegeben. Und seit 1972 bezog er eine Pension von monatlich 2000 DM — mehr, als mancher ehrliche Arbeiter heutzutage verdienen kann. (Im Nov. 1980 wurden seine Bezüge um 30 Prozent gekürzt.)

Dafür nahm Müller den Angeklagten in Schutz, als dieser erklärte, er habe an die Front gewollt, um „bei der Verteidigung des Vaterlandes zu helfen“. Die Frage des Staatsanwalts, ob er nicht gewußt habe, daß Deutschland keinen Verteidigungskrieg sondern einen Angriffskrieg führte, blockte der Richter ab mit der Bemerkung: „Sie wissen doch auch, daß sich bei dieser Frage von 25 Gelehrten 10 heute noch nicht einig sind!“!!!!

Die KPD wird den Arbeitskreis bei seiner Tätigkeit unterstützen.

Prozesse gegen VOLKSFRONT-Wahlkampf

Erste Erfolge für die Antifaschisten

Wie berichtet, laufen zur Zeit die Prozesse gegen Wahlkampfhelder der VOLKSFRONT an. Sie werden verfolgt wegen des Aufstellens oder der Verantwortlichkeit für zwei Plakattmotive, die Strauß als schnaubenden Stier karikieren bzw. die brutalen Polizeieinsätze in unserem Land anprangern.

Das Amtsgericht Fürth verweigert in einem Beschluß vom 9. Februar die Eröffnung des Hauptverfahrens. Da dieser Beschluß weit über Fürth hinaus von Interesse ist, veröffentlichen wir hier Auszüge aus der Begründung:

„Gegen den Beschuldigten hat die Staatsanwaltschaft (...) Anklage erhoben, weil er gemeinschaftlich mit anderen in Fürth Stellplakate der ‚Volksfront‘ aufgestellt habe, die auf weiß-blauem Hintergrund den Kanzlerkandidaten Strauß als Stier auf das rote Tuch der Volksfront losstürmend darstellt, wobei am oberen Bildrand der Text „Stoppt Strauß!“ gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ am unteren „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — für Freiheit und Demokratie, Wohlstand

und Frieden“ gedruckt waren. Die Worte „Stoppt Strauß“ sind über die gesamte Bildbreite gedruckt und so optisch von dem Nachsatz „gegen Reaktion“ usw. getrennt.

Erweckt das Bild des Palkates zunächst nun mehr den Eindruck, daß der Stier gereizt werden soll, so ist bei einer Gesamtbetrachtung des Plakates trotz der Propagierung eines „Sachprogramms“ der Angriff auf die Person des „zu stoppenden“ Kanzlerkandidaten deutlich. Wegen dieses persönlichen Bezuges und der scharfen Gegenüberstellung von Programm und Gegenprogramm impliziert der Text, daß der Kanzlerkandidat Strauß „zu stoppen“ sei, weil er ein Reaktionär, Faschist und Kriegsbefürworter sei. Äußerungen, die, da ihnen ein konkreter Bezug auf Sachverhalte

gern. Schon gab es mehrere tausend Mark Geldstrafe.

Aber nicht alle Prozesse verlaufen im Sinne des Anklägers. Selbst in der bayrischen Heimat des ehemaligen Kanzlerkandidaten wurde die Anklage gegen das „Stierplakat“ von einem Gericht abgewiesen.

fehlt, nicht als Tatsachenbehauptungen sondern als (Un-)werturteile aufzufassen sind.

Die Tat ist jedoch nicht rechtswidrig, da sie sich im Rahmen dessen hält, wie sich Politiker während des letzten Bundestagswahlkampfes äußerten und was sie somit auch für ihre Person als hinzunehmen in Kauf nahmen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, daß der Angriff indirekt über das „Sachprogramm“ vorgetragen wurde, sich also vom bloßen Beschimpfen absetzt.

Die VOLKSFRONT führt ihre Prozesse offensiv. Wie ihr Geschäftsführer Ulrich Leicht gegenüber dem „Roten Morgen“ erklärte, besteht auch in anderen Verfahren eine Erfolgsaussicht für die Antifaschisten. Wenn solche positiven Urteile rechtskräftig werden, wird die VOLKSFRONT Schadensersatz für die Nachteile verlangen, die ihr durch die Wahlbehinderung und den damit verbundenen hohen Kostenaufwand für die Organisation entstanden sind.

„Jägermeister“ will „Pardon“ ruinieren

Gericht stellt Profitinteressen über Freiheit der Kunst

HAMBURG. — Schnapsfabrikant W. Mast hat den ersten Prozeß gegen die Satire-Zeitschrift „Pardon“ gewonnen. „Pardon“ soll für einen Mast eventuell entstandenen Schaden aufkommen und muß drei Viertel der im Prozeß entstandenen Kosten — der Streitwert wurde auf 400 000 Mark beziffert — tragen. Die Zeitschrift wird das Urteil aber nicht hinnehmen, sondern in die Berufung gehen.

Verhandelt wurde gegen die den „Jägermeister“-Anzeigen nachempfundene Foto-Satire, die ein minderjähriges Kind mit einer „Jägermeister“-Flasche zeigt und den Spruch aufweist: „Ich trinke Jägermeister, weil mein Dealer zur Zeit im Knast sitzt.“ Damit wurde völlig zu Recht die aggressive Alkohol-Werbung, die oft auch eine Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung beinhaltet, angegriffen.

Das Gericht befand jetzt, diese Art von Satire stelle einen „schweren Angriff in das Persönlichkeitsrecht der Klägerin“ dar; „die Beklagte“ müsse deshalb „die minder schwere Beschränkung in der Wahl der künstlerischen Gestaltungsmittel“ hinnehmen.

In Wahrheit ist auch dies ein

Stück Klassenjustiz. Die „Persönlichkeitsrechte“ Masts bestehen in dem Recht, Profit zu machen, und dabei sind die schmutzigsten Methoden erlaubt. Gegenüber diesem Profitinteresse gilt die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst nichts.

Mast wird anheimgestellt, Schadensersatzforderungen zu stellen. Das Gericht hielt Umsatzeinbußen aufgrund der Satire „für wahrscheinlich“. Die Höhe der Forderungen ist noch nicht abzusehen, aber es zeichnen sich Beträge ab, die eine Ruinierung von „Pardon“ bedeuten könnten. „Pardon“-Herausgeber Gremliza erklärte, er wolle in Berufung gehen und notfalls bis zur letzten Instanz kämpfen.

Pressefotos beschlagnahmt

Massiver Schlag gegen die Pressefreiheit

HANNOVER. — Einen schwerwiegenden Angriff gegen die Pressefreiheit haben die Staatsanwaltschaft und die Polizei in Hannover gestartet. Unter Androhung von Gewalt erzwang die Polizei in der Redaktion der „Hannoverschen Neuen Presse“ die Herausgabe von 130 Fotonegativen, die Reporter der Zeitung bei Demonstrationen gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Hannover im November 1980 aufgenommen hatten. Die Polizei will diese Bilder zur Verfolgung von Demonstranten benutzen.

Bereits wenige Tage nach der Militaristenschau hatte die Kripo versucht, das Filmmaterial zu beschlagnahmen. Die mitgebrachte richterliche Anordnung war jedoch unzureichend, und die Beschwerde der Zeitung hatte Erfolg. Eine im Dezember 1980 verfügte Anordnung des Amtsgerichts Hannover wurde aber gegen eine erneute Beschwerde bestätigt. Das Landgericht kam zu der ungeheuerlichen Entscheidung, das Zeugnisverweigerungsrecht schütze

nur den Informanten einer Zeitung, nicht aber die festangestellten Fotografen.

Damit sollen Zeitungsreporter gegen ihren Willen zu Hilfsorganen der Polizei degradiert werden! Die Pressefreiheit und das Persönlichkeitsrecht der Journalisten zählt hier nicht.

Der Chefredakteur der HNP und der Verlag haben inzwischen gegen diesen Willkürakt Verfassungsbeschwerden eingeleitet.

Im Majdanek-Prozeß begannen die Plädoyers

Massenmörder Villain flüchtig — weitere Freisprüche drohen

DÜSSELDORF. — Im Majdanek-Prozeß begannen, nach einer Prozeßdauer von über fünf Jahren, die Plädoyers der Staatsanwaltschaft. Gleich zu Beginn nutzte einer der angeklagten faschistischen Massenmörder die bisherige schonende Behandlung durch das Gericht zur Flucht. Heinz Villain, Mitwirkender an der Ermordung von etwa 17 000 Häftlingen im KZ Majdanek, wartete das Ende des auf seine Person bezogenen Vortrags des Staatsanwaltes nicht ab; er erschien am 18. Februar nicht mehr vor Gericht.

Villain ist der Verbrechen ganz eindeutig überführt worden. Er war einer der verhassten Faschisten im Lager. Zeugen bezeichneten ihn als „fanatischen SS-Mann“, der sich „in einem Grausamkeitsrausch“ befand. Bei seinen Grausamkeiten machte er vor schwerkranken Häftlingen nicht halt, er ging sogar extra in den Invalidenblock, um die dort nackt auf dem Fußboden liegenden Menschen zu mißhandeln.

Gegen Villain wurde Haftbefehl erlassen. Wegen der bestehenden Fluchtgefahr hatte die Staatsanwaltschaft schon vor längerer Zeit eine solche Maßnahme beantragt; das Gericht hatte abgelehnt. Es trägt die volle Verantwortung für die Flucht des Verbrechers.

Trotz des Haftbefehls wurde bis zum Redaktionsschluß noch keine steckbriefliche Fahndung ausgeschrieben, nicht einmal die Presse erhielt Fahndungsfotos. Haftbefehle wurden auch gegen drei weitere Nazis ausgesprochen, die sich heute noch auf freiem Fuß befinden. Sie wurden allerdings außer Vollzug ge-

setzt, nachdem den Angeklagten die Ausweise abgenommen worden waren.

Das Plädoyer faßte noch einmal die unvorstellbaren Grausamkeiten der Faschisten in Majdanek zusammen. Von den Angeklagten Hermann Hackmann, Lagerführer im KZ, seinem Gehilfen Franz Petrick und Arnold Strippel, dem „Todesengel“ Laurich und Blockführer Thomas Elwanger entstand deutlich das Bild sadistischer Mörder im Auftrage eines verbrecherischen Regimes. Dennoch, so berichteten Prozeßbesucher, besteht die Gefahr, daß Elwanger und Strippel freigesprochen werden, weil das Belastungsmaterial als angeblich „unzureichend“ gewertet wird. Die Plädoyers gegen Hildegard Lächert und Hermine Ryan standen bei Redaktionsschluß noch aus. Die Plädoyers der Verteidiger der Faschisten sollten laut Plan am 25.2. beginnen, mit dem Abschluß des Prozesses wird erst im Juni gerechnet. Für den 23.2. plante die VOLKSFRONT eine Protestkundgebung.

In einem Flugblatt zur Veranstaltung schildern die Kieler Antifaschisten die Hintergründe des Prozesses und ziehen die Verbindung zu den neofaschistischen Terrorakten der letzten Zeit. Sie betonen die Aktualität des Kampftages gegen Reaktion und Faschismus am 30. Januar. Über ihre eigene Arbeit schreiben sie:

Wir, der Arbeitskreis „Asche-Prozeß“, in dem mittlerweile 50 bis 60 Kieler Demokraten und Antifaschisten unterschiedlicher weltanschaulicher, politischer und religiöser Auffassung mitarbeiten, treten für eine harte und gerechte Bestrafung des ehemaligen SS-Obersturmführers und „Judenreferenten“ Asche ein. Wesentlich ist für uns jedoch nicht nur die Verurteilung von Verantwortlichen wie Asche, sondern gerade auch die Verurteilung ih-

Erfolgreiche Veranstaltung mit Beate Klarsfeld in Kiel

Nie wieder Faschismus — Nie!

Internationale Erklärung zum „Asche-Prozeß“ verabschiedet

KIEL. — Der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Sturmführer Kurt Asche, Mitwirkender an der Deportation von über 25 000 Juden ins Vernichtungslager Auschwitz, geht weiter. Immer weitere Kreise zieht die Tätigkeit des „Arbeitskreises Asche-Prozeß“, in dem sich Kieler Antifaschisten aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengeschlossen haben, um über den Prozeß und seine Hintergründe zu informieren. Die hier entstandene Gemeinsamkeit wird sicher weit über den Prozeß hinaus Bestand haben.

von Wissen und Überzeugung zu stellen, dazu dient unsere Veranstaltung am 3. Februar.

Über den Verlauf der Veranstaltung erhielten wir den folgenden Bericht.

„Mit 350 bis 400 Menschen war am 3.2.81 der Legiensaal im

ehemals verfolgte und von den Nazis deportierte Juden für die Enthüllung und Verfolgung dieser Verbrechen führen.

Ohne diese Arbeit, die Serge Klarsfeld und Maxim Steinberg speziell in diesem Fall durchführten, wäre es wohl nie zur Eröffnung des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Kurt Asche gekommen. Die von ihnen gesammelten Beweismaterialien liegen der deutschen Justiz schon bald ein Jahrzehnt vor. Noch 1976 lehnte das Landgericht Flensburg die Eröffnung des Hauptverfahrens, damals auch noch gegen weitere Angeklagte, unter ihnen der eigentliche Hauptangeklagte Ernst Boie Ehlers, der sich im letzten Herbst selbst erhängte, ab. Trotzdem haben die Klarsfelds nicht aufgegeben und mit allen Mitteln weitergekämpft.

Frau Klarsfeld berichtete zum Beispiel, wie sie mit belgischen Jugendlichen 1975 aus Protest gegen die zuvorkommende Haltung der Justiz gegenüber besagtem Ehlers dessen Schleswiger Wohnung besetzte. Dieser Vorfall führte sogar zu einer erbosten Anfrage der CDU-Fraktion im Bundestag.

Frau Klarsfeld berichtete auch von weiteren Aktionen, z.B. gegen die Neonazi-Organisation Deutsche Volkunion (DVU) und im Zusammenhang mit dem Kölner Lischka-Prozeß. Sie brachte diese Aktionen auf die Formel: „Einen kleinen Skandal entfachen, um den großen Skandal aufzudecken!“

Größtes Gewicht aber maß sie der „Dokumentation der Wahrheit“ bei. Sie hob hervor, daß man den Lügen der alten und neuen Nazis nur mit der schonungslosen Offenlegung der historischen Wahrheit entgegenzutreten könne. Daß dies nicht nur Worte geblieben sind, sondern auch tägliche Praxis wurde, davon legt der Asche-Prozeß beredtes Zeugnis ab und fand den starken Beifall des Publikums.

Die Veranstaltung war eröffnet worden von einer kleinen Musikgruppe mit antifaschistischen Liedern in jiddischer

Sprache. Unter ihnen ragten die großartigen und erschütternden Lieder „S brent, briderlech s brent“ (es brennt, Brüder, es brennt!) von Mordechai Gebirtig und „Shtil, die nacht iz oysgeshternt“ (Still, die Nacht ist voller Sterne) von Hirschglick hervor, die unbedingt der Verbreitung bedürfen. Beide Autoren waren jüdische, antifaschi-

kussionsredner, der Hamburger Galerist Arie Goral, einnahmen. Diese Debatte sprengt den Rahmen dieses Berichts, muß aber gesondert geführt werden, da die antifaschistischen Juden unbedingt in die Einheitsfront einbezogen werden müssen. Es wurde aber betont, daß das Verbindende, nicht das Trennende hervorgehoben werden müsse. Eindrucksvoll bekräftigte Arie Goral dieses, indem er abschließend beschwörend auf das Vermächtnis Karl von Ossietzki verwies, der 1932 die Antifaschisten aufgerufen hatte, endlich die Differenzen hintanzustellen und sich gemeinsam „an den runden Tisch“ zu setzen, d.h., die Einheitsfront zu schmieden! 1938 erlag Ossietzki den Foltern der Nazis, nachdem ihm der Friedensnobelpreis verliehen worden war.

Das gemeinsame Singen des Moorsoldatenliedes und einige jiddische und hebräische Lieder beendeten diese erfolgreiche Veranstaltung.

Erklärung französischer, belgischer und westdeutscher Antifaschisten anläßlich der Veranstaltung des Arbeitskreises „Asche-Prozeß“: Nie wieder Faschismus — Nie!, vom 3.2.1981

1. Wir fordern gemeinsam, daß alle Naziverbrecher, die für den Massenmord an unseren Brüdern, Schwestern und Verwandten verantwortlich sind, und immer noch ungestraft frei herumlaufen, vor Gericht gestellt werden müssen.
2. Wir hoffen, daß der Kurt-Asche-Prozeß gerecht und von kurzer Dauer sein wird. Der Angeklagte, der für die Festnahme und den Transport von 25 257 Juden aus Belgien in die Todeslager verantwortlich ist, muß bestraft werden.
3. Es ist uns unerklärlich, warum der Angeklagte, der ungeheuerliche Verbrechen verantworten muß, zwischen den Verhandlungen von den Behörden entlassen wird und wie ein normaler Bürger den Alltag genießen kann.
4. Auf die Frage, warum NS-Prozesse nach 35 Jahren stattfinden müssen, antworten wir:
 - Mord kann nicht verjähren und Völkermord erst recht nicht.
 - Angesichts der Welle des Neonazismus, des Antisemitismus und der Ausländerhetze, die sich erst kürzlich auf grausamste Art in verschiedenen Ländern Europas bemerkbar gemacht hat, ist es dringend notwendig, die Verbrechen der Nazi-Schreckensherrschaft in Erinnerung zu rufen und mögliche Rückfälle in ihren Anfängen abzuwehren.
 - Im Zuge des Gerichtsverfahrens in Kiel werden unwiderlegbare historische Dokumente als Beweismaterial für den begangenen Völkermord herangezogen. Solche Prozesse sind auch notwendig, um den Versuchen der Alt- und Neonazis und Gesinnungsgenossen, die jüngere Generation mit der „Auschwitz-Lüge“ zu vergiften, wirksam entgegenzutreten.
5. Wir appellieren an die verschiedenen Behörden und Lehrer, Vorkehrungen zu treffen, um Schülern den Zugang zu den Gerichtsverhandlungen zu ermöglichen. Die Chance, den Schülern das dunkelste Kapitel der Geschichte des deutschen Volkes gegenwärtig zu machen, sollte diesmal nicht vertan werden.
6. Der heutige Abend möge die Internationale Verbundenheit aller Gegner von Faschismus, Rassismus und Neo-Nazismus bezeugen und unser gemeinsames Wollen bekräftigen: Nie wieder Faschismus — Nie!

stische Kämpfer in Polen und wurden von den Nazis ermordet.

An die Begrüßung durch einen Vertreter des Arbeitskreises schloß sich die Verlesung einer gemeinsamen Erklärung des Arbeitskreises, der Union der deportierten Juden Belgiens, die auf der Veranstaltung offiziell durch ihren Vizepräsidenten Dombrowski vertreten war, und Frau Klarsfelds an. Sie wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Nach dem Referat Frau Klarsfelds wurde die Diskussion eröffnet. Allgemein wurden die Anregungen, die die Veranstaltung und das Referat gaben, begrüßt und die Notwendigkeit betont, den antifaschistischen Kampf zu verstärken. Ein Sprecher der KPD betonte die Notwendigkeit, diesen mit dem Friedenskampf zu verbinden, wobei er auf den Friedensplan hinwies.

Zu Differenzen kam es jedoch bezüglich der stark proisraelischen Positionen, die Frau Klarsfeld und ein weiterer Dis-

Im Prozeß selbst wird Asche immer mehr in die Enge getrieben. Grundlage seiner Verteidigung bleibt die stereotype Wiederholung der Behauptung: „Ich kann mich an nichts erinnern“. In den letzten drei Verhandlungen traten allerdings Menschen auf, die das Wüten von Asche und seinen Kumpanen überlebt haben. Sie erkannten ihn sofort wieder und berichteten über seine Verbrechen, die sie entweder beobachtet hatten oder von denen sie selbst betroffen waren.

Der „Arbeitskreis“ tritt auch für ein vollständiges Verbot aller neofaschistischen Organisationen und der faschistischen Tätigkeit und Propaganda ein. In diesen Tagen wurde mit der Sammlung von Unterschriften für dieses Ziel begonnen. Die Kieler Antifaschisten besorgten sich dazu Listen von der IG Druck und Papier, die diese entsprechend dem Beschluß ihres letzten Gewerkschaftstages zu eben diesen Forderungen hergestellt hat. Eine Anregung auch für andere Orte!

Meldungen

Irma Thälmann gegen Nazi-Anwalt

Im Auftrag der Tochter des von den Nazis ermordeten Ernst Thälmann, des unvergessenen Führers der KPD, Irma Gabel-Thälmann, hat Rechtsanwalt Dr. Kaul Strafanzeige gegen den Oberlandesgerichtsrat I.R. Dr. Hans Mittelbach, wohnhaft in Erftstadt-Liblar bei Köln, wegen Teilnahme an der Ermordung Thälmanns erstattet.

Mittelbach hatte am 6. März 1933 angeordnet, Ernst Thälmann „bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft zu nehmen“.

Damit wurden die Maßnahmen, die zum Tode des Genossen Thälmann führten, eingeleitet. Mit der Anzeige soll einer weiteren Verschleppung der Strafverfolgung aller an der Ermordung Thälmanns beteiligten Personen, die sich in der Bundesrepublik auf freiem Fuß befinden, vorgebeugt werden, erklärte Dr. Kaul in seinem Schreiben an die zuständigen Justizorgane.

Zu diesen Verbrechen, die heute noch frei herumlaufen, gehört auch der ehemalige Stabschef Wolfgang Otto aus Geldern/Ruhr. Er ist einer der SS-Offiziere, die unmittelbar an der Tat im KZ Buchenwald beteiligt waren. Keine Staatsanwaltschaft hat bisher Anklage gegen ihn erhoben.

10 Monate wegen Volksverhetzung

Der bekannte Faschist Edgar Geiß aus Stade wurde wegen Volksverhetzung vom Stader Schöffengericht zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Geiß hatte im Anschluß an die Fernsehserie „Holocaust“ eine antijüdische Flugblattkampagne gestartet. Darin hatte die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterfront“ die Serie als „Ausgeburt perverser Phantasie“ bezeichnet und Rassen- und Völkerverhetzung versucht.

Otte-Bande: Haftbefehl ausgesetzt

Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren hat der 3. Strafsenat des OLG Celle gegen die fünf Mitglieder der faschistischen „Braunschweiger Gruppe“ um Altnazi Paul Otte (56) verhängt. Die Gruppe hatte Sprengstoffanschläge auf Gerichtsgebäude in Flensburg und Hannover verübt. Dabei kamen zwar keine Menschen zu Schaden, aber Otte hatte für die Folgezeit Anschläge auf Richter und Staatsanwälte geplant.

Auch der Verfassungsschutzagent Hans-Dieter Lepzien erhielt eine 3-jährige Haftstrafe. Lepzien hatte tatkräftig bei den Anschlägen mitgewirkt; keine Besonderheit für einen V-Mann. Weil seine kriminelle Aktivität zu offensichtlich war, ließ man ihn fallen.

Dennoch sind nicht alle Verbrecher jetzt hinter Gittern: Der Haftbefehl für Lepzien, den „stellvertretenden Gauleiter“ Volker Heidel und den Bombenbauer Wolfgang Sachse wurde ausgesetzt! Oliver Schreiber, der Bombenleger von Hannover, der gegenwärtig eine fünfjährige Jugendstrafe in Hameln verbüßt, kann weiterhin Freigänger bleiben, obwohl er zu einem weiteren Jahr Jugendstrafe verurteilt wurde.



Beate Klarsfeld spricht. Im Hintergrund links Herr Dombrowski, Vizepräsident der „Union der jüdischen Deportierten aus Belgien“, daneben ein Vertreter des „Arbeitskreises Asche-Prozeß“

rer Verbrechen.

„Wie werden sich Vergangenheit und Zukunft im Blick der jungen Generation darstellen? Werden wir bei ihnen eine absolute Ablehnung der Rehabilitierung des Nazi-Regimes sehen — eine absolute Ablehnung jeder Rückkehr eines totalitären Regimes? Hierfür ist es notwendig, daß alle verstehen, was dieses Nazi-Regime und seine schrecklichen politischen Verbrechen waren, die in seinem Namen begangen wurden“ (aus einem Redetext Beate Klarsfelds). Zu diesen Verständnis beizutragen, die Losung „Nie wieder Faschismus!“ auf das Fundament

Kieler Gewerkschaftshaus fast überfüllt, als auf Einladung des „Arbeitskreises Asche-Prozeß“ Frau Beate Klarsfeld sprach. Das Motto der Veranstaltung: Nie wieder Faschismus — Nie!

Viele erinnern der Name Beate Klarsfeld vor allem an die berühmte Ohrfeige, die sie 1968 dem damaligen Bundeskanzler und Altnazi Kiesinger öffentlich verpaßte. Weit weniger bekannt, aber nicht weniger wichtig war das, wovon Frau Klarsfeld berichtete: Von dem Kampf, den sie, ihr Mann Serge, ein jüdischer Rechtsanwalt aus Paris, sowie viele französische und belgische Antifaschisten,



Etwa 400 Besucher nahmen an der Veranstaltung teil

Wie weit sind wir heute schon wieder?

Korrespondenz aus Hamburg

Diese Frage stelle ich mir, wenn ich im „Roten Morgen“ über die von offizieller Seite gebilligte Bespitzelung von Betriebsräten durch den Verfassungsschutz lese. Das Bespitzelungssystem, besonders in den Großbetrieben, macht fürwahr zunehmend Fortschritte. Und wenn man noch die Spitzeldienste der Pförtner, der Gewerkschaftsbürokraten, der Werkspolizei — und vor allem die durch die Personalabteilungen erprobten Schnüffelmethode und Horchdienste hinzurechnet, fühlt man sich tatsächlich an die finsternen 30er Jahre erinnert.

Ein besonderes Kapitel sind die Praktiken der Personalabteilungen. Das beginnt bereits mit der Bewerbung oder Vorstellung. Durch ein ausgeklügeltes Netz von Schnüffelmethode haben kommunistische und andere fortschrittliche Arbeiter und Angestellte kaum eine Chance, die gewünschte Arbeitsstelle zu erhalten. Die viel zitierte Mitbestimmung der Betriebsräte im BVG bei der Einstellung ist ein Witz. Die meisten Betriebsräte werden weder zu Einstellungsgesprächen hinzugezogen, noch wird ihnen überhaupt etwas von einer Einstellung oder Ablehnung mitgeteilt. Man braucht sich auch nur einmal die simple Frage zu stellen: Wo gehen denn schriftliche Bewerbungsunterlagen ein — oder wo bewirbt man sich durch ein mündliches Gespräch? Beim Betriebsrat oder bei der Personalabteilung?

Sie allein also hat es in der Hand, den Betriebsrat zu informieren oder auch nicht. Sie allein kann über eine Einstellung oder NichtEinstellung entscheiden.

Ergeben die Recherchen der Unternehmer, die sie in Zusammenarbeit mit Verfassungsschutzern, Auskunfteien und Privatdetektiven zusammentragen oder aus Gesprächen und Fragebögen (ein guter Horcherdienst ist auch das Abhören von Telefongesprächen durch Vertrauenspersonen in der Telefonzentrale) entnehmen, daß nahe Angehörige Kommunisten sind, bedient man sich der Sippenhaft. Mir ist es viele Male so ergangen. Bei einem Einstellungsgespräch bei der Karlsruher Lebensversicherung AG, Bezirks-

direktion Hamburg, sagte man mir sogar: Wenn Ihr Mann ein bekannter Kommunist ist, können wir Sie leider nicht einstellen. Wir haben schon Schwierigkeiten, weil der SPD-Mann Alex Möller (ehemaliger Finanzminister) bei uns tätig ist. Bekannt sind auch die berüchtigten Reverse, die in vielen Betrieben unterschrieben werden müssen. Beides, die Sippenhaft wie die Reverse, waren Erpressungs- und Einschüchterungsmethoden der Nazis. Wo ist der Unterschied zwischen damals und heute?

Und wer als Kommunist erst einmal mit der Betriebshierarchie in Konflikt geraten ist, der wird im Betrieb überall auf Hindernisse stoßen. Jede Beschwerde von ihm wird mißmutig aufgenommen, verdächtige „aufwieglende“ Redensarten werden aufgeschrieben, Notizen wandern in die Personalakten. Hier hat das BVG einen zweiten Witz parat: Jeder hat das Recht, Einblick in seine Personalakte zu nehmen. Aus meiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzende ist mir bekannt, daß der Kollege bei dem „Einblick in seine Personalakte“ nur immer das vorfand, was er offiziell wissen sollte. Das, wogegen er vermutlich Einspruch erhoben hätte oder wie man ihn tatsächlich beurteilte, war nicht in der Personalakte vorhanden. Man verwahrte es anderswo. Und was Wunder auch, denn noch nie haben die Unternehmer in den Betrieben ihre Freunde gesehen.

Durch Bespitzelung, Schikanen und viele andere Erschwernisse versuchen die Betriebsleitungen — oft in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat —, die ihnen unbequemen Kollegen, insbesondere eben Kommunisten und Oppositionelle, rauszuekeln. Haben sie damit Erfolg gehabt (was ja nicht immer gelingt, wie der konsequente Kampf der Hoesch-Betriebsräte zeigt), wird auf schwarzen Listen, in Rundschreiben und Gesprächen vor der Einstellung dieser Kollegen gewarnt. Nannet man in den 30er Jahren meistens als Entlassungsgrund: Der Geist der Volksgemeinschaft wurde verletzt, so heißt es heute: Der Betriebsfrieden wurde gestört. Wo ist der Unterschied zwischen damals und heute?

Unabhängig von der Bespitzelung des gesamten öffentlichen und privaten Lebens durch den Verfassungsschutz, unabhängig auch von den vielfältigen Schnüffelmethode durch die Betriebsleitungen und ihre Handlanger, sehe ich in der geplanten Maßnahme, dem Verfassungsschutz jetzt per Genehmigung die Betriebstore zu öffnen, einen Terror, welchem die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen in den 30er Jahren schon einmal ausgesetzt waren. Der Grund ist klar: Je mehr die Mißstimmung der Arbeiter wächst, je mehr die Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen der Regierung wächst, je mehr wird der Widerstand wachsen, je mehr Kämpfer werden sich entwickeln. Kommunisten waren stets unbeugsame Kämpfer. Und deshalb trifft auch sie als erste diese Maßnahme. Auch das war 1933 so.

Immer wieder müssen wir deshalb auf die herausziehenden Gefahren aufmerksam machen, und nicht oft genug können wir die Kollegen dazu aufrufen, sich in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition einzureihen, um in der Gewerkschaft eine gerechte, klassenkämpferische Arbeiterpolitik durchzusetzen. Es dürfen nicht wieder die Zeiten kommen, in denen wir stumm dastehen und zusehen, wie Gestapo- und Polizeiwagen in die Betriebe fahren und unsere Kollegen aus den Betrieben herausholen und in Konzentrationslager bringen.

Waltraud Aust

Brandanschlag auf besetztes Haus

Volkskorrespondenz aus Kiel

Liebe Genossen!

Ich schicke euch hier eine Erklärung der Hausbesetzer im Kieler Sophienhof. (Über die Besetzung hattet ihr eine Korrespondenz im RM 2/81). Dort hat es, nachdem das Haus nach mehrmaliger Aufforderung nicht geräumt wurde, plötzlich gebrannt. Warum ist klar, bloß man kann es nicht beweisen...

In der Erklärung heißt es: „Wir, die Bewohner des Sophienhofes, wurden am Morgen des 24. Januars von der Feuerwehr aus den Betten geholt. Es brannte im Dachgeschoß des Vorder- und Hinterhauses.“

Mittlerweile steht folgendes fest: Das Dachgeschoß ist völlig



11. Aktionskonferenz gegen Berufsverbote

Korrespondenz aus Ludwigshafen

Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Hinrich Enderlein (FDP) stellte in seinem Einführungsreferat die „besondere“ Bedeutung des parlamentarischen Kampfes heraus, er selbst bezeichnete sich als parlamentarische Speerspitze im Kampf gegen die Berufsverbote.

Diese Einschätzung trägt den tatsächlichen Erfahrungen in keinsten Weise Rechnung.

Was waren nun die tatsächlichen Erfahrungen der letzten Jahre im Kampf gegen die Berufsverbote?

Der parlamentarische Kampf in Form von Anträgen, Anfragen und Schreiben an Politiker spielt eine absolut untergeordnete Rolle.

In allen Fällen, die zu Erfolgen führten — und das waren eine ganze Reihe von Einzelfällen —, stand der konkrete Kampf mit konkreten Aktionen, von der Unterschriftensammlung bis hin zur Demonstration, im Vordergrund, er war ausschlaggebend, daß es zu diesen Erfolgen kam. Immer war es die breite Öffentlichkeit, die die Speerspitze darstellte und Gerichte und sämtliche Behörden zwang, positiv im Sinne der Betroffenen zu entscheiden. Der parlamentarische Kampf konnte höchstens unterstützend wirken, indem eine Reihe von Abgeordneten in arge Widersprüche verwickelt wurden, was ihnen gewisse Zugeständnisse abverlangte. Dies zeigt die SPD/FDP-Regierung ja deutlich. Von den verschiedenen Parlamenten zu erwarten, sie würden im Kampf den Durch-

bruch schaffen, heißt den Kampf aufgeben und auf den St. Nimmerleinstag zu warten.

In den Beiträgen der örtlichen Komitees kam dies immer wieder deutlich zum Ausdruck. Dort, wo man die Öffentlichkeit suchte, mit den verschiedensten Aktionsformen, hatte man größtenteils Erfolg; dort, wo man in der Defensive blieb, wurde man abgespeist, dort gelang es den Behörden, den Fall von der politischen Ebene wegzubringen und auf persönliche Dinge beim Betroffenen zu lenken. Dies war eine wichtige Er-

sive zu blasen. Konkrete Vorschläge, dem Kampf durch bundesweite Demonstrationen mehr Nachdruck zu verleihen wurden gemacht, am 28.2.82 soll eine Großdemonstration in Bonn der Höhepunkt von zahlreichen Aktionen der örtlichen Komitees bilden.

Eine Frage wurde leider nur angesprochen, zu einer Diskussion kam es nicht. Ich stellte meinen Berufsverbotsfall beim Tiefbauamt in Ludwigshafen dar und kritisierte, daß immer wieder die Frage der Verfassungsfeindlichkeit auf den Tisch



Protestaktion von berufsverbotsbetroffenen Beschäftigten bei Bahn und Post im Oktober 1980 in Bonn

fahrung dieser Konferenz: Die Herrschenden fürchten die politische Auseinandersetzung und lenken auf unbedeutende Dinge, die die Entlassung oder Nichteinstellung rechtfertigen sollen. Hier gilt es, immer den politischen Zusammenhang herzustellen und offensiv in der Öffentlichkeit zu argumentieren.

Weiterhin wurde kritisch festgestellt, daß man eine ganze Zeit lang dem Liberalisierungsgeplänkel der Herrschenden erlegen war und den Kern der Berufsverbote, den politischen Kampf um die Streichung des Radikalerlasses, nicht mehr in aller Deutlichkeit sah.

Der Schlußkommentar von Horst Bethge, Sprecher der Initiative „Weg mit den Berufsverbote“, verdeutlichte nochmals, daß man wieder zum Kern der Sache kommen muß und daß die Lage reif ist, zur Offen-

gepackt wird, um die Unterstützung aufzugeben. Hier zeigt sich aber gerade die positive Haltung von einfachen DKP-Genossen, die diese Versuche ihrer Parteilührung mißbilligten und den gemeinsamen Kampf über die Grenzen von Weltanschauung hinweg fortführten. So kam es dazu, daß unser Komitee hier in Ludwigshafen zwei Stände über meinen Berufsverbotsfall durchführte und somit dazu beitrug, daß die 1. Instanz gewonnen wurde.

Übrigens geht die Stadtverwaltung nun doch in Berufung. Deshalb sind auch schon die nächsten Aktionen geplant.

Um nochmals auf die Konferenz zurückzukommen: Das war eine wirklich gute Sache, die dem Kampf dienlich ist.

Rotfront!
Georg Herrmann

Gewerkschaftsbonze abgeblitzt

Korrespondenz aus Herten

Am Mittwoch war hoher Besuch auf der Schachtanlage Ewald in Herten: der 2. Vorsitzende der IGBE, Hans Alker, der auch für Tarifverhandlungen zuständig ist, wollte mal hören, was die Kumpels denken und sagen. Schließlich macht sich das ungeheuer gut, wenn ein Gewerkschaftsführer so vor den Betriebsratswahlen und den anstehenden Tarifverhandlungen mal mit echten Kumpels spricht.

Er fuhr also in den Schacht, natürlich nicht alleine. Hans Holobar, Personaldirektor der BAG Lippe, war auch dabei. Wegen der „Mitbestimmung“, versteht sich.

Als Alker wieder oben war, sagte er etwas Erstaunliches: „Aus Gesprächen mit Kollegen“ hätte er „keine Zahl über sieben Prozent gehört!“ Mit welchen Kollegen hat der wohl gesprochen?

Auf jeden Fall nicht mit denen, die am Abend auf der Schachtgewerkschaftsversammlung der Vertrauensleute waren!

Dort sprach Alker über Tarifpolitik und wurde ausgelacht und ausgepöffelt. Nicht Alker, sondern einige Kumpels, die die Tarifpolitik kritisierten und besonders hervorhoben, daß die Übertage-Arbeiter zu kurz gekommen waren, erhielten großen Beifall. (Schon im Mai '80 wurden 280 Unterschriften gesammelt, mit denen der Hauptvorstand der IGBE aufgefordert wurde, neue Verhandlungen für Übertage einzuführen, darauf erfolgte keine Reaktion).

Die Empörung der Vertrauensleute zeigt ganz deutlich die Kritik und Opposition gegenüber der Tarifpolitik der Bonzen. Für Hans Alker war es eine Niederlage, die er so schnell nicht vergessen wird.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Danfoss / Flensburg

Warnstreiks gegen Lohngruppe 2

„Lohngruppe 2 muß weg!“. Schon jahrelang kämpfen die Kollegen für diese Forderung. Die Gewerkschaftsführung hat sie in vielen Lohnrunden immer wieder dem guten Einvernehmen mit den Kapitalisten, der Sozialpartnerschaft zum Opfer gebracht. Nur dort, wo Belegschaften zum kompromißlosen Kampf bereit waren, wurde hier ein Erfolg erzielt — wie 1973 bei Pierburg/Neuß.



In den jetzigen Tarifverhandlungen wurde deutlich, daß viele Belegschaften sich das nicht mehr gefallen lassen. Die IGM war gezwungen, am 15. Januar verschiedene Protestkundgebungen und Warnstreiks zu organisieren, um den Kapitalisten klarzumachen, daß diese Forderung diesmal keine belanglose Ausschmückung der Tarifforderungen ist.

Von einer betrieblichen Kampffraktion berichtet die folgende Korrespondenz aus Flensburg, die wir mit freundlicher Genehmigung der „RGO-Nachrichten“ dieser Zeitung entnommen haben.

Am 15. Dezember fand in Kiel die erste Verhandlung über die Lohngruppe 2 statt. Am selben Morgen verteilte die IG Metall vor der Firma Danfoss in Flensburg Flugblätter für die Streichung der Lohngruppe 2.

Im Betrieb war die Stimmung kämpferisch und gegen 11 Uhr legten die Kolleginnen und Kollegen bei Danfoss für ca. eine Stunde die Arbeit nieder, um der Forderung der IG Metall Nachdruck zu verleihen. Die Unternehmer jedoch lehnten die Forderung rundweg ab. Ein gewisser Herr Detlefsen vom Unternehmerverband gab dafür die

unverschämte Begründung, daß die Lohngruppe 2 hauptsächlich auf Frauen zutraf, die ja die stupiden und monotonen Arbeiten gerne machten und zu qualifizierten Arbeiten gar nicht fähig seien. Außerdem würden die Frauen die Arbeit sowieso nur als Nebenbeschäftigung ansehen und tatsächlich viel lieber hinter dem Kochtopf stehen.

Das ist eine ganz freche Lüge der Unternehmer. Viele Frauen sind auf einen ganztägigen Arbeitsplatz angewiesen und betrachten es keinesfalls als Hobby, für einen Hungerlohn Akkordhetze und körperlich schwere Arbeit auf sich zu nehmen.

Am 21. Januar — dem nächsten Verhandlungstag — wurde dieser Frechheit der Unternehmer die gebührende Antwort erteilt. Die Frühschicht bei Danfoss trat für 2 Stunden und die Spätschicht für drei Stunden in den Warnstreik für ihre berechnete Forderung.

Die Unternehmer jedoch beharren weiter auf ihrer Position. Doch die Herren sollen eines wissen: Die Belegschaft von Danfoss läßt sich so nicht abspenken! Bisher traten die Kolleginnen und Kollegen zweimal in den Warnstreik, sie können aber auch richtig streiken!

Unternehmer will Arbeiterinnen die Pille verordnen

BÖHMENKIRCH/SCHWÄB. ALB. — Einen herausragenden Fall von Unternehmerwillkür gegenüber den bei ihnen beschäftigten Frauen dokumentierte die Gewerkschaftszeitung „metall“ in der Nr. 3/81. Hier wollen Kapitalisten die Arbeiterinnen in ihrem Betrieb dazu zwingen, die Pille zu nehmen!

Es handelt sich um die Böhmenkirchner Feinwerktechnik GmbH. Wie der Betriebsrat aufdeckte, wollten die „leitenden Herren“ dieses Unternehmens die „Ausfallzeiten“ durch Schwangerschaften in dem Betrieb auf ihre Weise lösen: Neueinstellte Frauen sollten verpflichtet werden, die Pille zu nehmen!

Die Kapitalisten schrecken wirklich vor nichts zurück, wenn es um ihre Profitinteressen geht. Da zählt auch die

Menschenwürde nichts, da kann man sich brutal in die Intimsphäre der Arbeiterinnen einmischen, als wären sie keine Menschen, sondern Vieh, bei dem man auch noch die Fortpflanzung planen kann.

In Böhmenkirch wehrten sich die 200 meist weiblichen Beschäftigten und der Betriebsrat gegen dieses Vorhaben. Der Betriebsrat warnte die Firmenleitung, derartige Maßnahmen durchzuführen.

Der 8. März muß auch gewerkschaftlicher Kampftag werden!

Der Internationale Frauentag am 8. März ist aktuell wie eh und je. Er ist kein Tag nostalgischer Schwärmereien, er ist ein Kampftag für die Rechte der Frauen. Und der Kampf gegen die Diskriminierung der Frau, besonders der werktätigen Frau, der Kampf um die Gleichberechtigung ist heute immer dringlicher. Denn in der Krise versuchen die Kapitalisten verstärkt, Frauen und Männer im Kampf um die Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen, sind die Frauen von Rationalisierungsfeldzügen und Entlassungen noch härter betroffen als ihre männliche Kollegen.

71 Jahre, nachdem der 8. März auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz als Internationaler Frauentag erklärt wurde, muß dieser Tag im Jahre 1981 deutlich machen, daß die Frauen die fortgesetzten Angriffe auf ihre Rechte und ihre Existenz nicht hinnehmen, daß sie — gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen — kampfbereit sind. Die Situation erfordert gewerkschaftliche Aktionen zum 8. März.

Wir haben im „Roten Morgen“ schon berichtet, wie die DGB-Bonzen die unübersehbare Bewegung der Frauen in den Gewerkschaften zu unterdrücken versuchen, wie sie — nachdem ihr Veranstaltungs-Verbot im letzten Jahr für sie ei-

ne Niederlage wurde — in diesem Jahr versuchen, die Aktionen zum 8. März möglichst klein zu halten und „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ durchzuführen. Ein schmutziges Spiel, das die Frauen nicht hinnehmen dürfen — und tatsächlich nicht hinnehmen. In verschiedenen Städten gibt es gewerkschaftliche Frauenveranstaltungen, für die breit mobilisiert wird.

„Machen wir den 8. März zum gewerkschaftlichen Kampftag“ — das ist die klare Forderung der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten (RGO). Der Kampf für die Rechte der Frauen nimmt in der Februar-Ausgabe der „RGO-Nachrichten“ einen breiten Raum ein.



SPD gegen Schwangerschaftskonfliktzentrum

NRW-Landtagsfraktion beugt sich dem Druck reaktionärer Pfaffen

DÜSSELDORF. — Auf den Druck der katholischen Kirche hin hat die SPD-Landtagsfraktion NRW ihre Zustimmung zur finanziellen Unterstützung beim Bau eines von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Essen geplanten Schwangerschaftskonfliktzentrums zurückgezogen. Sie verstößt damit gegen eindeutige Parteitagebeschlüsse. Die Politiker zeigten, damit daß ihnen das gute Einvernehmen mit den erzreaktionären Menschenfeinden des Katholizismus wichtiger ist, als die Sorgen der Frauen in unserem Land.

Noch auf dem letzten Parteitag vor neun Monaten hatte sich die gesamte SPD-Spitze um Rau, Posser, Farthmann und Bäumer dafür ausgesprochen, der AWO die benötigten 900 000 Mark zu gewähren. Der Kongreß faßte einen dementsprechenden Beschluß, der jetzt von der Fraktionsmehrheit in den Wind geschlagen wurde.

Seit drei Jahren kämpfen die Pfaffen gegen das Essener Zentrum, weil dort neben gründlicher Beratung und dem Angebot von Hilfsmaßnahmen für schwangere Frauen, die sich in einer sozialen oder persönlichen Notlage befinden, auch die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs gegeben wer-

den sollte. Sie verbreiteten Flugblätter, organisierten Demonstrationen und sogar Hungerstreiks gegen das Projekt. Diesem Druck beugten sich die reaktionären SPD-Abgeordneten. Die Abgeordnete Maria Jammers, die diesen Kniefall vor der Kirche nicht mitmacht, wertete dies als „Betrug“ an den Frauen“. Und sie unterstrich den politischen Charakter der Entscheidung: „Es ging bei der Fraktionsentscheidung ganz eindeutig nicht ums Geld.“

Wieder einmal zeigte sich, daß die SPD trotz aller schönen Sprüche nicht die Interessenvertretung der Frauen ist. Sie müssen ihren Kampf selbst in die Hand nehmen!

Gehen Sie auch so gerne zu Rewecoopplusaldi? Also ich find's herrlich! Wenn ich reinkomme, gucke ich zuerst nach den Kassen. Sehe ich, daß von den drei Kassen nur eine besetzt ist, dann weiß ich: Heute kannst Du Dich beim Einkaufen mal wieder richtig entspannen. Mindestens zehn Minu-

Glosse

ten in der Schlange vor der Kasse stehen, an nichts denken und mal so richtig die Beine vertreten. Das tut gut! Also an sich sollte den Supermärkten dafür der Orden des Muttergenesungswerks verliehen werden. Oder vielleicht lieber ein Orden für die Förderung nachbarschaftlicher Kontakte? Denn, seien wir doch ehrlich, wo gibt es denn heute noch so enge nachbarschaftliche Kontakte wie im Supermarkt, wenn einem von hinten liebevoll ein Einkaufswagen in's Kreuz geschoben wird? Wo gibt es noch so angeregte Diskussionen unter Nachbarinnen wie im Supermarkt, wenn es darum geht, wer sich zuerst in die Schlange eingereiht hat? Besonders toll finde ich, daß die Besitzer der Supermärkte nicht nur an die Entspannung für die Mütter, sondern auch an Unterhaltung für die lieben Kleinen gedacht haben. Ich meine die Süßigkeiten- und Spielzeugständer vor den Kassen. Genau so angebracht, daß auch die Kleinsten nicht nur alles sehen, sondern auch mit ihren Patschhändchen nach all den Herrlichkeiten greifen können. Also für meine Kleinen ist immer was dabei!

Manche Kassiererinnen ärgern sich ja, wenn sie da so ganz alleine an drei Kassen sitzen. Aber so sind manche Menschen eben. Sehen nur das Negative. Dabei ist für mich völlig klar, daß die Supermarktbesitzer auch für die Kassiererinnen nur das Beste im Auge haben. Man weiß doch, daß Kassiererinnen Schwerstarbeiterinnen sind. Und da haben sich die Supermarktbesitzer eben gedacht: Diese Schwerstarbeit sollen so wenig wie möglich machen. Die anderen schicken wir nach Hause, damit sie als Hausfrauen und Mütter ein leichtes Leben haben...

So, und jetzt muß ich Schluß machen. Ich brauche Entspannung — beim Einkaufen bei Rewecoopplusaldi.

(Diese Glosse haben wir dem Informationsblatt „Was uns Frauen interessiert“, Nr. 5/81, das von der Frauengruppe Dortmund-Hörde herausgegeben wird, entnommen.)



Jahrgang 1980

Sämtliche Ausgaben des „Roten Morgen“, die 1980 erschienen sind, sind ab sofort gebunden mit stabilen Einband zum Preis von nur 35 DM zu erhalten. Der „Rote-Morgen-Jahrgang“ ist ein ideales Nachschlagewerk für die politische Arbeit, für jeden politisch Interessierten.

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTER MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Als Ronald Reagan noch Wahlkampf führte, war er hierzu ein beliebtes Objekt ironischer Kommentare, wobei man sich vor allem über seine „Kraftsprüche“ belustigte. Als Reagan dann — für viele unerwartet — ins Weiße Haus einzog, wurde in Bonn die Parole ausgegeben: Nichts wird so heiß gegessen wie es gekocht wurde. Die Kraftmeierei des neuen Präsidenten sei nur Wahlkampf gewesen, seine wirkliche Politik würde schon gemäßigt ausfallen.

Wie immer in solchen Fällen zogen die Medien nach. Kritik an Reagan findet kaum noch statt. Und dabei haben sich die sogenannten Kraftsprüche längst als das eigentliche Programm der neuen Regierung erwiesen. Ja, der Ton der Reagan-Leute ist sogar noch aggressiver geworden, seitdem sie auf den Kommandohöhen in Washington sitzen.

Wo hätte sich in der jüngsten Geschichte eine neu ins Amt kommende Regierung schon einmal mit solchen programmatischen Appellen eingeführt wie die Reagan und Haig? Selbst ein Hitler legte über Jahre hinweg den größten Wert darauf, als „Friedenskanzler“ zu erscheinen. Gerade an diesem Vergleich kann man ersehen, was es bedeutet, wenn General Haig, der neue amerikanische Außenminister, bei seiner Befragung vor dem Senat unverblümt erklärte: „Es gibt wichtigere Dinge als in Frieden zu leben.“ Oder: „Es gibt Dinge, für die wir Amerikaner bereit sein müssen zu kämpfen.“ Wo hätte schon einmal ein Regierungschef bei seinem Amtsantritt statt Frieden, Wohlstand, Freiheit und anderen schönen Dingen in Aussicht gestellt: „Menschen müssen bereit sein, ihr Leben für höhere Werte opfern“? Ronald Reagan hat das getan.

Natürlich haben jedoch weder er noch sein Außenminister dem amerikanischen Volk gesagt, was das für „Dinge“ oder „höhere Werte“ sind, für die es kämpfen und sterben soll. Es sind die Raubinteressen des amerikanischen Imperialismus, der durch den Mund von Reagan die ganze Welt zu seinem „nationalen Interessengebiet“ erklärt hat. Im letzten RM haben wir dargestellt, daß der von neuen Leuten in Washington eingeleitete Kurs darauf abzielt, die amerikanische Supermacht nach den strategischen Niederlagen der letzten Jahre wieder zum Weltgendarmen zu machen, der die sogenannte Dritte Welt seiner uneingeschränkten Herrschaft unterwerfen und alle Freiheitsbestrebungen der Völker mit nackter militärischer Gewalt niederwerfen will. In der Praxis wird dieser Kurs gegenwärtig schon in El Salvador durchgezogen.

Zusammenstoß mit sowjetischen Interessen

Es liegt auf der Hand, daß die angestrebte Ausweitung des amerikanischen Herrschaftsreichs unmittelbar die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten berühren muß. Denn ob im Nahen Osten, ob in Afrika, Südostasien oder in anderen Regionen werden die amerikanischen Imperialisten zunehmend mit ihren sowjetischen Konkurrenten zusammenstoßen, die ihrerseits darauf arbeiten, ihren Einflußbereich zu erweitern oder doch zumindest zu stabilisieren.

Wie richten sich die Reagan-

Die neuen Männer in Washington

„Es gibt wichtigere Dinge, als in Frieden zu leben“

Wie Reagan den Weltkrieg vorbereitet

Leute auf solche vorhersehbaren Zusammenstöße ein? Der Präsident selbst hat unmittelbar nach seinem Amtsantritt einen in der Geschichte der amerikanischen Politik bislang einmaligen Angriff gegen die Kreml-Führer gestartet. Er beschuldigte sie, „jede Art von Verbrechen“ zu begehen und den „Terrorismus“ in der ganzen Welt zu organisieren. Mit dem „Ter-

genügen, und die um ihre Freiheit ringenden Völker zu unterstützen.

Läßt man das pseudorevolutionäre Wortgeklänge einmal weg, dann bleibt ein wesentlicher Fakt: **Moskau hat sich seine imperialistischen Positionen in der „Dritten Welt“ geradezu dadurch erobert, daß es sich den Befreiungsbewegungen als Freund und natürlicher Verbün-**

schigen Netzes von Militärbasen, mit der Aufstellung einer Mobilen Eingreiftruppe usw. die Möglichkeit, in jedem Punkt der Welt im Interesse der Wall Street-Monopole militärisch zu intervenieren. Bewaffnete Konflikte mit der Sowjetunion (beziehungsweise deren Stellvertretern) um die Vorherrschaft über bestimmte Regionen sind dabei einkalkuliert.



„Lance“-Kurzstreckenrakete, sie gehört zum Atomwaffenlager der US-Imperialisten in Westdeutschland.

rorismus“ meinen die neuen Herren in Washington in erster Linie all jene Befreiungsbewegungen, die für den Sturz pro-amerikanischer Regime kämpfen.

Reagans Attacke verfolgt zwei Ziele. Zum einen sollen die betreffenden Befreiungsbewegungen als Handlanger Moskaus diffamiert werden, um die öffentliche Meinung auf die von Washington geplante militärische Zerschlagung solcher Bewegungen vorzubereiten. Diese Linie wird gegenwärtig mit Nachdruck in Bezug auf El Salvador verfolgt. Reagan hat sogar einen Sonderbotschafter nach Westeuropa entsandt, der gegenwärtig den dortigen Regierungen „Beweise“ für sowjeti-

deter“ angedient hat, um sie dann nach und nach unter seinen Einfluß zu bekommen und die befreiten Länder in Kolonien des sowjetischen Imperiums zu verwandeln. Von dieser Strategie also will die russische Supermacht nicht abgehen. Das ist der wirkliche Sinn der schönen Worte aus der „Prawda“.

Spiel mit dem Feuer

Und natürlich weiß auch ein Reagan, daß eine imperialistische Macht wie die Sowjetunion nicht auf seine markigen Worte hin schon einen Rückzieher macht. Deswegen hielten es die neuen Leute in Washington

Das zweite Element der Reagan-Strategie ist nun die offen erklärte Bereitschaft, solche regionalen Konflikte unmittelbar auszuweiten in Angriffe auf das Territorium der Sowjetunion selbst. Ist dieses Spiel mit dem Feuer, die eiskalt vorgetragene Drohung mit der Entfesselung des Weltkrieges, „nur“ eine wortradikale Kraftmeierei, um die sowjetischen Rivalen einzuschüchtern? Oder steckt dahinter die tatsächliche Bereitschaft zum Atomkrieg?

Direktive 59

Die Konsequenzen der Reagan-Strategie sind heute schon schwer zu erkennen, denn auch hier hat — wie in anderen Bereichen — Carter bereits einige Vorarbeit für seinen Nachfolger geleistet. Gemeint ist vor allem die berühmte Direktive 59, mit der Carter die offizielle amerikanische Atomkriegspolitik revidierte. Bislang war die gewaltige Ansammlung von US-Atomwaffen stets als Abschreckungspotential bezeichnet worden, das die Sowjetunion — bei Strafe der atomaren Vernichtung ihres Territoriums — davon abhalten sollte, Aggressionen gegen die USA oder andere NATO-Länder zu unternehmen.

In der Direktive 59 jedoch ist die Rede davon, daß sich ein amerikanischer Atomschlag gegen die Sowjetunion nicht unbedingt auch gegen Ballungsgebiete richten müßte, sondern daß vielmehr mit einem solchen Schlag gezielt auch militärische Einrichtungen vernichtet werden könnten. Die technischen Möglichkeiten dafür sind längst gegeben. So kann etwa die Pershing-2-Rakete über eine Entfernung von 2 500 Kilometern hinweg ein vorgegebenes Objekt von nur 25 Metern Durchmesser zerstören. Zudem ist für dieselbe Rakete auch schon ein sogenannter „Earth-Penetrator“-Gefechtskopf entwickelt worden, der bis zu 12 Meter in die Erde eindringt und dann detoniert — eine Waffe zur Vernichtung unterirdischer Atombunker. Darüber hinaus ist bei der

neuen Generation amerikanischer Angriffswaffen auch die Fähigkeit, die gegnerische Abwehr auszuschalten, entscheidend weiterentwickelt worden.

Mit der Direktive 59 und der entsprechenden Waffentechnik glauben die amerikanischen Imperialisten den Ausweg aus dem Dilemma gefunden zu haben, mit dem sie bislang bei der Verfolgung ihrer Kriegspläne konfrontiert waren: Einem Atomschlag gegen die Sowjetunion — das galt als sicher — würde ein Gegenschlag mit verheerenden Folgen auf amerikanisches Territorium folgen.

Jetzt gehen die Kriegsplaner im Pentagon dagegen davon aus, daß sie in absehbarer Zeit über die Möglichkeit verfügen werden, in einem Erstschatz nahezu das gesamte sowjetische Vernichtungspotential zerstören zu können. Besondere Bedeutung kommt dabei für sie der Tatsache zu, daß ein entscheidender Teil des atomaren Potentials für einen solchen Erstschatz — nämlich die erwähnten Pershing-2-Raketen und die Marschflugkörper vom Typ Cruise missiles — nach dem NATO-Raketenbeschluß von 1979 in Westeuropa stationiert werden soll. Wenn dann also nach einem Erstschatz sowjetische Gegenangriffe noch möglich wären, würden sie sich nach dem teuflischen Kalkül der US-Kriegsplaner gegen die europäischen Stationierungsorte richten. Und hier vor allem gegen die Bundesrepublik, die den Löwenanteil der neuen Atomwaffen (unter anderem alle Pershing-2-Raketen) aufnehmen soll.

Somit ist also gerade der NATO-Raketenbeschluß ein



Die neue Mittelstreckenrakete „Pershing 2“.

entscheidender Baustein in den amerikanischen Kriegsvorbereitungen. Dennoch wollen uns die Schmidt und Genscher im Verein mit der Strauß-Partei diesen Beschluß als eine Garantie für die „Sicherheit“ unseres Landes verkaufen. Da ist es wohl angebracht, einmal daran zu erinnern, was Helmut Schmidt

höchstpersönlich im Jahr 1961 noch verkündet hat: „Jeder-mann weiß, daß einstweilen alle in Europa stationierten Mittelstreckenraketen nur zum Erstschatz, niemals aber zum Zweitschatz geeignet sind.“

Im Lande Reagans und Haigs gehen derweil die „Experten“ daran, die Direktive 59 auch auf ihre letzten Konsequenzen hin zu untersuchen. Typisch dafür ist ein Artikel von Gray und Paine in der Zeitschrift „Foreign Policy“ (Außenpolitik), in dem nachgewiesen wird, daß alle militärisch-technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, bei Schutz des eigenen Territoriums den atomaren Erstschatz gegen die Sowjetunion zu führen. Entscheidend ist jetzt nach der Meinung der Autoren, daß auch der politische Wille dazu noch deutlicher formuliert wird. „Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.“

Es geht also nicht mehr allein darum, den Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus in der „Dritten Welt“ zugunsten amerikanischer Kontrolle zurückzudrängen. Vom Machtantritt der Reagan-Leute ermutigt, stellen die „Vordenker“ und „Experten“ des US-Imperialismus schon reale Überlegungen an, wie die sowjetischen Rivalen endgültig ausgeschaltet werden können, um dadurch den Weg zu einer amerikanischen Weltherrschaft freizumachen.

Die „Berechenbarkeit“ der Reagan-Leute

Und Schmidt, der schon vor zwanzig Jahren wußte, daß die Atomraketen, deren Stationierung er jetzt gegen alle Widerstände durchsetzen will, „nur zum Erstschatz geeignet“ sind; Schmidt denkt gar nicht daran, auf Distanz zum Kriegskurs der Reagan-Leute zu gehen. Im Gegenteil. Mehrfach betonte er die Gemeinsamkeit der Ansichten mit der neuen US-Regierung, wobei er stets deren „Berechenbarkeit“ herausstellte. Aber worin bestand denn die von Bonn nachträglich beklagte „Unberechenbarkeit“ Carters? Im wesentlichen doch darin, daß er in der Verfolgung seiner aggressiven Politik immer wieder vor den letzten Konsequenzen zurückschreckte, in seiner „Abneigung, amerikanische Macht einzusetzen“ — wie es der Reagan-Berater Tucker jetzt ausdrückte.

Das war natürlich nicht auf irgendwelche Carterschen Charaktereigenschaften oder gar seine angebliche Neigung für die Menschenrechte zurückzuführen. Es war ein Ausdruck der Widersprüche innerhalb des amerikanischen Imperialismus, die sich während der Carter-Ära nicht zuletzt auch in den spektakulären Rücktritten von UNO-Botschafter Young oder Außenminister Vance äußerten. Man vergleiche etwa nur die Vorstellungen, die Reagans Außenminister Haig bei seiner Senatsanhörung entwickelt hat, mit den Äußerungen seiner Amtsvorgänger Muskie (ein „Streben der Vereinigten Staaten nach militärischer Überlegenheit (...) würde das Risiko eines Atom-

Fortsetzung auf Seite 11

„Es gibt wichtigere Dinge, als in Frieden zu leben“

Fortsetzung von Seite 10

kriegs verstärken“) und Vance (es ist eine „Illusion, daß wir die Sowjetunion beherrschen könnten, wenn wir nur wollten“).

Mit dem Machtantritt Reagans haben sich die aggressivsten Kräfte des amerikanischen Finanzkapitals durchgesetzt. Und die von Schmidt so sehr gepriesene „Berechenbarkeit“ der neuen Regierung in Washington bedeutet eben nur, daß die ohne Halbheiten und ohne Skrupel bereit ist, „amerikanische Macht einzusetzen“ — bis hin zu den oben beschriebenen Konsequenzen.

Es ist auch ein frommer Wunsch oder eine bewußte Lüge, wenn jetzt in Bonn behauptet wird, unter Reagan würde es mehr „Partnerschaft“ und mehr Konsultation mit den anderen NATO-Regierungen geben als unter Carter. Über diesen Punkt hat jüngst der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Wörner, Klarheit geschaffen. Von einem Besuch in den USA zurückgekehrt, rühmte er die „einschneidende Neuorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.“ Die Regierung Reagan, so Wörner, würde ihren Führungsanspruch in der NATO deutlich machen und auf „europäische Empfindlichkeiten“ dabei keine Rücksicht mehr nehmen.

Also nichts von Partnerschaft, vielmehr ein verstärktes Diktat der amerikanischen Supermacht über ihre europäischen Verbündeten. Und man kann jetzt schon absehen, wie das in Zukunft aussehen wird. Beispiel Neutronenbombe. Kriegsminister Weinberger verkündet die Notwendigkeit ihrer Stationierung — natürlich ohne vorher die „Verbündeten“ zu konsultieren. Die müssen sich über die Wiederaufnahme dieses Atomprojekts aus der Zeitung informieren. Außenminister Haig macht zur gleichen Zeit klar, daß er die unter Carter beliebten Gipfeltreffen der westlichen Regierungschefs weitgehend abschaffen und durch Geheimdiplomatie ersetzen will. Der Sinn dieses Vorstoßes liegt auf der Hand: In Geheimverhandlungen auf bilateraler Ebene kann die US-Supermacht ihre Interessen gegenüber den europäischen „Partnern“ wesentlich besser durchsetzen als auf Gipfelkonferenzen.

US-Hegemonie über Europa

Zu den Bemühungen der Reagan-Leute, die amerikanische Hegemonie im westlichen Lager

verstärkt durchzusetzen, gehören auch ihre jetzt schon deutlichen Versuche, die sogenannte Entspannungspolitik auf europäischer Ebene vollständig zu liquidieren. Sie selbst haben ja in ihren Beziehungen zur Sowjetunion einen Kurs der totalen Konfrontation auf allen Ebenen eingeschlagen. Typisch dafür ist etwa das von Carter verhängte Weizenembargo, das der heutige Landwirtschaftsminister Block im Wahlkampf noch die „lächerlichste Sache, von der ich je gehört habe“, nannte. Dennoch setzt Reagan jetzt das Embargo fort, um auch mit der Weizenwaffe die Sowjetunion unter Druck zu setzen. Und er macht Anstrengungen, nach dem Abbruch der sogenannten Abrüstungsverhandlungen und dem Einfrieren der politischen Kontakte auch die Handelsbeziehungen mit Moskau ganz generell drastisch zu beschränken.

Auf diesem Weg sollen ihm die westeuropäischen „Partner“ folgen. Schon wird in Washington gefordert, daß Bonn das gigantische Röhren-Gas-Geschäft mit der Sowjetunion stoppen soll. Eine Durchsetzung dieser Forderung würde in unserem Land nicht nur eine politische Kräfteverschiebung zugunsten der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals bewirken. Es würde mit dem Abschneiden sowjetischer Gaslieferungen auch die einseitige Abhängigkeit der Energieversorgung unseres Landes von den USA und den amerikanischen Multis weiter verschärfen.

So ist also die Politik der Reagan-Leute gegenüber den „Verbündeten“ darauf berechnet, die Fähigkeit der europäischen Imperialisten, zwischen den beiden Supermächten zu manövrieren, vollends auszuschalten, die amerikanische Hegemonie durchzusetzen und Westeuropa zum militärischen Aufmarschgebiet für den imperialistischen Weltkrieg zu machen.

Diese Strategie allerdings ist „berechenbar“, ebenso wie die Konsequenzen, die sich für die europäischen Völker und vor allem für uns Deutsche daraus ergeben. Schmidt, der diese Konsequenzen genau kennt, scheut nicht davor zurück, unser Land zum Schlachtfeld eines Atomkriegs für die amerikanische Weltherrschaft zu machen. Seine Regierung wird immer mehr zu einem tödlichen Sicherheitsrisiko für unser Volk. Der Machtantritt der Reagan-Leute in den USA und die bedingungslose Unterstützung, die Bonn ihren Kriegsplänen gibt, hat in aller Dringlichkeit gezeigt, daß es für die Werktätigen dieses Landes lebensnotwendig ist, den Austritt der Bundesrepublik aus dem amerikanischen Kriegspakt NATO zu erkämpfen.



Die spanische Polizei in Aktion.

Politische Krise in Spanien

Generalstreik gegen Foltermord

Militärs rufen zum Putsch auf

MADRID. — Die politische Krise in Spanien hat sich in der letzten Woche weiter zugespitzt. Wenige Tage, nachdem die Werktätigen mit Massendemonstrationen und einem Generalstreik in den baskischen Provinzen gegen die brutale Ermordung eines Basken durch die Folterknechte der politischen Polizei protestiert hatten, trat die gesamte Polizeispitze demonstrativ zurück. Ein Akt, der in Madrid als offene Rebellion gewertet wird. Unterdessen mehren sich im Offizierskorps der Armee die unverhohlenen Aufrufe zum Militärputsch.

Der baskische Lastwagenfahrer José Ignazio Arregui Izaguerre war in Madrid unter der Beschuldigung, als Mitglied der terroristischen ETA-Militär an einer Schießerei beteiligt gewesen zu sein, verhaftet worden. Er wurde mit mehreren anderen Basken in das Kommissariat der berüchtigten „Informationsbrigade“ an der Puerta del Sol in Madrid geschleppt. Bei der „Informationsbrigade“ handelt es sich um eine Spezialeinheit zur „Terroristenbekämpfung“, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus ehemaligen Angehörigen der faschistischen politischen Polizei des Generals Franco zusammensetzen.

Der Boß dieser Brigade, der Polizeioffizier Ballesteos, ist schon seit langem als brutaler Killer bekannt, der seine eigenen Methoden bei der Bekämpfung von „Terroristen“ hat. In seinem Auftrag gehen beispielsweise französische Kriminelle auf Menschenjagd. Ihre Opfer: baskische Patrioten, die sich ins Exil nach Südfrankreich abgesetzt haben. Schlagzeilen machten diese Söldner des Herrn Ballesteos vor einiger Zeit, als sie „aus Versehen“ zwei französische Bürger ermordeten und dann über die Grenze nach Spanien flohen. Dort leben sie heute unter dem Schutz der Polizeibehörden — mit Billigung der Regierung.

José Arregui war zehn Tage lang in den Klauen der „Informationsbrigade“. Das vor einigen Jahren im spanischen Parlament — mit den Stimmen der Sozialisten und Revisionisten! — verabschiedete „Anti-Terror-Gesetz“ erlaubt es der Polizei, einen Verhafteten zehn Tage lang ohne richterlichen Beschluß einzukerkern und ihn während dieser Zeit vollständig zu isolieren (auch die Kontaktaufnahme mit einem Anwalt ist also nicht möglich). Wozu diese zehn Tage gebraucht werden, hat sich erneut am Fall Arregui erwiesen: zur systematischen

Folterung.

Als der Lastwagenfahrer am zehnten Tag ins Gefängnis Krankenhaus von Carabanchel gebracht wurde, starb er auf dem Transport. Die Obduktion ergab unter anderem Verbrennungen zweiten Grades, schwere Quetschungen, Blutergüsse am ganzen Körper, Kopfverletzungen und schwere Verletzungen an der Lunge. Mit ihm waren auch noch einige andere der von der Polizei verhafteten Basken eingeliefert worden. Sie hatten jedoch das Glück, die schweren Folter-Verletzungen zu überleben.



José Arregui

Es ist überhaupt nur dem Gefängnisarzt von Carabanchel zu verdanken, daß der Mord an José Arregui ans Tageslicht kam. Denn der Polizeiarzt hatte schon ein falsches Attest ausgestellt. Nach dem Tod des Basken versuchten dann sowohl die Polizeiführung wie auch Innenminister Roson, ein alter Gefolgsmann Francos, den Mord zu vertuschen. Diese Versuche scheiterten dann allerdings an der Weigerung des Gefängnisarztes zu schweigen. Man kann sich leicht ausmalen, daß in anderen Fällen die Vertuschung von Morden durch Folter gelungen ist.

Tatsächlich ist es in Spanien kein Geheimnis, daß die politische Polizei ihre Gefangenen systematisch foltert. Unsere Bru-

derpartei, die PCE/ML hat schon vor Jahren — nachdem einige Genossen gefoltert worden waren — eine politische Kampagne gegen diesen Terror geführt. Im vergangenen September hat auch amnesty international einen detaillierten Bericht über die Folter in Spanien vorgelegt. Die einzige Reaktion der „demokratischen“ Regierung darauf: Sie verbot dem staatlichen Fernsehen, über die Untersuchungen von amnesty zu berichten. Dabei war im letzten September schon einmal ein Mord der „Informationsbrigade“ durch Folter nachgewiesen worden.

Die Werktätigen in Spanien

Iranische Regierungsdelegation in Albanien

TIRANA. — Eine Delegation der Islamischen Republik Iran, geführt vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Abdollah Ali Yassbi, besuchte Mitte des Monats die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Am 14. Februar wurde sie vom Vorsitzenden des Ministerrats, Mehmet Shehu, empfangen.

Dabei drückte Genosse Mehmet Shehu — wie die albanische Nachrichtenagentur berichtet — die von ehrlicher brüderlicher Freundschaft geprägten Gefühle des albanischen Volkes und seiner Regierung für das tapfere und freiheitsliebende iranische Volk aus. Er bekräftigte die Solidarität und Unterstützung für die antifaschistische und antiimperialistische Revolution des iranischen Volkes und für dessen gerechte Sache. Mehmet Shehu betonte die grundsätzliche Haltung der SVR Albanien bei der Unterstützung des gerechten und mutigen Kampfes des iranischen Volkes und der Islamischen Republik Iran gegen die Intrigen der beiden Supermächte und der Reaktion, für die Verteidigung der iranischen Revolution, der Freiheit, Unabhängigkeit und der territorialen Integrität des Landes.

Er sagte weiter, daß die Fortsetzung des bewaffneten Konflikts zwischen dem Irak und dem Iran große Zerstörungen und ernsthafte Konsequenzen für die nationale Freiheit und Unabhängigkeit mit sich bringen und den Einmischungen und Aggressionen der beiden Supermächte den Weg bahnen

reagierten auf den Tod von José Arregui mit Massendemonstrationen, an denen sich vor allem in den Städten des Baskenlandes jeweils Tausende von Menschen beteiligten. Dabei kam es unter anderem in San Sebastian und Bilbao zu schweren Straßenschlachten mit der Polizei. Am vorletzten Montag schließlich protestierten die Werktätigen in den baskischen Provinzen auch mit einem Generalstreik gegen den brutalen Polizeimord.

Die Ereignisse in Madrid zeigen einmal mehr, was von der angeblichen Demokratisierung Spaniens nach Francos Tod zu halten ist. Sowohl die Polizei als auch die Armee stehen unter der Führung von früheren Franco-Leuten. Und welche reale Macht diese Elemente haben, hat sich in dramatischer Form beim Rücktritt des Regierungschefs Suarez vor einigen Wochen gezeigt. Suarez hat zwar bis heute für seinen Rücktritt keine Begründung abgegeben. Es ist jedoch bekannt geworden, daß er ein politisches Manöver zur Befriedung des Baskenlandes geplant hatte: König Juan Carlos sollte bei seinem Besuch dort eine Teilamnestie verkünden. Das allerdings paßte der Armee nicht. Gegen sie konnte Suarez sich nicht durchsetzen und er mußte gehen.

Doch damit nicht genug. Nachdem baskische Patrioten Demonstrationen gegen den Besuch Juan Carlos durchgeführt hatten, forderte der General Mendivil, Kriegsminister und stellvertretender Ministerpräsident in der ersten Regierung nach Francos Tod, die Streitkräfte öffentlich zur „Rettung Spaniens“ auf. Die politischen Parteien würden den Willen des Volkes nicht mehr repräsentieren. Die Armee sei nunmehr dazu aufgerufen, dem „Auseinanderbrechen der Einheit des Vaterlandes ein Ende zu setzen“.

Das sind exakt die gleichen Worte, wie sie der türkische General Evren wenige Monate vor seinem Putsch gebrauchte.

würde. Die irakischen Besatzertruppen müßten sich so bald wie möglich hinter die Grenzen ihres Landes zurückziehen, um eine Lösung des bestehenden Konflikts im Geist der Verständigung und der guten Nachbarschaft zu ermöglichen.

Am 16. Februar gab die iranische Delegation eine Pressekonferenz in Tirana. Abdollah Ali Yassbi berichtete auf die Fragen der albanischen Journalisten über die Intrigen und Verschwörungen des US-Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte, die das Ziel verfolgen, die iranische Revolution niederzuschlagen. Bezüglich der irakischen Invasion, die er eine vom US-Imperialismus angestiftete und mit Waffen aus West und Ost unterstützte Aktion nannte, sagte er: „Ich bin sehr erfreut über den richtigen Standpunkt, den die albanische Regierung in dieser Frage einnimmt.“

Yassbi zeigte sich beeindruckt von den großen Erfolgen, die Albanien seit der Befreiung errungen hat. Er würdigte die Tatsache, daß sich Albanien auf keine Supermacht stützt. Diese Haltung, erklärte Yassbi, nehme auch der Iran ein.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Heinrich Heine

„Heinrich Heine, der hervorragendste unter allen lebenden deutschen Dichtern, hat sich uns angeschlossen und hat einen Band politischer Lyrik veröffentlicht, der auch einige Gedichte enthält, die den Sozialismus verkünden. Er ist der Verfasser des berühmten Liedes „Die schlesischen Weber“.“

Als Friedrich Engels im Dezember 1844 diese Zeilen in einer britischen Zeitung veröffentlichte, lebte Heine schon mehr als ein Jahrzehnt im französischen Exil, wo er ein enger Freund und Kampfgefährte von Marx geworden war. Heine war zu dieser Zeit nicht nur der hervorragendste deutsche Dichter, er war auch einer der beliebtesten Autoren. Ein wesentlicher Grund für die bis heute andauernde Beliebtheit ist die tiefe Verwurzelung des Heineschen Werks im Kulturschaffen des Volkes.

Der „entlaufene Romantiker“ (Heine über sich selbst) hat in seinen Gedichten stets einen volksliedhaften Ton angeschlagen. Die für die wirklichen Romantiker typische Flucht aus der Wirklichkeit war Heine schon in frühen Jahren ein Greuel. Er verstand sich als „braver Soldat im Befreiungskampf der Menschheit“ und führte mit seinem Werk den aktiven Kampf gegen die Mächte der Reaktion.

Bemerkenswert für Heines hohes politisches Bewußtsein ist



Karl und Jenny Marx im Gespräch mit Heinrich Heine.

die Tatsache, daß er sich keinerlei Illusionen über die Fähigkeit des Bürgertums machte, die Befreiung der Menschheit durchzusetzen. Die „aristocratie bourgeoise“ war ihm ebenso widerwärtig wie die alten feudalen Mächte und er geißelte sie mit der von ihm meisterhaft beherrschten Ironie und Satire ebenso scharf wie Adel oder Kirche. Aufgrund seiner eigenen Erkenntnisse und des Marx'schen Einflusses sah Heine zunehmend im Proletariat die revolutionäre Kraft der Zukunft und er näherte sich — bei man-

chen Vorbehalten, die er nie aufgab — dem Kommunismus an.

Den Höhepunkt seines Schaffens bildet wohl das lange Gedicht „Deutschland. Ein Wintermärchen“, eine in die Form einer lyrischen Reisebeschreibung gekleidete umfassende Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse in Preußen-Deutschland. Einen Auszug aus der programmatischen Einleitung veröffentlichen wir auf dieser Seite. Daneben zwei Gedichte und einen Auszug aus einem Text, den Heine 1855, ein Jahr vor seinem Tod schrieb.

Aus: Vorrede zur französischen Ausgabe der „Lutetia“

Ein schrecklicher Syllogismus behext mich, und kann ich der Prämisse nicht widersprechen: „Daß alle Menschen das Recht haben zu essen“, so muß ich mich auch allen Folgerungen fügen. Wenn ich daran denke, so laufe ich Gefahr, den Verstand zu verlieren, alle Dämonen der Wahrheit tanzen triumphierend um mich her, und am Ende ergreift eine verzweiflungsvolle Großmut mein Herz, wo ich ausrufe: Sie ist seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Mag geschehen, was recht ist! Mag sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde! Mögen sie vollständig zerstört werden, die übertünchten Gräber, in denen die Lüge und die Ungerechtigkeit hausten! Und gesegnet sei der Krautkrämer, der einst aus meinen Gedichten Tüten verfertigt, worin er Kaffee und Schnupftabak

schüttet für die armen alten Mütterchen, die in unserer heutigen Welt der Ungerechtigkeit vielleicht eine solche Labung entbehren müßten — fiat justitia, paret mundus!



Die zweite der beiden zwingenden Stimmen, die mich behexen, ist noch gewaltiger und noch infernalischer als die erste, denn sie ist die des Hasses, des Hasses, den ich einer Partei widme, deren furchtbarster Gegner der Kommunismus und

die aus diesem Grunde unser gemeinsamer Feind ist. Ich rede von der Partei der sogenannten Vertreter der Nationalität in Deutschland, von jenen falschen Patrioten, deren Vaterlandsliebe nur in einem blödsinnigen Widerwillen gegen das Ausland und die Nachbarvölker besteht und die namentlich gegen Frankreich täglich ihre Galle ausgießen. Ja, die Überreste oder Nachkömmlinge der Teutonen von 1815, die bloß das altdeutsche Narrenkostüm gewechselt und sich die Ohren etwas verkürzen ließen — ich haßte und bekämpfte sie zeit meines Lebens, und jetzt, wo das Schwert der Hand des Sterbenden entsinkt, fühle ich mich durch die Überzeugung getröstet, daß der Kommunismus, der sie als erste auf seinem Weg finden wird, ihnen den Gnadestoß versetzen wird; und gewiß nicht mit einem Keulenschlag, nein, mit einem bloßen Fußtritt, wie man eine Kröte zertritt, wird der Riese sie zertreten.

Doktrin

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht,
Und küsse die Marktentenderin!
Das ist die ganze Wissenschaft,
Das ist der Bücher tiefster Sinn.

Trommle die Leute aus dem Schlaf,
Trommle Reveille mit Jugendkraft,
Marschiere trommelnd immer voran,
Das ist die ganze Wissenschaft.

Das ist die Hegelsche Philosophie,
Das ist der Bücher tiefster Sinn!
Ich hab sie begriffen, weil ich gescheit,
Und weil ich ein guter Tambour bin.

Die schlesischen Weber

Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterskälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt,
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie Hunde erschießen läßt —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt —
Wir weben, wir weben!

Das Schiffelein fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht —
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben!



Aus dem Zyklus „Ein Weberaufstand“ von Käthe Kollwitz.

Tips

Sonntag, 1. März, 13.45 Uhr, ZDF

Chronik der Woche / Fragen zur Zeit. Das Thema der heutigen Sendung ist die Frage, wie gefährlich die faschistischen Organisationen in der Bundesrepublik sind.

Sonntag, 1. März, 23.10 Uhr, ARD

Schaukasten. Berichte über die Filmfestspiele in Westberlin und das Forum des Jungen Films.

Montag, 2. März, 20.15 Uhr, Südwest III

Football. Richard Leacock und Allan Pennebaker haben mit diesem Dokumentarfilm, in dem es hauptsächlich um die Rivalität zweier Mannschaften geht, ein gekonntes Porträt des American Football, des härtesten Mannschaftssports überhaupt, gezeichnet.

Montag, 2. März, 21.20 Uhr, ZDF

Rio Bravo. In den fünfziger Jahren machte US-Western „High noon“ (12 Uhr mittags) Furore, die Geschichte vom tapferen Sheriff, dem keiner helfen will und der ganz allein den bösen Banditen entgegentreten muß — ein Film mit mieser und reaktionärer Moral. Howard Hawks hat mit seinem 1959 entstandenen „Rio Bravo“ bewußt das Gegenstück zu „High noon“ gedreht. Sein Sheriff John T. Chance gerät im Kampf gegen einen mächtigen Rinderbaron und dessen Revolverhelden immer wieder in brenzlige Situationen und hat Hilfe bitter nötig. Mit John Wayne, Dean Martin, Walter Brennan.

Mittwoch, 4. März, 20.15 Uhr, ARD

Der Tisch. Fernsehspiel um einen Nazi-Prozeß, in dem ein Massaker der Faschisten in Polen verhandelt wird. Die Autorin Ida Fink, eine polnische Jüdin, hat die Nazi-Herrschaft in der Illegalität überlebt.

Donnerstag, 5. März, 23.00 Uhr, ARD

Die Stühle des Herrn Szmil. Komödie von Heiner Kipphardt nach dem satirischen Roman „12 Stühle“ von Ilja Ilf und Eugen Petrow. Es geht um einen russischen Baron, der nach der Oktoberrevolution unter falschem Namen als Standesbeamter lebt und der an den Familienschmuck seiner Erbtante herankommen will, der in 12 Stühlen versteckt ist.

Deutschland. Ein Wintermärchen

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Und wachsen uns Flügel nach dem Tod,
So wollen wir euch besuchen
Dort oben, und wir, wir essen mit euch
Die seligsten Torten und Kuchen.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
Es klingt wie Flöten und Geigen!
Das Miserere ist vorbei,
Die Sterbeglocken schweigen.

Die Jungfer Europa ist verlobt
Mit dem schönen Geniusse
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,
Sie schwelgen im ersten Kusse.

Und fehlt der Pfaffensegnen dabei,
Die Ehe wird göltig nicht minder —
Es lebe Bräutigam und Braut,
Und ihre zukünftigen Kinder!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr. 17-19 Uhr, Sa. 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiseralee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi.-Fr. 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

Heinrich Heine und sein Denkmal

„Die Zahl der deutschen Kriegerdenkmäler zur Zahl der deutschen Heine-Denkmal verhält sich hierzulande wie die Macht zum Geist.“

Da steht es nun also, das Denkmal. Nein, es liegt. Heinrich Heines Totenmaske in Stücke zertrümmert; die Scherben ins Überdimensionale vergrößert und über ein kleines Rasenstück hingeworfen, das eingeklemmt zwischen Banken und Boutiquen inmitten der Düsseldorfer Innenstadt liegt — dies also ist das Denkmal, das Düsseldorf nun doch noch für seinen verstorbenen Sohn errichtet hat; auf den Tag 125 Jahre nach Heines qualvollem Tod im Pariser Exil.

Aber ein Denkmal? Nein, das ist es nicht. Was hier auf der Wiese liegt, muß ganz anders gesehen werden: als ein Fragmal, eine Herausforderung, eine Provokation... Doch ich greife vor. Noch ist niemand hier, der dies Gebilde deuten und erklären könnte. Ein paar hundert Menschen drängen sich an diesem naßkalten, nebligen Februartag um das besagte Rasenstück, das wie eine Baustelle mit rotweiß gestreiften Plastikbändern abgesperrt ist. Später einmal wird das Kunstwerk „begehrbar“ sein. Dann wird — wer immer Lust dazu verspürt — auf Heines im Tod erstarrtes Gesicht herumtrampeln können. Heute jedoch ist feierliche Einweihung; Prominenz hat sich angesagt.

Und vorerst sind wir Umstehenden, die das Gebilde betrachten, hinsichtlich seiner Deutung auf Vermutungen angewiesen.

Ein junger Mann, der seinen Heine wohl gelesen hat, bekennt freimütig: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten...“ Erste Hilfestellung gibt ein Bärtiger mit einem um den Hals gehängten Fotoapparat. „Da soll man sich wat bei denken“, sagt er bedeutsam. Und geht dann gleich ins Detail.

„Wat da so inne Luft steht, dat is die Nase. Sieht man doch wohl. Da hinten, wat da flach liegt, is'n Stück vonner Schulter.“

Eine Dame im Pelzmantel erschauert leicht, meint dann aber tapfer: „Man muß ja wohl tolerant sein.“ Neben ihr ein kleiner Drahtiger im blauen Arbeitskittel schwankt zwischen Kopfschütteln und Belustigung. Herausfordernd blickt er sich um: „Er ist ja nun auch lange totgeschwiegen worden, der Heine.“

Ein nackter Jüngling und ein Scherbenhaufen

Das Stichwort wird dankbar aufgenommen. Und es entwickelt sich eine lebhaft Diskussion über die mit einer CDU-Mehrheit im Rat geplagte Stadt Düsseldorf im Allgemeinen und über das Verhältnis der Oberen zum Dichter Heinrich Heine im Besonderen.

Tatsächlich ist dieses Verhältnis so recht aus dem Stoff, aus dem Heine zu Lebzeiten seine bösen Meisterstückchen in Vers und Prosa gemacht hat. An Versuchen von Düsseldorf Demokraten (und darüber hinaus von Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland) dem aus der

Heimat verjagten Sohn der Stadt ein Denkmal zu verschaffen, hat es wahrlich nicht gefehlt. Aber dieses Bemühen stieß über alle Zeiten hinweg, in Kaiserreich und Republik (vom Faschismus ganz zu schweigen) auf ein derart heftiges Widerstreben der Obrigkeit, daß dann das erste Heine-Denkmal überhaupt letztendlich im Kongo zu stehen kam, ein weiteres ursprünglich für Deutschland vorgesehenes Denkmal landete im französischen Toulon...

Und auch die Deutsche Bundesrepublik, der bekanntlich freihandlichste Staat in der Geschichte unseres Volkes, mußte immerhin 36 Jahre alt werden, bis man hier in Düsseldorf daran ging, ein Heine-Denkmal zu entwerfen. Und jetzt, wo es nach 125 Jahren endlich so weit war, gab es plötzlich zwei Entwürfe. Neben dem Scherbenhaufen auf dem kleinen Rasenstück wurde nun noch an einer zweiten Plastik gearbeitet.

Es ist dies ein nackter Jüngling, glitschig und kitschig, in Auftrag gegeben von einer „Gesellschaft Heinrich Heine-Denkmal e.V.“, die unvermutet auf der Bildfläche erschien. Gebildet wurde er auf dem Jüngling von einem älteren Herrn mit Vergangenheit: Arno Breker, dem erklärten Liebhaber Adolf Hitlers, der einst des Führers faschistische Wahnideen vom deutschen Übermenschen in Bronze und sonstwas gegossen hatte. Brekers Kraft-durch-Freude-Figur als Denkmal für Heine, den Juden und Revolutionär, den die Nazis in fanatischem Haß aus dem Gedächtnis unseres Volkes wegradieren wollten — das war dann wohl auch den CDU-Stadtherren zu brisant. Deshalb bekam schließlich der Scherbenhaufen die offiziellen Weihen und der nackte Jüngling des Hitler-Freundes steht nun auf einem Privatgelände.

„Der Künstler“

Aber zurück zu unserem kleinen Rasenstück. Die Diskussion hier hat sich inzwischen auf die allgemeinen Zustände in diesem Land ausgeweitet. Ein älterer Mann mit kampflustig blitzenden Augen variiert seinen Heine: „Denk ich an die Bundesrepublik Deutschland in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht.“ Beifall. Da kommt er dann auf den unmittelbaren Anlaß dieser Menschenansammlung zurück und sagt: „Er ist doch unser Dichter, der Heine, der Harry.“

Harry war sein Geburtsname, den der Sohn einer armen jüdischen Familie aus Düsseldorf trug, bevor er sich in einen christlichen Heinrich umtaufen ließ, um sich damit „das Entreebillet zur europäischen Kultur“ zu verschaffen, wie es der Pfaffenhöfner Heine später ironisch kommentierte.

Inzwischen aber hat sich in dem rotweiß abgesperrten Karree ein bärtiger Herr mit Schlapphut bemerkbar gemacht. Bart, Schlapphut. Die Dame im Pelzmantel ruft: „Der Künstler!“ Nein, das ist noch nicht der Künstler. Das ist nur der Dr. Kaminsky von der Kundenkreditbank, der Gönner, der Mäzen. Er nämlich — und nicht etwa die Stadt Düsseldorf — hat die 160 000 Mark locker ge-

macht, die es dann dem wirklichen Künstler (einem Herrn Gerresheim, der bald darauf auch leibhaftig auftritt) ermöglichten, diesen Scherbenhaufen hier anzurichten. Herr Kaminsky also gibt uns Umstehenden Aufklärung aus erster Hand über das Kunstwerk. Ein Fragezeichen wäre es, eine Herausforderung, und wir Betrachter hätten — bitteschön — Anstoß daran zu nehmen.

Aber noch mehr trägt Herr Kaminsky, der Denkmalsspende, uns auf. Dergestalt Anstoß nehmend müßten wir auch mal wieder miteinander sprechen, auf daß einer den anderen verstehe. Der Mann im blauen Kittel grient. Das also ist Heines Vermächtnis in der Interpretation der Kundenkreditbank.

Herr Kaminsky macht es uns aber doch etwa schwer. Am Hamburger Gänsemarkt, wo Heinrich Heine einst mit seinem Verleger Campe zu speisen pflegte, steht heute weithin sichtbar am Gebäude des „Hamburger Abendblattes“ geschrieben: „Seid nett zueinander.“ Der Satz soll vom Verleger Springer selbst gedichtet worden sein. So einfach kann man es also auch sagen. Obwohl der Hamburger Verlagsherr im Gegensatz zu Herrn Kaminsky sicher nicht auf die Idee gekommen wäre, in dieser Weisheit eine Zusammenfassung des Heineschen Werks zu sehen.

„Bei jedem national gesinnten Deutschen...“

Wo wir nun schon einmal in Hamburg sind, sei eine weitere Abschweifung gestattet. In dieser Stadt ist Heinrich Heine bei



Das Düsseldorfer Denkmal von Gerresheim.

seinem reichen Onkel Salomon als Lehrling ins Bankkontor eingetreten — kurze Zeit allerdings hat er es in diesem Beruf nur ausgehalten. Hamburg aber blieb er immer in Haßliebe verbunden, wobei der Haß vor allem den Pfeffersäcken galt und anderem Gelichter des aufstrebenden Bürgertums, das hier besonders stark vertreten war. In Hamburg läßt Heine auch die Reise enden, die er in seinem Meisterwerk „Deutschland. Ein Wintermärchen“ beschreibt.

Und Hamburg hat tatsächlich auch ein Heine-Denkmal gehabt. Nicht lange allerdings. Denn wenige Jahre nach dessen Aufstellung fällt der Senat der Hansestadt am 2. August 1933 einen Beschluß, über den das damalige Sitzungsprotokoll folgendes mitteilt: „Heine habe in

seinen Schriften das deutsche Volk in gröblicher Weise beschimpft. Bei jedem national gesinnten Deutschen müsse der Anblick dieses Denkmals Anstoß erregen. Es gehöre nicht auf einen öffentlichen Platz. Der Herr Referent beantragt daher, die Entfernung des Denkmals zu veranlassen. Der Senat beschließt antragsgemäß.“

So wurde dann die Bronzeplastik von Hugo Lederer eingeschmolzen. Nun gehört ja auch im sozialdemokratischen Hamburg die faschistische Barbarei seit 36 Jahren der Vergangenheit an. Den Beschluß von 1933 aber hat der Senat bis heute noch nicht korrigiert. Und auch hier ist es wie in Düsseldorf eine Gruppe aktiver Heine-Freunde, die zäh und unermüdlich für ein Denkmal kämpft. Im letzten Sommer endlich hat sich dann der Kultursenator bequemt, grünes Licht für die Wiedererrichtung der Lederer-Plastik zu geben.

Die Hamburger Heine-Freunde aber wollen das Standbild nicht irgendwo in einem Park, auch nicht vor dem Rathaus, sondern auf dem Stephansplatz beim Dammtor-Bahnhof stehen haben. Hier nämlich steht schon ein anderes Denkmal, ein Kriegerdenkmal (wie könnte es auch anders sein) und eines von der schlimmsten Sorte. 1936 ist dieser riesige Muschelkalkquader errichtet worden, um den ein etwa zwei Meter hohes Reliefband läuft, auf dem stürmende Soldaten zu sehen sind. Die Inschrift: „Deutschland muß leben / und wenn wir sterben müssen.“ Für das Sterben sorgten die Auftraggeber dieses Denkmals dann drei Jahre später. Sie begannen ihren Krieg, an dessen Ende in Hamburg kaum mehr ein Stein auf dem anderen stand. Der protzige Quader am Dammtor aber widerstand wie zum Hohn allen Bombenangriffen. Und kein Senat in der Nachkriegszeit hat daran gedacht, dieses Schandmal (an dem sich heute gerne SS-Veteranen zu Kranzniederlegungen treffen) aus dem Weg zu schaffen.

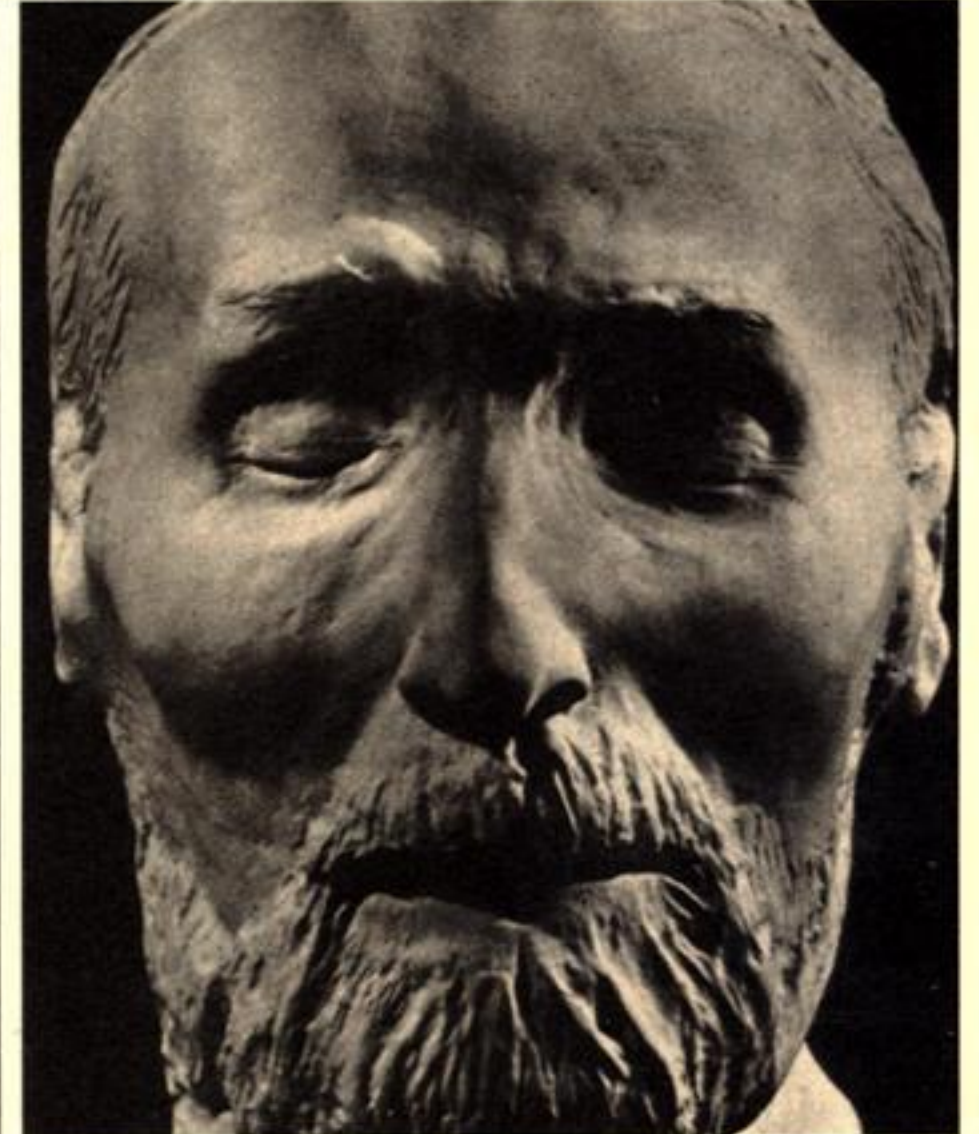
Hier also soll nach dem Willen der Hamburger Heine-Freunde das Denkmal des Dich-



ters stehen, mit einem Text, der sich bewußt auf den Nazi-Quader beziehen soll. Aber das geht Herrn Tarnowski dann doch zu weit. Das wäre ja eine Provokation, und da macht er nicht mit. Und schließlich: Wer weiß, ob nicht die Inschrift unter dem Soldatenrelief bald wieder einmal zu Ehren kommt? Und da würde Heinrich Heine, der Trommler, der so schrill den Takt gegen den preußischen Militarismus geschlagen hat, nun wirklich stören.

„Und was ist mit der Heine-Uni?“

Zurück nach Düsseldorf. Hier darf ja gottseidank provoziert werden. Hier redet jetzt sogar



Heines Totenmaske.

der Oberbürgermeister Kürten persönlich der Provokation das Wort. Wobei dieselbe natürlich im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bleiben hat und unter keinen Umständen ins Politische ausarten darf. Aber das versteht sich ja wohl von selbst. Das Provokieren läßt Herr Kürten besorgen von dem Scherbenhaufen des Künstlers Gerresheim, einem Kunstwerk von „eigenwilliger Modernität“ wie sich der Bürgermeister ausdrückt.

Aber offenbar ist Herr Kürten nicht richtig verstanden worden. Denn aus dem Hintergrund tönt es laut und keck: „Und was ist mit der Heine-Universität?“ Über das Gesicht des Stadtvaters, aus Anlaß des heutigen kulturellen Ereignisses sorgfältig in Falten gelegt, geht nur ein kurzes Zucken. Dann fährt er mit seiner Laudatio fort.

Ja, was ist denn nun mit der Heine-Uni? Wieder so eine Geschichte. Seit Jahren wollen die Studenten in Düsseldorf ihre Universität nach dem großen Dichter benennen. Das wäre, so meinen sie, eine wichtigere Form der Ehrung (und auch der Rehabilitierung) Heines als ein Denkmal. Mit dieser Forderung aber haben sie bislang bei den Ratsherren auf Granit gebissen. Als ob man mit der offiziellen Absegnung des Kunstwerks von „eigenwilliger Modernität“ nicht schon genug für diesen Heine getan hätte! Und der Rektor der Uni, ein Herr Hüttenberger, prägte — um seine Ablehnung einer Umbenennung zu begründen — den denkwürdigen Satz: „Wir sind eher eine naturwissenschaftliche Universität. Heine war kein Naturwissenschaftler.“

Der Oberbürgermeister spricht gerade von den „Mißverständnissen“, die es zwischen der Stadt Düsseldorf und ihrem „unbequemen Sohn“ gegeben hätte. Über die Art dieser „Mißverständnisse“ geht er großzügig hinweg. Wichtig ist ihm vor allem, daß es sich hierbei nicht um etwas für Düsseldorf Typisches gehandelt habe. Nein, „die Deutschen ganz allgemein“ hätten sich schwer mit Heine getan.

„Er ist unser Dichter, der Harry“

So sind es also wieder einmal „wir Deutschen“. Tun wir uns schwer mit Heine, diesem „braven Soldaten im Befreiungskriege der Menschheit“, wie er sich selbst genannt hat? Nun, das kann der Herr Oberbürger-

meister natürlich nicht wissen: Überall dort, wo heute dieser Befreiungskrieg weitergeführt wird, ist Heinrich Heine mit dabei. Seine revolutionären Gedichte begleiten diesen Kampf ebenso wie die von Brecht, Weinert oder Tucholsky. Und wer immer heute als Lieder- oder Gedichtemacher verändernd auf die Zustände dieses Landes eingreift, ist bei Heinrich Heine in die Lehre gegangen.

Von alledem weiß der Bürgermeister nichts. Wir und Heine, er und sein Klüngel — das sind und bleiben eben verschiedene Welten. Ach, er hat sein Manuskript ja auch schon wieder eingesteckt und sich, gefolgt von Künstler, Mäzen und all den anderen Prominenten, geschwind davongemacht. Für die Herren steht noch eine Heine-Feier auf dem Programm, gleich um die Ecke im Palais Wittgenstein.

Wer Lust und Muße hat, kann sich das aufgeregte Gewimmel von uniformierten und zivilen Staatsschützern in der Bilker Straße ansehen, kann dem Piepsen der Sprechfunkgeräte lauschen oder die hinter Mannschaftswagen und Polizeimotorrädern fast versteckte Mobile Einsatzklinik (für den Fall des Falles!) bewundern.

Und da kommt er auch schon: Deutschlands Heine-Freund Nummer 1, früher NS-Herrenreiter, heute deutschnationaler Wandersmann — Karl Carstens. Und da ist ja der kleine Biedenkopf, der jüngst erst Hitlers Weltkrieg als Freiheitskampf feierte. Und Kohl, der sich derzeit so tapfer für seine von der bösen Welt geächteten Christenfreunde in El Salvador einsetzt. Sie alle streben mit angemessenen würdigen Gesichtern dem Festakt aus Anlaß des 125. Todestages Heinrich Heines zu.

Wie hatte doch vorhin der alte Mann mit den blitzenden Augen gesagt: „Er ist unser Dichter, der Harry.“ Soll man ihn bedauern, den Harry, daß sich dort im Palais Wittgenstein diese Gesellschaft zusammenrottet — ausgerechnet in seinem Namen? Oder soll man uns bedauern, daß Harry uns nicht eins seiner boshaften Gedichte auf diesen Festakt schreiben kann? Wie dem auch sei. Drüben am Ende der Bilker Straße auf dem kleinen Rasenstück wird es plötzlich lebendig. Endlich kommt Heinrich Heine selbst zu Wort. Die Gruppe „Mehrweert“ hat sich aufgebaut, singt und spielt das Weberlied, Heines Hymne an die proletarische Revolution.

„Altdeutschland, wir weben dein Leichtuch“

Detlef Schneider

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 9 27 Şubat 1981

Yıl: 15

1 DM

Brokdorf yürüyüşü yasaklandı

Brokdorf'ta atom enerjisine hayır!

BONN. — Geçen Cuma günü parlamentodaki ekonomi tartışmaları sırasında Hükümet ve "muhalefet", Brokdorf atom enerji işletmesinin aleyhtarlarına karşı vahşi bir kışkırtmaya giriştiler. Bundan iki gün sonra, Brokdorf'ta inşaat sahasında düzenlenen yürüyüş yasaklandı. Cumartesi günü yapılması gereken bu yürüyüş partimizin Kuzey Almanya bölge örgütleri de çağrı yapmıştı. Steinburg bölge meclisi, sıkıyönetim ilan edercesine, bütün Wilster Marsch yöresinde üç günlük yürüyüş yasağı koydu. Ama, AKW-Aleyhtarları protesto haklarının ellerinden alınmasına müsaade etmeyecekler.

Parlamento'daki tartışmanın en ateşli konuşmacısı Schleswig-Holstein Eyaleti'nin Başbakanı Stoltenberg idi. Eyalet Başbakanı, hükümetinin görüşlerini vurgulayarak; bütün direnmeler karşı Brokdorf'ta atom enerjisi işletmesinin (Atomkraftwerk-AKW) yapılacağını açıklıyordu. Tabii ki, Stoltenberg, bu fırsattan yararlanarak SPD'nin Kuzey Almanya'daki eyalet örgütlerine de saldırıyordu. SPD'nin Schleswig-Holstein ve Bremen Eyalet örgütleri AKW'ye karşı çıkmaktadırlar. Ayrıca SPD Hamburg Eyalet örgütü de bundan birkaç hafta önce Brokdorf'ta AKW'nin yapımına açık karşı çıkmıştı.

SPD Eyalet örgütlerinin bu karşı çıkışları tabii ki, hükümetin Atom Programı'na karşı yükselen protestoların bir sonucu idi. İşin gerçek yönü, Atom Programı'nın sadece elektrik ve enerji teknolojilerinin çıkarılma,

Batı Alman emperyalizminin atom silahları planlarına hizmet ettiğinin yıldan yıla daha açık bir biçimde ortaya çıkmasıydı. Buna karşı, atom enerji işletmelerinin sürekli artırılması, emekçi halk kitleleri için son derece büyük tehlikeler ifade etmektedir. Çünkü, ne atom enerjisinin üretimi sonucu meydana gelen artıkların (ki, bu artıklar insan hayatı için son derece zararlı olan radioaktif dalgalar yaymakta) nereye atılacağı sorunu çözülmemiş, ne de Reaktörlerin güvencesi garanti altına alınmış.

Parlamento'daki bütün partiler, AKW'yi protesto eylemlerine karşı birleşiyorlar. Stoltenberg, Cumartesi günü yürüyüşe katılacak olanları Schleswig-Holstein halkını "korkuya ve dehşete sürükleyen, örgütlü bir zor" olarak nitelendiriyordu. Gerçekten ise bu eyaletin halkının hükümet şefinden korkmaya hakkı vardı. Çünkü bu

Bay, halka karşı şiddete başvuran birisi olduğunu sık sık ispatlamıştı. Bundan beş yıl önce savunmasız yürüyüşçülerin üzerine gözyaşı bombalarıyla saldırı henüz unutulmadı. Brokdorf'ta yapılan bu saldırı Stoltenberg tarafından tertiplenmişti.

Buna rağmen Stoltenberg'in kışkırtmaları Parlamento'da bütün partiler tarafından alkışlanmaktadır. Ve Lambsdorf daha da ileri giderek, AKW-Aleyhtarlarını, "demokratik düzenin temel ilkelerini" yok etmek isteyenler olarak suçluyordu. Bu şekilde, Federal Hükümet Stoltenberg'e, atom enerjisi aleyhtarlarına karşı ne şekilde önlem alınması gerektiğini belirtiyordu. Ama onlar, AKW-Aleyhtarlarını tehdit ve kışkırtmalarla da yıldırılmazlar. Brokdorf'ta atom enerjisine yer yok! Bonn'un atom programına hayır!

İnsancıl yardımlar ertelendi

El Salvador'a ABD'nin müdahalesi

Reagan AET'nin desteğini arıyor

BONN. — Reagan'ın özel elçisi Eagleburger geçen hafta Batı Avrupa'ya bir gezi yaptı. Gezinin amacı: Avrupa Ekonomik Topluluğu'na (AET) üye ülkelerin hükümetlerine, ABD emperyalizminin El Salvador halkına karşı işgalini destekleyeceklerini yemin ettirmek.

Özel elçi, bu gezisi sırasında ilk başarısına Brüksel'de ulaştı. Gelen haberlere göre, AET dışişleri bakanları El Salvador'da faaliyet gösteren insancıl örgütlere yardım göndermeyi ertelediler. Uluslararası ilaç örgütü "Medico International", Amerika'nın El Salvador'a yapılan insancıl yardımların kesilmesi talebini, "insanlık dışı bir politika ve uluslararası haklara çelişki" olarak nitelendirdi. Ayrıca, "Medico International", ABD Hükümeti'ni, El Salvador halkını "aç bırakmak veya ilaç eksikliği ile ızdırıp çekirtmek ve ölüme terketmek" istemekle suçladı.

Reagan Hükümeti, El Salvador'daki işgalci politikasının

desteklenmesinde özellikle Federal Hükümet'e açıktan açığa önem vermekte ve ona pay biçmektedir. Özel elçi Eagleburger, Avrupa gezisi sırasında iki kez başkent Bonn'a geldi. Görüşmeler sırasında en azından Dışişleri Bakanı Genscher'in ABD'nin El Salvador'da izlediği politikayı desteklediğini açıkça ortaya çıkarıyordu. Batı Almanya Dışişleri Bakanlığı, El Salvador'daki faşist cuntayı tasdik ederek, "reformların hazırlanmış" ve bu Orta Amerika ülkesinde halkın büyük çoğunluğunun cuntadan yana olduğunu iddia ediyordu.

("Reagan sucht Unterstützung der EG" RM/Nr.9, S.1)

Münih'te „Silah Bilimleri Toplantısı“ yapıldı

NATO'nun Yakın-Doğudaki gücü artırılacak

MÜNİH. — Batı savaş paketi NATO'ya ait ülkelerden üst politikacıların ve askerlerin katıldığı Uluslararası Silah Bilimleri Toplantısında, NATO'nun etki alanlarının genişletilmesi her zaman olduğundan daha açık bir biçimde talep edildi.

Amerika Dışişleri Bakanı Haig, bundan birkaç hafta önce yaptığı bir açıklamada; bütün Dünya'nın gelecekte NATO'nun bir meselesi haline gelmek zorunda olduğunu söylüyordu. Bunun somut olarak ne anlama geldiğini ABD Savaş Bakan yardımcısı Carlucci geçen hafta Münih'te açıklığa kavuşturmuştu. Avrupa "müttefikler" yakın ve Orta Doğu'da ABD'nin hakimiyetinin sağlanması için Washington'un girişimlerini askeri ve ekonomik olarak desteklemek zorundadırlar.

ABD Savaş Bakan yardımcısı, Yakın ve Orta-Doğu bölgesine asker gönderilmesini de ısrarla vurguluyordu. "Batılı müttefikler tarafından güney-batı Asya'ya yerleştirilecek olan birliklerin ve kurulacak askeri tesislerin güçlendirilmesi ve bunların Amerika tarafından koordine edilmesi gerekir."



"MAXHÜTTE'NİN KAPATILMASI ENGELLENMELİDİR!"

15 000 kişi geçen hafta Cumartesi günü Salzbach-Rosenberg şehrindeki Maxhütte'nin kapatılması planlarını protesto etti. İş bırakma eylemine giden Maxhütte işçileri, fabrikadan ayrılarak, yürüyüş konvoyuna katıldılar. Okullara ara verildi ve dükkan sahipleri işyerlerini kapattılar. Her 100 kişiden 16'sının işsiz olduğu bu bölgede 6300 işyeri yokedilmekle tehdit ediliyor. Bütün bölge halkı, kapitalistlerin işyerlerini tahrip etme planlarına karşı mücadele ediyor.

Metal sanayiinde toplu sözleşme turları

KAPİTALİSTLER YÜZDE 2,5 "ÖNERİSİNDEN VAZGEÇMİYOR"

STUTTGART. — Metal sanayiindeki fabrikalarda ikaz grevleri aralıksız devam ediyor. Stuttgart'taki Mahle-Werke fabrikasında bir haftada iki defa iş bırakma eylemine gidildi. — Cuma günü yapılan ikaz grevi 4 saatten fazla devam etti. — Önümüzdeki Cumartesi günü "iş barışı" denilen "Friedensflucht" in sona ermesiyle, fabrikalarda daha güçlü eylemlerin yapılması beklenmektedir.

Kapitalistler birliği "Gesamtmetall", işçiler ile alay edercesine yüzde 2,5 gibi gülünç ücret artışı önerisinde ayak diretiyor. Doğrusu, açıktan açığa gerçek ücretler düşürülmek istenmektedir. Ve birliğin şefi Kirchner, "Gesamtmetall" in bu öneriyi bütün kuvvetiyle hayata geçirmek istediğini açıkça söylüyordu. Kirchner ayrıca şunu ekliyordu: Bu toplu rota, bir defalık

hareket gücü olarak kalmamalı, gelecek yıllarda da kararlı bir şekilde devam ettirilmelidir."

İşçileri daha da soymak için kapitalistlerin izlediği bu çizgiye, sadece bütün sendikal güçlerin harekete geçirilmesiyle en doğru cevap verilebilir ve verilmelidir. İşçilerin kararlı mücadelesine en güzel örneği, Waiblingen'de Bosch işçileri yaptıkları ikaz grevi esnasında

onayladıkları bir açıklamayla verdiler: "Waiblingen Bosch GmbH Werk'de sendikal olarak örgütlü bulunan biz işçiler ve memurlar, bu anda ikaz grevinde bulunuyoruz. Amacımız, yüzde 8 ücret zammı talebini bütünüyle hayata geçirmeye hazır olduğumuzu göstermektir. İşverenlerin ve hükümetin utanmaz bir biçimde fiatlara getirdikleri yüksek zamlar ve sürekli artan işsizlik karşısında, yüzde 2,5 veya 5 istemek değil, sendikal taleplerin bütünüyle yerine getirilmesini öneriyoruz. Sosyal ortaklık yılları artık geçmiştir."

("Kapitalisten beharren 2,5 Prozent 'Angebot'" RM/Nr.9, S.1)



ABD askerleri Yakın Dogu'daki bir tatbikat sırasında

DGB merkezinin adı bir kararı daha “Uzlaşmazlık Kararları” kapsamına Halk Cephesi’de alındı

DÜSSELDORF.—Sendika politikasında yeni bir skandal daha. DGB Merkez Yönetim Kurulu’nun 4 Kasım’da aldığı bir kararda, Halk Cephesi üyelerinin de “Uzlaşmazlık Kararları”na göre sendika üyeliğinden ihraç edilmesi gerekmektedir. Bu karara uygun olarak ÖTV sendikasında bir ihraç dâvası yürütülmektedir.

“Uzlaşmazlık Kararları” (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) diye bilinen bu hükümler ile, komünistler ve devrimciler DGB sendikalarından ihraç edilmektedirler. DGB merkez yönetim kurulu, bu “Uzlaşmazlık Kararları” kapsamına şimdi, partilerüs-

da ihraç dâvası açılmış durumda.

İş arkadaşları tarafından sevilen ve aktif bir sendikacı olan Ursula Tuschen, Duisburg’daki bir hastahane işyeri sendika temsilciliği başkanıdır. Sendika üyeleri ve işyeri sendika temsil-

1981 yılı işyeri işçi temsilciliği seçimleri:

SEÇİMLERDEKİ EN ÖNEMLİ HUKUKİ KURALLAR

1. BÖLÜM

Bugün çoğu işletmelerdeki işyeri işçi temsilcileri, işçilerin ve dar gelirli hizmetlilerin çıkarlarını savunacakları yerde, kapitalistlerin çıkarlarına hizmet etmekte ve gerici sendika ağalarıyla işbirliği yapmaktadırlar. Bu gibi kişilerin yeniden işyeri işçi temsilciliğine seçilmelerini engellemek için; bunların yerine dürüst, sınıf mücadelecisi ve devrimci arkadaşların seçilebilmesi için mücadele etmek zorundayız. Ayrıca işyeri işçi temsilciliği üyeleri içinde yabancı işçi arkadaşların, özellikle de Türkiyeli işçilerin sayısının yükseltilmesi için mücadele etmek kaçınılmaz bir gerektir.

Burada dikkat etmemiz gereken nokta, işyeri işçi temsilcileri seçimlerinde baskılara ve tehditlere boyun eğmeyen, işçi sınıfının çıkarlarını savunan, cesaretli ve kararlı arkadaşların seçilmesidir. Kapitalistler ve sendika ağaları, sık sık kirli oyunlara ve baskı metodlarına başvurarak, dürüst ve mücadelecisi arkadaşların işyeri işçi temsilciliği seçimlerinde aday gösterilmelerini dahi engellemek istemektedirler. Hatta seçim için adaylığını koyan mücadelecisi arkadaşlar süresiz işten atılmaktadırlar.

Patronların ve sendika ağalarının bu oyunlarına karşı başarılı bir biçimde mücadele edebilmemiz için, işyeri işçi temsilciliği seçimleri ile ilgili en önemli hukuki kuralları öğrenmek zorundayız.

Yabancı işçi arkadaşlara ve özellikle de Türkiyeli işçilere bu konuda gerekli olan bilgileri aktarmak istiyoruz. Bundan dolayı “Roter Morgen” bu sayısından başlamak üzere, bunu takip eden bir kaç sayısında işyeri işçi temsilciliği seçimleriyle ilgili gerekli olan en önemli hukuki kuralları açıklamaya çalışacağız.

Seçim yönetim kurulu (Wahlvorstand)

Bir işletmedeki işyeri işçi temsilciliği, zamanında bir seçim yönetim kurulu (Wahlvorstand) tayin etmek zorundadır. Seçim yönetim kurulu, normal olarak biri başkan olmak üzere, üç kişiden oluşur. Ama, söylendiği şekliyle, “seçimlerin usulüne uygun olarak yürütülmesi gerekiyorsa”, üçten fazla üyeden da oluşabilir. Ama her iki durumda da seçim yönetim kurulu çift olmayan bir sayıdan oluşması gerekir. (örneğin: 3, 5, 7, 9, ... üyeden) Ayrıca bir işletmede işçiler ve hizmetliler çalışıyor ise, seçim yönetim kurulunda iki grup da temsil edilmek zorundadır. Seçim yönetim kuruluna seçilen üyeler, tayin edildikleri günden başlamak üzere, seçim yapıldıktan altı ay sonrasına kadar yasal olarak işten atılamazlar.

Şayet bir işletmede işyeri işçi temsilciliği yoksa, o zaman seçim yönetim kurulu, işletmede çalışanların katıldığı bir toplantıda seçilir. Böyle bir toplantıya işletmeyi temsil eden sendika tarafından veya seçim hakkına sahip üç kişi tarafından çağrı yapılabilir.

İşveren buna engel olduğu takdirde, işletmede temsil edilen

sendika tarafından veya en azından seçim hakkına sahip üç kişi tarafından iş mahkemesine başvurulur ve iş mahkemesinin kararıyla seçim yönetim kurulu seçilir.

Seçim yönetim kurulu zamanında tayin edilmeli ki, seçim duyurusunu ve seçmenler listesini zamanında hazırlama olanağına sahip olabilsin.

Seçim duyurusu (Wahlau schreiben)

Seçim yönetim kurulu, seçim duyurusunu en geç oylamanın

9. Seçilmek için önerilen aday listelerinin, oy verme işlemi sona erinceye kadar asılacağı yer,

10. Oy verme işleminin yapılacağı yer, gün ve saat; aynı şekilde oy vermek için karara bağlanan işletme bölümleri ve yan işletmeler,

11. İtirazların, seçim önerilerinin ve diğer açıklamaların seçim yönetim kuruluna verileceği yer (seçim yönetim kurulunun işletmedeki adresi); bu adreste seçim yönetim kurulu üyeleriyle görüşme saatlerinin belirtilmesi,

Seçim duyurusunda bu maddelerden birisi yer almazsa, se-



Örnek iki işyeri işçi temsilcisi, Hartmut Siemon ve Nobert Bömer; Hoesch firmasında patronlara ve sendika ağalarına karşı işçilerin çıkarlarını savunduklarından, patronların toplu işten atma planlarını işçilere açıkladıklarından ve diğer bazı işyeri işçi temsilcilerinin aksine işçilerin yanında yer aldıklarından işten atıldılar. Ama, işçilerin kararlı mücadelesi patronları ve burjuva mahkemelerini dize getirdi ve arkadaşlar yeniden işe alındı.

yapılacağı günden altı hafta önce açıklamak zorundadır. Seçim duyurusu aşağıdaki maddeleri kapsamalıdır:

1. Seçim duyurusunun tarihi,
2. Seçmen listelerinin ve yönetimlerinin sergilendiği yer,
3. Sadece seçmen listelerinde isimleri yazılı olan personel üyelerinin seçme ve seçilme hakkına sahip oldukları üzerine, seçmen listelerine yapılan itirazların en geç seçim duyurusu yapıldıktan iki hafta sonrasına kadar seçim kuruluna ulaştırılmak zorunda olduğu üzerine bilgi ve ayrıca son itiraz tarihi,
4. İşyeri işçi temsilciliğine seçilen üyelerin sayısı ve bu üyelerin işçilere ve hizmetlilere göre bölünüşü,
5. İşçilerin ve hizmetlilerin ayrı gruplar halinde mi seçime katılacağı veya seçim duyurusu yapıldığı tarihten önce ortaklaşa seçimin kararlaştırıldığı,
6. Bir listenin veya adayın önerilmesi için gerekli olan en az imza,
7. Seçim önerilerinin (önerilen listelerin ve adayların), seçim kuruluna ulaştırmak zorunda olduğu; seçim önerilerinin yapılacağı son gün,
8. Oylamanın bu seçim önerilerine bağlı olduğu ve sadece belirtilen zaman içinde seçim yönetim kuruluna verilen öneri listelerinin ve adayların seçilebileceği,

lerin yapılması sırasında seçim yönetim kuruluna gerekli yardımı vermek zorundadır. (örneğin, ücret ve maaş listelerini vermek)

Seçim günü işletmede çalışan ve 18 yaşını bitirmiş olan her işçi ve hizmetli seçme hakkına sahiptir. İşletmede yönetici durumunda olan ve işveren rolünü oynayan, ayrıca karar verme yetkisine sahip olan hizmetliler; seçme ve seçilme hakkına sahip değildir. Bu durumda olmayıp, sadece yarım gün çalışan işçiler ve hizmetliler seçim hakkına sahiptirler.

Bir kişinin seçim hakkına sahip olabilmesi için, seçmenler listesinde isminin yazılı olması gerekir. Bundan ötürü seçmenler listesinde isimlerimizin yazılı olup olmadığını ve doğru yazılıp yazılmadığını kontrol etmek zorundayız. Ayrıca diğer işçi arkadaşları da bu konuda uyarmalıyız.

Seçmenler listesine yapılan itirazlar, seçim yönetim kurulu tarafından derhal karara bağlanmak zorundadır. İtiraz hakkına sahip olan kişiler değil, işletmede çalışan herkes sahiptir. Örneğin gençler de itiraz hakkına sahiptirler. Yapılan itirazlar, seçim duyurusu yapıldığı tarihten itibaren iki hafta içinde seçim yönetim kurulunun eline yazılı olarak geçmek zorundadır. İtirazlarımızı seçim yönetim kurulunun bir üyesine sözlü olarak söyleyebiliriz, bu yeterli değildir. Sözlü olarak kabul edilse bile, hukukten geçersizdir. En doğrusu, itirazlarımızı seçim yönetim kurulunun işletmedeki adresine zamanında yazılı olarak ulaştırmaktır. Eğer itirazlarımızın işletmenin herhangi bir yerinde seçim yönetim kurulunun bir üyesine basitçe verecek olursak, o bunu cebine atar ve bilinçli veya bilinçsiz bir şekilde unuttur. Sonradan yapılan itiraz, zamanında verilmedi diye geçersiz kalır. İtirazlarımızı seçim yönetim kurulunun işletmedeki adresine resmi olarak yapmak zorundayız ve buna mutlaka dikkat edelim.

Seçim yönetim kurulu, seçmen listelerine yapılan itirazları en kısa zamanda görüşüp, karara bağlamalı ve itirazı yapan kişiye yazılı olarak bildirmek zorundadır. Ama, en geç oylamanın yapılacağı tarihten bir gün önce.

İki haftalık itiraz süresi geçmekle beraber, seçim yönetim kurulunun kararıyla, seçmen listelerinde belirli değişiklikler yapılabilir.

İtiraz süresinden sonra işletmede çalışmaya başlayan arkadaşlar, seçmen listelerine isimlerinin yazılması için başvuruda bulunabilirler ve bunun ile isimlerini seçim listelerine yazıp, seçim hakkını kazanmış olurlar.

Hakkında işten atılma kararı alınan bir kişi seçim gününe kadar işyerinde çalışıyor ise veya bir kişi işletmenin sosyal durumundan ötürü (sebebsiz yere) işten atılmış ve buna karşı iş mahkemesinde dâva açılmış ise, seçim hakkına sahiptir.



Anti-faşist bir kitle örgütü olan Halk Cephesi, aynı zamanda işçilerin haklı talepleri için de mücadele vermektedir.

tü ve anti-faşist bir örgüt olan Halk Cephesi’ni de almış bulunmaktadır. Son yıllarda sendikalar içinde gerici, anti-komünist ve bölücü “Uzlaşmazlık Kararları”na karşı eleştiriler oldukça arttı.

ÖTV’nin (Kamu İşçileri Sendikası) bir bölge yönetimi, yukarıda belirttiğimiz DGB merkez yönetim kurulunun kararına uygun olarak bir genelge yayınladı. Bu genelgeye göre, Halk Cephesi’nin üyeleri hakkında araştırma yapılacak ve sendikadan ihraç edilecekler. Daha şimdiden, geçen Federal Parlamento seçimlerinde Halk Cephesi’nden adaylığını koyan Ursula Tuschen hakkında ÖTV-

cileri yaptıkları ortak bir toplantıda, ihraç dâvasının geri alınmasını talep eden bir öneri oylamaya sunulurken kabul edildi.

DGB’nin Halk Cephesi üyelerinin sendikalardan ihraç edilmesi yönünde aldığı bu karar, sendikaların yönetimleri arasında da tartışmalara ve sürtüşmelere yol açmaktadır. Essen IGM Bölge Yönetimi, Halk Cephesi’nin Federal Parlamento adayları Heinrich Hellwig’in ihraç edilmesi için IGM’nin merkez yönetim kuruluna başvurmuştu. Fakat IGM merkez yönetimi, işyeri sendika temsilcisi Heinrich Hellwig’in ihraç edilmesini reddetmişti.

Basının çektiği filimlere el kondu Basın özgürlüğüne karşı vahşi bir saldırı

HANNOVER.—Polis ve savcılık Hannover’de basın özgürlüğüne karşı büyük bir saldırı başlattı. Aralık 1980’de Hannover’de halka açık askeri yemin törenlerini protesto yürüyüşleri esnasında “Hannoverschen Neuen Presse” gazetesi resim çekmişti. Gazetenin yazı kuruluna giden polis, tehditlerle 130 resim filimine el koydu.

Halka açık olarak yapılan askeri gövde gösterilerinden birkaç gün sonra, kriminal (suç) polisi gazetenin yazı kuruluna gidip, resimlerin negatiflerine (araplarına) el koymak istemişti. Ama polislerin beraberinde getirdikleri mahkeme kararı buna yeterli gelmemişti. Gazete, mahkemeye yaptığı birinci itirazda dâvayı kazandı. Ama, sulh mahkemesi kararı yeniden onayladı. Gazetenin aslıye mahkemesine açtığı ikinci dâva reddedildi ve bu mahkemenin aldığı acayip bir kararla resimlere el konuldu.

Bunun ile gazete muhabirleri polisin yardımcı organları haline getirilmek istenmektedir. Burada, basın özgürlüğü ve gazetecilerin kişisel hakları söz konusu değildir. Polis el koyduğu bu filimler ile, militarist gövde gösterilerine karşı protesto yürüyüşlerine katılan anti-faşistleri tespit etmek istemektedir.

Bunun için “Hannoverschen Neuen Presse” gazetesinin yazışmaları müdürü ve yayınevi, bu keyfi harekete karşı dâva açtılar.

(“Massiver Schlag gegen die Pressefreiheit” RM/Nr.9, S.6)

KPD Merkez Yayın Organı’na abone ol!

“Roter Morgen”ı sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● Yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag “Roter Morgen”, Wellingshofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.

Kadınlar üzerindeki yoğun sömürü

“Ücret Grubu 2” kaldırılmalıdır!

Kadınlar yüzde 30 az ücret alıyor

Bu yılki toplu sözleşme görüşmelerinde işçilerin taleplerinden birisi de, kadınların tabii tutulduğu “ücret grubu 2”nin kaldırılmasıdır. Emekçi kadınların erkek işçilere nazaran daha fazla sömürülmesini getiren bu uygulama, kapitalistlerin bu talebi reddetmesi üzerine, birçok yerde işçiler, kitlesel eylemlere gittiler.

İşverenler, bu yılki toplu sözleşme görüşmelerinde “ücret grubu 2”nin kaldırılması talebini, sadece IG Metall’in “asıl” ücret taleplerine çektiği bir “süs örtüsü” olarak anlamışlardı. Ama, işçiler bunun sözde bir talep olmadığını eylemleriyle işverenlere gösterdiler.

Bundan üç hafta önce Flensburg, Kiel, Rendsburg, Neumünster ve Lübeck’te 3 000’nin üzerinde kadın ve erkek işçi işi bırakma eylemine gittiler. Ve protesto toplantılarında işçiler şöyle haykırıyordu: “Eğer kapitalistler toplu sözleşme görüşmelerinde bu talebi görüşmek istemezlerse, onlara buna ne derece ve şekilde zorlayacağımızı biliriz”. İşçilerin üç hafta önce söyledikleri bu sözler boş sözler değildi.

Bundan iki hafta önce İşverenler Birliği’nin “Ücret Grubu

2”nin kaldırılması görüşmelerine yeniden karşı çıkması ve bunu reddetmesi, binlerce kişinin protesto eylemlerine gitmesine yol açtı. Ama, bu defa bir kaç bin kişi değil, 30 000’nin üzerinde kadın ve erkek işçi uyarı grevlerine katıldılar.

Emekçi kadınlar üzerindeki yoğun sömürünün bir ifadesi olan “Ücret Grubu 2” uygulamadan kaldırılmalıdır! Bunun için kaybedecek fazla zamanımız yoktur. Bu talebin hayat geçirilmesi için mücadeleyi yükseltmediğimiz sürece, kâğıt üzerinde sendikal bir talep olarak kaldığı müddetçe, kapitalistler de elbette bunu reddedecektir. On yıldan beri sendikalar bu talebi ileri sürmektedir. Ama, mücadele edilmeden kapitalistler kendi gönül rızalarıyla işçilere ber Pfennig dahi vermezler. Geçmişte olduğu gibi, bugün de



Kadın ve erkek işçiler, “ücret grubu 2”nin kaldırılması için omuz omuza mücadele ediyorlar

kadınlar erkek işçilere karşı, yüzde 30 civarında az ücret almaktadırlar. Aynı işyerinde, aynı makinede çalışan ve erkek işçilerle eşit miktarda mal üreten bir kadın işçi, ay sonu geldiğinde daha az ücret almaktadır. Bu açıktan açığa yapılan bir haksızlıktır, adı bir sömürü ve kapitalizmde kadınlar üzerindeki çok yönlü baskısının bir parçasıdır.

Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO), metal sanayindeki toplu sözleşmelerle ilgili Kiel’deki metal fabrikaları önünde dağıttığı bir bildirisinde şöyle yazıyor: “Kadın ücret grubunun

nihayi olarak kaldırılması, on yıldan beri sendikalar tarafından ileri sürülen önemli bir taleptir. Kadın emekçilerin fabrikalarda ikinci sınıf insanmış gibi muamele görmeleri, gerçekten de bir rezalettir. IG Metall’liler olarak, ister kadın, ister erkek, ister vasıflı, isterse de vasıfsız işçi olalım bunu kendi sorunumuz gibi ele alıp, çözümünü için mücadele edelim.”

“Ücret Grubu 2” derhal kaldırılmalıdır!

Kadınlar üzerindeki baskıya son!

Dortmund’da bir Nazi dâvası

650 insan diri diri yakılmıştı

Hakim Nazi faşistini suçsuz buluyor

DORTMUND. — 19 Şubat’tan beri eski bir Nazi üst polis amiri olan Karl Wilhelm Kampmann, Dortmund ağır ceza mahkemesinde yargılanıyor. Dâva: 650 kişinin katledilmesi olayında yer almak veya katliama yardımcı olmak —Sovyetler’de Ukranya’da 1943 yılında yapılan canice bir kitle katliamı. Burada, Halk Cephesi’nin dâvayla ilgili olarak dağıttığı bildirisinden bölümler yayınlıyoruz.

STEBNOJE’DE “SOYKIRIMI”

Ukranya’nın bir köyü olan Srebnoje Şubat 1943 yılında “soykırımı”nı yaşadı. Şüphelendikleri 680 kişiyi, (kadın, erkek, çocuk) faşist işgalcilere karşı direnen komünistler olarak tutukladılar. Tutuklama hareketini yöneten, o zaman Srebnoje’de karakol kumandanı olan Karl Wilhelm Kampmann idi.

Tutuklanan insanlar köyün okuluna doldurulmuştu. Adı işkencelerden sonra, önce 20 kişi, sonra 20 kişi daha okuldan alındı. Aradan kısa bir zaman geçtikten sonra silah sesleri gelmeye başlamıştı. Okuldan alınanlar, yakındaki bir ormanda kendilerine kazdırılan bir çukura katledilmişlerdi. Silah seslerinin duyulmasıyla okuldaki tutuklular arasında bir huzursuzluk başlamıştı. Bunun üzerine Kampmann ve diğer Naziler, okulun çevresini yakıcı maddelerle çevirerek, ateşe vermişlerdi. Tutukluların çoğu okulun içinde diri diri can verdi. Kaçmaya çalışanlar Nazi faşistleri tarafından makineli tüfeklerle tarandılar. Onlar bununla da yetinmeyerek, okulu kuruşun yağmuruna tuttular. En azından 650 kişi bu vahşi katliamda can verdi.

“HİÇBİRŞEYDEN HABERİM YOKTU” ?

Kampmann, mahkeme önünde, o dönemde katliamlarda yer almayı ve taşıdığı sorumluluğu inkâr ediyor. Sıra silahlanmanın detaylarına veya tali olaylara gelince, hafızası oldukça mükemmel. Ama sıra beraberinde çalışan faşistlere gelince, bunla-

rı eksik anlatmakta veya kesinlikle reddetmektedir. “Hiçbir şeyden haberim yoktu”, gibi sözleri diğer Nazi dâvalarında da işitiyoruz. Ama, Kampmann daha da ileri gidiyor ve kendisini saf göstermeye çalışıyor: “Ben, toplumdaki davranışlarıyla olağanüstü iyi görünmek istiyorum”.

Ücret turları

Sendika ağaları hesaplamayı unuttular mı?

Söylenenlerle yapılanlar açıkça çelişiyor

Değişik renkten sendika ağalarının söylediklerine inanacak olursak, imzalayacakları toplu sözleşme anlaşmalarıyla en azından, artan hayat pahalılığını karşılayacak oranda ücret zammı almaya kararlı olduklarını tahmin ederiz. Ama, bu bayların yaptıklarına baktığımızda patronların istekleri doğrultusunda çaba harcadıklarını görürüz.

Resmi fiyat artışlarını göz önüne aldığımızda —ki bunlar her zaman düşük gösterilmekte—, hayat şartlarının yüzde 5,8 pahalılaştığını görürüz. Bu artışları doğru olarak kabul edersek, ücret artışlarıyla yapılan kesintilerle berabe, en azından yüzde 7 ücret zammı alınmak zorunda. Son haftalarda metal ve demir-çelik sanayiinde çalışan onbinlerce işçi, uyarı grevleriyle, imzalarla ve toplantılarla IGM yönetiminden sendikal taleplerin bir bütün olarak hayata geçirilmesini boşuna talep etmişlerdi. İşçiler haklı olarak, fiyat artışları karşısında yüzde 8 ücret zammını “kabul edilebilir en düşük sınır olduğunu” şöyle-

rum”. O, köy halkının kendi arzusuyla Almanlar için bir Noel şenliği düzenlediğini anlatmaktadır. Daha sonradan da bu insanlardan 650’si sonlarını kızgın ateşte buluyorlar...

Kampmann, o dönemlerde azıllık bir faşist ve yönetici durumunda olan Naziler ile ilişkileri vardı. Gerçi o, yönetici Naziler ile veya SS’ler ile olan tüm ilişkilerini reddetmektedir. Ama, söz faşist ordunun ve polislin üzerine gelince; gönüllü savaşçı ve NSDAP üyesi (Üye No: 7.305.511, üyelik tarihi: 17.11.1939) güzel sözler bulmakta. Aynı sözleri kendi birliği içinde söylemekte: “Burada gerilim ve düzen hüküm sürmekteydi”.

Bildiridi, Kampmann gibi canilerin cezasız bırakılmaması vurgulanmaktadır. Nazi canilerini suçsuz gösteren bir kimse, sürdürdükleri katliamlarda bugünkü Nazilere cesaret vermektedir.

Halk Cephesi, Dortmund’lu anti-faşistleri mücadele içine çekerek; dâvanın güncelliğini ve asıl sebeplerini kamuoyuna açıklayarak, Kampmann’a hak ettiği cezanın verilmesini istemektedir. Bunun için, bir faaliyet grubu oluşturmak amacıyla anti-faşistlere çağrı yapmaktadır.

(“650 Menschen bei lebendigem Leibe verbrennen lassen” RM-Nr. 9, S.2)

yorlardı.

Bütün bunlara rağmen sendika ağaları, ücretleri düşürmek için binbir dolap çevirmektedirler: Nordrhein-Westfalen Eyaleti’nde IGM sendika ağaları ilk imzaladıkları toplu sözleşmeyle araba tamirhanelerinde çalışan 80 bin işçi için sadece 5,2 ücret zammı aldılar. Sözleşmeden önce yüzde 8 ücret zammı talep edilmisti.

IG Bau’da ilk toplu sözleşmeyi yüzde 5,4 ücret zammıyla imzaladı. Bu sözleşme Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen ve Schleswig-Holstein Eyaletleri’nde çalışan 150 bin yapı işçisini kapsamaktadır. Bu sözleşme yapılmadan önce

yüzde 6,9 zammı talep edilmişti.

ÖTV sendika ağası Klunker’in utanmazca yaptığı açıklamalara göre, Şubat ayı sonlarında açıklanacak olan ücret zammı talepleri yüzde 7 civarında olacak. Kamu işyerlerinde çalışan işçiler, ÖTV işyeri sendika temsilcileri ve sendika görevlileri yaptıkları toplantı ve konferanslarda 200 DM civarında ücret zammı talep etmişlerdi. Ama, ÖTV sendika ağaları, bu talepleri ellerinin tersiyle bir kenara ittiler.

Artan hayat pahalılığı karşısında emekçilerin satınalma gücü sürekli düşmektedir. Yüzde 8 ücret zammı dahi, gerçek ücretleri güvence altına almamaktadır. Sendika ağalarının birer patron olduklarını ve patronların çıkarlarını savunduklarını unutmayalım. En azından yüzde 8 ücret zammı talebinin gerçekleşmesi için mücadele edelim! (“Das kleine Einmaleins verlernt?” RM-Nr. 9, S.5)

HABERLER

İşçiler fabrikayı işgal etti

STUTTGART. — Keidler-Werke’nin Patronları, geçen hafta Pazartesi günü fabrikada üretimin durdurulacağını ve 1500 işçinin işten atılacağını açıklamışlardı. Açıklamanın yapıldığı gün fabrikada yarı işlenmiş durumda olan mallar da taşınmaya başlandı. İşçiler buna karşı kararlı bir biçimde direnişe geçtiler. Fabrikadaki taşıma araçlarını ve diğer motorlu araçları çıkış yerlerine yanlamasına yerleştirerek, barikatlar yaptılar ve malların taşınmasını engellediler. Komşu fabrikada SEL-Werk’in işçileri, bunu duyar duymaz Kreidler işçileri ile aktif bir biçimde dayanışmaya gittiler. Malların taşınmasını bloke etmek amacıyla, IGM işyeri sendika temsilcileri işgalci işçilerin yardımına geldiler. Ayrıca, Kreidler işçilerinin mücadelesini desteklemek için Stuttgart’taki diğer işletmelerden de işçiler gelmişti.



Kreidler-Werke işçileri, işyerlerini korumak için kararlı bir şekilde mücadele ediyorlar

Kreidler işletmelerinin üçünde de olağanüstü işyeri toplantıları yapılması için karar alındı. Fabrikanın diğer iki işletmesi de işgal edilir korkusuyla, fabrika yönetimi bu toplantıların işyeri sahasında yapılmasını yasakladı. 3. işletme geçen hafta Cuma günü işçiler tarafından işgal edilmişti. İşyeri işgali vardiya şeklinde aralıksız devam etmektedir.

KPD Stuttgart yerel grubu, işyerlerinin korunması için verdikleri mücadelede Kreidler işçilerini bütün gücüyle desteklemektedir.

Benzin fiatları 1,50 DM’in üzerine çıkacak

BONN. — Petrol tekelleri uzun zamandan beri Batı Almanya’da benzin fiatlarını 1,50 DM’in üzerine çıkarabilmek için çaba harcamaktadırlar. Bu yılın ilkbaharında amaçladıkları hedeflerine ulaşmış olacaklar.

Federal Parlamento, geçen hafta Perşembe günü oturumunda petrol fiatlarındaki vergilerin litre başına yedi Pfennig yükseltmeyi kararlaştırdı. Vergilerin yükseltilmesiyle benzin istasyonlarında bir litre benzinin fiatı sekiz Pfennig pahalılaşacak. Bu kararın alındığı gün, petrol tekelleri benzin fiatlarını yeniden yükselteceklerini söylüyorlardı. Aral patronu Klaus Maquart, bir litre benzine sekiz Pfennig zam getirmek istemektedir. Bu durumda 1 Nisan tarihinden itibaren yürürlüğe girecek olan vergi zammıyla beraber bir litre benzinin fiatı 16 Pfennig daha pahalı olacak. Bir litre super benzin 1,51 Pfennig’e satılacak.

Yıldan yıla, özellikle de son zamanlarda petrol tekelleri milyarlarca DM’lık vurgunlar vurdular. Batı Alman Devleti, bu milyarlık kârların elde edilmesinde petrol vergileriyle katkıda bulundu. Şimdi ise, devlet ve petrol tekelleri ceplerimizden daha fazla para çekmek istiyorlar.

KPD, tekellerin ve devletin bu acımasız sömürüsüne karşı şunları talep etmektedir: Uluslararası petrol tekellerinin Federal Hükümet tarafından desteklenmesine son verilmelidir! Petrol tekellerinin kârlarından alınan vergiler yükselmeli ve buna karşı benzin, dizel ve yakıt yağı fiatlarındaki vergiler düşürülmelidir!

Mahle işçileri bir haftada iki defa greve gittiler

STUTTGART. — Geçen hafta içinde Stuttgart’taki metal fabrikası Mahle’de işçiler, işverenlerin ücret turlarında takındıkları tavırlara karşı iki kez greve gittiler.

İşçilerin ilk ikaz grevi, metal kapitalistlerinin toplu sözleşme görüşmelerinde aldıkları provakatif tavırlara ve işçileri alaya almasına ileri sürdükleri yüzde 2,5 ücret zammına karşı yönelmişti. Geçen Çarşamba günü yapılan bu greve 1 000’den fazla işçi katıldı ve yaklaşık bir saat devam etti.

Cuma günü öğleleyin 800 işçi yeniden işi bırakma eylemine gitti. Bu ikaz grevine sebep olan olay, kapitalistlerin kendi arzularıyla toplu sözleşme dışında kalan hizmetlilere (yüksek ve yönetici durumda olanlara) yüzde 5 maaş zammı vermeleri idi. Maaşlara yüzde 5 zam yapılmasıyla, bu durumda olan hizmetliler en azından 400 ile 500 DM arasında fazla maaş almış olacaklar.

Grevci işçiler şunu talep etmekteydi: “Onlar bunu aldığınca göre, biz de aynı miktarda ücret zammı isteriz.” Ayrıca, daha düşük ücret alan işçiler, fiyat artışlarından daha fazla etkilenmektedirler. Grev esnasında olağanüstü bir işyeri toplantısı yapıldı ve grev vardiya sona erinceye kadar devam etti.